Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. April 1979
Nr. 16 Jg. 7

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Jugoslawien und Albanien bauen Eisenbahnverbindung

z.pek. Anfang April wurde in Tirana ein Abkommen über den Bau der ersten Eisenbahnverbindung zwischen Jugoslawien und Albanien, von der montenegrinischen Hauptstadt Titograd zur albanischen Grenzstadt Skutari, unterzeichnet. Außerdem wurde über die Versorgung des jugoslawischen autonomen Gebietes Kosovo mit Strom aus dem albanischen Wasserkraftwerk Firza beraten. Trotz offener politischer Differenzen haben beide Länder ihre wirtschaftlichen Verbindungen gestärkt, um dem Vormachtstreben der beiden Supermächte auf dem Balkan entgegenzuwirken. Der beiderseitige Handel wurde seit 1970 von 5,5 auf 37 Mio. Dollar im Jahr gesteigert. Jugoslawien liefert Erzeugnisse der Schwarz- und Buntmetallurgie, Chemieprodukte und Papier – Albanien Chrom, Bitumen, Spanplatten.

IOC nimmt die VR China auf,

IOC nimmt die VR China auf, ohne Taiwan auszuschließen

z.dab. Mit seinem Beschluß vom 7. April (38:26) versucht das Internationale Olympische Komitee, die VR China zu einer Anerkennung Taiwans zu zwingen. 1956 hatte es Taiwan offiziell aufgenommen, so daß die VR China das IOC verließ. An der nationalen Einheit festhaltend hatte die VR China zuletzt Taiwan vorgeschlagen, mit einer gemeinsamen Delegation an den 8. Asiatischen Spielen teilzunehmen. Taiwan hat die für den 27.3. vorgeschlagenen gemeinsamen Gespräche mit dem IOC-Präsidenten über die Vertretung Chinas im IOC abgelehnt. Chinas Antwort auf das IOC-Manöver: „Der Beschluß ... ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar. Wir wiederholen, es gibt nur ein China... Als vorübergehende Maßnahme kann die Sportorganisation von Taiwan unter dem Namen ‚Chinesisches Olympisches Komitee Taiwan' im IOC bleiben."

Hanoier Kriegspolitik läßt Flüchtlingsstrom anschwellen

z.nop. 18000 Vietnamesen haben allein im März ihr Land verlassen. Die Gesamtzahl aller Flüchtlinge wird auf 500000 geschätzt. Längst ist es nicht mehr bloß das Gesindel, das die US-Imperialismus für seine Zwecke eingesetzt und bezahlt hatte. Der größere Teil der Flüchtlinge rekrutiert sich inzwischen aus dem Volk; vor allem sind es kleine Händler und Bauern, denen durch die Politik der revisionistischen Machthaber in Hanoi die Existenzmit Arbeitslosigkeit, Hunger und Kriegsdienst konfrontiert sehen. Seit einigen Wochen treffen in den Flüchtlingslagern immer mehr Jugendliche im wehrpflichtigen Alter ein („Herald Tribune" vom 3. April) – ein Ausdruck des wachsenden Widerwillens der Bevölkerung gegen die Kriegspolitik der Hanoier Führungsclique.

Neue Offensive der Sandinistischen Befreiungsfront

z.elb. Im September vergangenen Jahres konnte die Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas dem reaktionären Somoza-Regime nicht den entscheidenden Schlag versetzen. Nachdem es ihr jetzt gelungen ist, eine breite Einheitsfront des Volkes herzustellen, begann sie auf dieser Grundlage in der vorletzten Woche mit einer neuen Offensive. Der Radiosender der Befreiungsfront meldet heftige Kämpfe mit der Nationalgarde im ganzen Land, in deren Verlauf einige Städte im Norden eingenommen und drei Bombenflugzeuge abgeschossen wurden. Die europäische Sozialdemokratie, auf nichts anderes aus als Spaltung, unterstützt einseitig den „Tercerist-Flügel", um ihn aus der Einheitsfront herauszubrechen. Damit versuchen die Sozialdemokraten, sich und den Ländern Westeuropas größeren Einfluß in Nicaragua zu verschaffen.

Sozialdemokraten in Ostgeschäften unterwegs

Reiseziele DDR, Polen, Ungarn / Ökonomischer Druck, politische „Auflockerung" / Sowjetische Gegenaktion

z.krk. Am 18. März 1959 hatte der SPD-Vorstand einen Deutschlandplan vorgelegt. Es war ein kühner Plan der Expansion des westdeutschen Imperialismus: die BRD, die DDR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn sollten zu einer Entspannungszone zusammengefaßt werden. Die Truppen der NATO sowie des Warschauer Paktes sollten abgezogen, die Rüstung beschränkt werden. Daß in der Zone wirklich Entspannung herrsche, sollte ein kollektives Sicherheitssystem garantieren, mit den beiden Supermächten an der Spitze. Und schließlich sollte dieses Gebiet des Friedens die Heimstätte deutscher Einheit werden: über eine paritätische Konferenz, dann einen gesamtdeutschen Rat, später eine Zoll- und Währungsunion und schließlich durch Wahlen sollte der Weg dahin führen.

hin führen.

1960 hatte die SPD offiziell diese Vorschläge zurückgezogen, aber ihrem Geiste ist sie treu geblieben. Mit der neuen Ostpolitik, den Verträgen von Moskau, Warschau und schließlich dem Grundlagenvertrag mit der DDR schuf die westdeutsche Bourgeoisie die Bedingungen für die Durchdringung und Auflockerung des sowjetischen Bündnisbereiches. Die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihres alten Planes haben sich entschieden gebessert.

Pünktlich zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse machte nun Wehner erneut seinen Vorschlag, eine Konföderation oder Wirtschaftsunion mit der DDR anzustreben. Über eine rege Reisetätigkeit und verschiedene Angebote an die Sowjetunion ging eine Gruppe von Sozialdemokraten an die Prüfung der Bedingungen der Verwirklichung und des Preises, der dafür gezahlt werden müßte. Die Presse war laut von den Beschwerden der westdeutschen Bourgeoisie über die Stagnation des innerdeutschen Handels. Laut einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erfuhr 1978 der Handel nur eine Steigerung von 1%, mit 620 Mio. Verrechnungseinheiten erzielte die BRD allerdings ihren höchsten Lieferüberschuß in der Geschichte des innerdeutschen Handels. Lambsdorff begab sich persönlich auf die Leipziger Messe, um den Gang der Dinge zum Besseren zu wenden. Ein Kooperationsabkommen zur Förderung gemeinsamer Unternehmungen wollte er. Ein solches Abkommen hätte nicht nur den Vorteil der stärkeren Durchdringung der DDR-Wirtschaft und der Sicherung einer erheblichen Einmischungsmöglichkeit, sondern würde für den BRD-Imperialismus das Vordringen auf Märkte ermöglichen, auf denen er heute als solcher kaum Chancen hätte. Sorgfältig wurde daher der Besuch des SED-Parteichefs Honnecker an den Ausstellungsständen Angolas, Äthiopiens und Mozambiques sowie der Länder Indochinas registriert und das gemeinsame Bauprojekt der DDR-Außenhandelsfirma Unitechna mit Krupp-Stahlexport in Äthiopien gelobt. Der Weg zur Wirtschaftsunion schien etwas kürzer geworden zu sein.

Der Dämpfer kam schnell und

Der Dämpfer kam schnell und

schmerzhaft. Das DDR-Außenhandelsministerium ließ den Verkauf gegen DM in den mit westlichen Waren handelnden Intershops einstellen. Verkauft wird an DDR-Bürger nur noch gegen Einkaufsscheine, die in *Mark* ausgestellt und auf andere nicht übertragbar sind. 700 Mio. DM Umsatz machten die Intershops 1978 und es war gang und gäbe, daß DDR-Bürger Handwerker und auch rare Ersatzteile oder Baumaterialien mit DM bezahlten. Mit Genugtuung stellte die westdeutsche Bourgeoisie fest, daß die DM fast zur zweiten Währung der DDR geworden ist. Aber so einfach, unter der Hand, lassen sich die Sozialimperialisten die DDR nicht einreißen, für größeren Einfluß verlangen sie einen Preis. Was man dafür zu leisten bereit ist: das ist der Sinn der neuerlichen Debatten über Aggressivität der sowjetischen Rüstung oder nicht.

Ungarn wurde in den letzten Monaten Zielscheibe der Besuche von gleich zwei sozialdemokratischen Ostpolitikern. Kurz nach der Heimkehr Wehners begab sich Koschnick nach Budapest. Es ging ihnen darum, die Bande enger zu knüpfen, die durch die wirtschaftlichen Beziehungen reichlich begründet sind: die BRD ist nach der Sowjetunion der zweitgrößte Handelspartner Ungarns, mit fast 10% an den Ein- und Ausfuhren des Landes beteiligt und mit über 400 Abkommen sein größter Kooperationspartner. Wehner bezichtigte dort die VR China der Provokation und der Kriegstreiberei und lobte die segensreiche Politik der Sowjetunion, auf Vergeltungsmaßnahmen verzichtet zu haben. Indem er so zumindest für das erste die Machtansprüche der Sowjetunion in Asien akzeptiert, will er es den ungarischen Revisionisten leicht machen, in die Arme des BRD-Imperialismus zu sinken. Koschnick formulierte das so: „Wir gehen davon aus, daß jeder auf seinem Gebiet seine Verpflichtungen im Bündnis hat, Rücksicht zu nehmen hat auf seine Partner, und daß darüberhinaus dennoch ein großer Bereich von gemeinsamen Möglichkeiten ist ...". Die ungarische Bourgeoisie wäre nicht abgeneigt, den Herren zu wechseln.

Nach Polen war die Reise weniger erfolgreich. Die Oder-Neiße-Grenze haben die westdeutschen Imperialisten bis heute nur als provisorische Rege-

bis heute nur als provisorische Rege-

lung anerkannt. Bereits vor Monaten hat die polnische Bourgeoisie, die mit dem deutschen Imperialismus bittere Erfahrungen hat, vor einem möglichen „Friedensvertrag" gewarnt, der diese Grenze nicht anerkennt und die deutsche Einheit auf Kosten Polens verwirklichen würde. Diese Warnung richtete sich nicht zuletzt an die Sowjetunion, der die polnische Bourgeoisie ein solches Geschäft offensichtlich zutraut. Polens Herauslösung aus dem sozialimperialistischen Machtbereich zu fördern, gleichzeitig aber die Oder-Neiße-Grenze angreifen oder auch nur nicht anerkennen – diesen Widerspruch konnte Wehner nicht auflösen. Mangels Meldbarem ließ er lieber seine Pressekonferenz ausfallen.

Das Deutsche Reich innerhalb seiner alten Grenzen wieder herzustellen, die Länder des Warschauer Pakts wirtschaftlich zu durchdringen und sie politisch in seine Abhängigkeit zu bringen – dieses Ziel verfolgt der BRD-Impe-

– dieses Ziel verfolgt der BRD-Impe-

rialismus ausdauernd. Die Mittel und die Bündnispartner können sich dabei ändern.

Streiks und Demonstrationen der Arbeiter- und Volksmassen Dänemarks



Große Streiks und Demonstrationen sind die Antwort auf die Versuche des dänischen Finanzkapitals, die Krise zu Rationalisierungen und Expansion zu nutzen. Industriearbeiter und Beschäftigte der öffentlichen Dienste gingen im Tarifkampf auf die Straße, um der Lohnsenkung Schranken zu setzen. Schüler und Studenten demonstrierten landesweit gegen verschärfte Unterdrückung und die Kürzung der Ausbildungsunterstützung.

Minister Rau für mehr Mobilität der Studenten

Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulzulassungsrechts beantragt

z.anl. Johannes Rau hat Mitte März namens der Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen die Behandlung des Gesetzentwurfs beim Bundesrat beantragt. Geplant ist die Schaffung von Kompetenzen der Zentralgewalt, damit die Ströme der besitzlosen Studenten, die ein Reservoir billiger Arbeitskraft für die Kapitalisten bilden, gelenkt werden können. Die Feinheiten der Ausgestaltung verschiedener neuer Siebeverfahren bleiben den Bundesländern überlassen, deren Föderalismus in Fragen der Ausbildung sich bei der Spaltung der Studenten bewährt hat.

Begründung für die Neuordnung der Zulassung ist, daß „der Bundesgesetzgeber ... eine Vollregelung mit unmittelbarer Wirkung namentlich dann treffen (darf), wenn an der einheitlichen Regelung ein besonders starkes und legitimes Interesse besteht." Weiterer Hinweis für die Hochschulbeamten: „Nur auf diese Weise kann der unbestrittene Erfolg des kooperativen Föderalismus ... letztlich gesichert werden. Außerdem wird ... eine ausreichende Flexibilität hergestellt."

Für die Studenten wird das geplante Gesetz als die Verwirklichung des Grundrechts der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte ausgegeben. Eine weitere Lockerung vom selben Charakter wie die von der Regierung beschlossene Lockerung des Radikalenerlasses, die darin besteht, daß die Ministerpräsidentenbeschlüsse ihre zersetzende Wirkung auf die revolutionär gesonnene Intelligenz, die in den 60er Jahren in Bewegung gekommen war, entfaltet hat und so nicht mehr unbedingt nötig ist für die Zwecke der Bourgeoisie. Sie kann jetzt mit den Beamtengesetzen und der besonderen Treuepflicht im Öffentlichen Dienst auskommen. In Wirklichkeit werden die Rechte aus Artikel 12 des Grundgesetzes für die Studenten aufgehoben, weil ihre Arbeitskraft mobil gemacht werden soll. Geplant ist, den Antrag auf Zulassung zu einem bestimmten Fachstudium zu trennen von dem beantragten Ort und dem Fach Vorrang zu geben. Ein Student, der jetzt hofft, aus der Zwickmühle des numerus clausus herauszukommen und der vielleicht über die Runden käme, wenn er bei seinen Eltern wohnen oder wenigstens übers Wochenende heimfahren könnte, ist aufgrund des „Allgemeinen Auswahlverfahrens" leicht in die gelockerte Lage kommen, nach Hamburg ziehen zu müssen, seine Arbeitskraft in wenigen Jahren zu ruinieren durch doppelte Vernutzung und sich trotzdem zu verschulden aufgrund der Wirkungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Hat er das Pech, in einem Fach zugelassen zu werden, in dem nach Verschiebung der studentischen Arbeitskräfte durch alle Bundesländer mehr Studenten als Plätze da sind, so spürt er den planvollen Zusammenhang zwischen Kapazitätsfestlegung und Zulassungsverfahren. Er kommt in das „Besondere Auswahlverfahren" mittels „Feststellungsverfahren, das dem Bewerber insbesondere Gelegenheit geben (soll), in den bisherigen Abschlüssen nicht ausgewiesene Fähigkeiten und Kenntnisse nachzuweisen, die für den Studienerfolg von Bedeutung sein können. Zu diesem Zweck können insbesondere Testverfahren durchgeführt und auf das Studium ausgerichtete, mit Leistungsnachweisen verbundene Tätigkeiten bewertet werden." Daß alle Medizinstudenten bereits zum Wintersemester 79/80 in so ein Testverfahren gezwungen werden sollen, ist die Absicht der Regierung.

Kanada: Universitätsangestellte, Studenten streiken



Demonstration von Universitätsangestellten und Studenten in Halifax, Kanada. Die Studenten unterstützen den Streik der Angestellten gegen Rationalisierungen, die für sie eine Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen bedeuten.

„EG-Meer" bis nach Kanada

Fischereipolitik des BRD-Imperialismus / 25 Mio. für Fischereischutzboote

z.eve. Am Mittwoch letzter Woche wurde den Volksmassen über die „heute-Nachrichten" mitgeteilt, daß es jetzt endlich billigen Goldbarsch gäbe. Seit Jahren sind die Preise für frischen Fisch gestiegen, seit 1966 mit der höchsten Preissteigerungsrate von allen Lebensmitteln. Als sehr eiweißhaltiges Nahrungsmittel ist Fisch neben Fleisch ein wichtiges Hauptnahrungsmittel. Weil die Arbeiter sich frischen Fisch kaum mehr leisten können, ist der Pro-Kopf-Verbrauch stetig gesunken. Die Bourgeoisie nutzt diese Tatsache, um Stimmungsmache für ihre imperialistische Raubpolitik zu betreiben.

Noch am 1.2. beklagt die Bundesregierung im Agrarbericht 79 die weitgehende Sperrung der „Zugangsmöglichkeiten" vor allem in der Ostsee und in den Gewässern Islands, das die 200-Meilen-Zone gegen die Imperialisten durchgesetzt hatte. Trotz der Proklamation des „EG-Meeres", der 200-Meilen-Zone der Imperialisten der EG, hören die Schwierigkeiten nicht auf. Norwegen und Schweden wollen ihre traditionellen Fischereigebiete nicht aufgeben. Mit Polen und der DDR ist es bis heute zu keiner Einigung gekommen. „Die Anpassung der EG-Fischereipolitik an die seerechtliche Entwicklung konnte noch nicht abgeschlossen werden", steht im Agrarbericht. Auch innerhalb der EG gibt es Streit, weil Großbritannien eine 12-Meilen-Zone garantiert haben will. Aber am Anfang war die Tat, sagen sich die BRD-Imperialisten, es werden EG-Verträge mit anderen Staaten über Fangquoten geschlossen. Und so stehen die BRD-Imperialisten immer noch besser da als vorher. Gleichzeitig rüsten sie. Sie haben aus der Auseinandersetzung mit Island gelernt, wo sie nur 3 Fischereischutzboote zur Verfügung hatten und 2 zivile Schiffe zuziehen mußten. In einer bewaffneten Auseinandersetzung hätten sie leicht den kürzeren ziehen können. So sind im Haushaltsplan 79 für den Umbau und Neubau von Fischereischutzbooten bis 1981 über 25 Mio. (ohne Personalkosten) vorgesehen. Im Haushaltsplan 77 und 78 waren es nur die Personalkosten für die 3 Fischereischutzboote, auch wenn im nachhinein noch weitere Mittel bewilligt wurden. Bundesernährungsminister Ertl: „Eine Maßnahme von längerfristiger" Wirkung".

Derweil sieht der BRD-Imperialismus zu, wie er seine Raubzüge ausdehnen kann. Schon Anfang März hatte die EG Verträge mit Norwegen, Schweden und Kanada in der Tasche. Die Verträge mit Kanada sehen das Befischen der Baffin Bay und der Davies Straits vor. Streit gibt es um die französischen Inseln vor Kanada, St. Pierre und Miquelon. „Die kanadische Delegation ist der Ansicht, daß die französische Fischereizone nicht über das Territorialgewässer des Departements St. Pierre und Miquelon hinausgeht und die gegenseitig interessierenden Fischbestände daher ausschließlich kanadische Bestände sind". Die EG ist anderer Meinung: „Die Kommission ist der Ansicht, daß die besagten Fischbestände in Übereinstimmung mit der Gemeinschaft als gemeinsame Bestände anzusehen sind, bis die Grenzfrage geklärt ist". Vorderhand ist abgemacht, daß beide dort fischen können und zwar Goldbarsch. Man kann sich gut vorstellen, daß der BRD-Imperialismus die Fischereischutzboote bald braucht, gegen kanadische Fischer zum Beispiel.

Aber die Imperialisten wissen, daß es mit ein paar Fischereischutzbooten nicht getan ist. Ihre gemeinsamen Interessen müssen gegen die sozialimperialistische Konkurrenz durchgesetzt werden. Deshalb hat sich die Nato auf ihrer letzten Sitzung im November 78 mit der Frage der „Verwaltung der Meeresressourcen" beschäftigt. Die westdeutsche Delegation hat den Bundestag darüber informiert, daß sich „die Natoversammlung darüber bewußt ist . . ., daß eine bestimmte Form eines internationalen Verwaltungssystems für mehr als 200 Seemeilen von der Küste entfernter Ozeangebiete errichtet werden kann, . . . vermerkt, daß die Satellitenüberwachungstechnologie den Menschen die Fähigkeit gegeben hat, eine große Vielfalt von Daten über die Umwelt und die Aktivitäten des Menschen zu sammeln . . ., und empfiehlt, dem Natorat innerhalb eines Jahres Empfehlungen über die Entwicklung und Verwaltung der Technologie zur Unterstützung der Meereswirtschaft für die nordatlantische Region zu machen." Offensichtlich geht es in der Fischereipolitik um die Seeherrschaft. Und Ertls Fischereischutzboote sind ein kleiner Beitrag dazu, dem BRD-Imperialismus die richtigen Ausgangsposition zu verhelfen.

Provisorische Regierung in Uganda gebildet

Mit der Aggression gegen Tansania hat sich Amin den Untergang bereitet

z.ges. Marcelino Komba, einer der Herausgeber der Zeitschrift „Africa", meinte im März: „Aber was immer sich schließlich als das politische Schicksal Amins herausstellen wird, die gegenwärtigen Ereignisse im Innern Ugandas und an der Grenze müssen ihn bedauern lassen, daß er letztes Jahr überhaupt seine Invasion nach Tansania unternommen hat." Ob Amin bedauert hat oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls hat er jetzt das Schicksal eines Aggressors erlitten, ist geschlagen und auf der Flucht. Am 31. Oktober des letzten Jahres hatten die ugandischen Streitkräfte einen raschen Vorstoß auf den Kagerafluß bis zu vierzig Kilometer jenseits der ugandisch-tansanischen Grenze unternommen und dieses Gebiet besetzt. Der ugandische Rundfunk ließ am 1. November die Stellungnahme eines Militärsprechers verlesen: „Der Kagerafluß ist der natürliche Grenzverlauf zwischen Uganda und Tansania; der Sprecher hat die Angehörigen der Streitkräfte davon unterrichtet, daß die natürliche Grenze zwischen Uganda und Tansania von nun an vom Kagerafluß bis zum Victoriasee verläuft. Das eroberte tansanische Gebiet von 710 Quadratmeilen soll ein echter Distrikt werden, und es sollen Vorkehrungen getroffen werden, obwohl es augenblicklich noch eine militärische Zone ist. Alle Tansanier in dem besetzten Gebiet bis zum Kagerafluß müssen wissen, daß sie der direkten Herrschaft des Eroberers des britischen Empires, Feldmarschall Amin, unterstehen."

Den Grundsätzen der OAU schlug dies ins Gesicht. Mit der Hinnahme dieser Aggression hätte Tansania auf seine Unabhängigkeit verzichtet und sich einem Diktat unterworfen. Tansania war überhaupt nicht bereit, diese Aggression hinzunehmen. Präsident Nyerere bezeichnete die Erklärung Ugandas am 2. November 1978 in einer Rede ausdrücklich als „Kriegserklärung": „So sieht die Lage jetzt aus. Was sollen wir tun? Wir haben nur eine Aufgabe. Wir haben jetzt die folgende Aufgabe: Ihn zu schlagen. Wir wollen, daß uns die Welt hier versteht: Wir haben keine andere Aufgabe." In der Folge kam es zu verschiedenen Vermittlungsversuchen zwischen Uganda und Tansania. Sie scheiterten. Nyerere stellte vier Bedingungen für eine Verhandlungslösung, vermittelt durch die OAU: 1. Die OAU solle Uganda wegen der Invasion in Tansania verurteilen, 2. Amin müsse auf seine Ansprüche auf tansanisches Staatsgebiet verzichten, die er zum ersten Mal 1971 erhob und im letzten Oktober in die Tat umsetzte. 3. Amin müsse sich verpflichten, Tansania eine Entschädigung für die mutwillige Vernichtung von Menschenleben und Eigentum zu zahlen, und 4. Amin müsse sofort damit aufhören, Tansania als Sündenbock für die inneren Probleme seines Landes zu benutzen und versprechen, dies nie wieder zu tun. Tansania brachten diese Bedingungen innerhalb der OAU den Ruf der Halsstarrigkeit und im weiteren Verlauf des Krieges, als der tansanische Gegenangriff die Anfangserfolge Amins zunichte gemacht hatte, bei einzelnen Mitgliedern der OAU seinerseits den Vorwurf des Aggressors ein. Öffentlich erhoben wurde dieser Vorwurf von Lybien und Somalia.

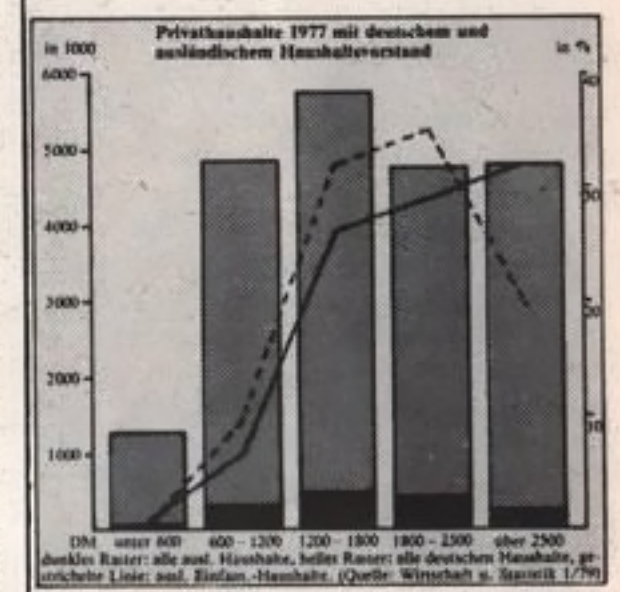
Der Krieg zwischen Uganda und Tansania verlief in zwei Etappen: Tansania vertrieb die ugandischen Besatzungstruppen von tansanischem Gebiet, was nicht einfach war, weil die ugandischen Streitkräfte die einzige Brücke über den Kagera vernichtet hatten. Sodann kam es an der tansanisch-ugandischen Grenze zu weiteren Gefechten, in deren Verlauf tansanische Einheiten versuchten, die Gefechte auf dem Feld des Gegners zu schlagen. Nachdem die ugandische Armee angeschlagen war, rückten die tansanischen Streitkräfte, verstärkt durch exilugandische Streitkräfte, auf Kampala vor, kreisten es ein und besetzten es schließlich. Inzwischen hatten sich 18 Oppositionsgruppen zur Ugandischen Vereinigten Nationalen Befreiungsfront zusammengeschlossen, die jetzt die Provisorische Regierung bildet.

Seinerzeit, 1971, hatte Amin gegen den damaligen Präsidenten Ugandas, Obote, geputscht. Die Drähte hatten dabei die Briten und die Zionisten gezogen. Die Zionisten hatten jahrelang von ugandischem Boden aus den Bürgerkrieg im Sudan geschürt und die Truppen des Südens ausgebildet und versorgt. Damit hielten sie den Sudan aus der arabischen Front heraus und verhinderten, daß der südliche Sudan, einer der fruchtbarsten Getreidegebiete Nordafrikas, für die Sache der arabischen Nation genutzt werden konnte. In Verständigung mit Nimeiry versuchte Obote, diese Wühltätigkeit Israels abzustellen. Die Briten hatte Obote durch einige Verstaatlichungsmaßnahmen und durch sein Eintreten für den afrikanischen Befreiungskampf verprellt. Kurzum: wenn sich Amin später gegen den britischen Imperialismus und gegen den Zionismus wandte, wandte er sich gerade gegen die Kräfte, die seinen Putsch inszeniert hatten. Daß er sich gegen sie wandte, war gut und man mußte es unterstützen. Aber eine feste Basis gewann Amins Macht damit nicht. Sie stand und fiel mit der Armee. Die Armee beherrschte Amin mit Hilfe bestimmter Truppenteile, auf die er sich schon bei seinem Putsch gestützt hatte. Die verschiedenen ökonomischen Maßnahmen, die Amin durchführte, förderten nicht die Arbeiter und Bauern, auch keine nationale Bourgeoisie, sondern dienten eher der Beköstigung der Armee und ihres Anhangs. Das hatte Elemente von Raubbau, die schließlich auch den Zusammenhalt der Armee untergraben mußten, weil die Quellen der Bereicherung versiegten.

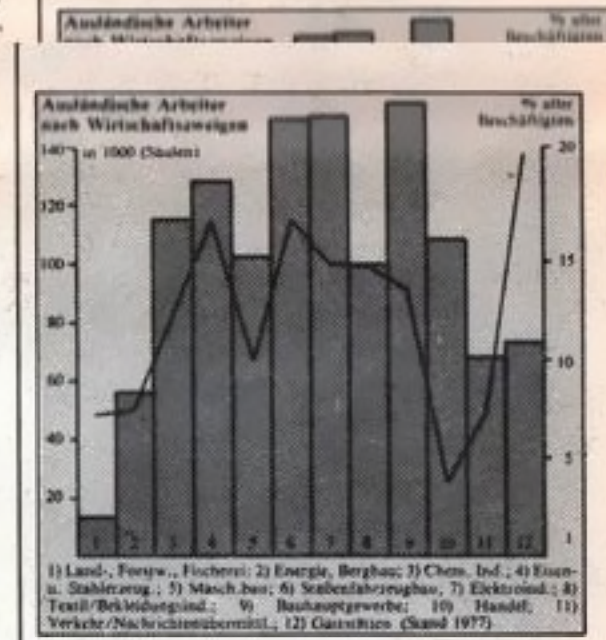
All dies machte für neue Abhängigkeiten anfällig, vor allem für die Abhängigkeit von der SU. Sie lieferte Waren und Berater. Gleich nach der Invasion in Tansania schickte Breschnew ein Telegramm, das Amin als „sehr zufriedenstellend" bezeichnete.

Im Sommer 1978 hatte Amin Teile der Armee- und Polizeiführung entmachtet. Die Antwort waren Rebellionen einzelner Einheiten an der Grenze nach Tansania. Die Aggression gegen Tansania sollte aus der Misere herausführen und konnte doch nur zum Untergang führen. Die Armee zerbrach. Man darf nicht denken, daß Tansania Uganda militärisch sehr überlegen war. Es hatte sogar weniger reguläre Truppen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß man von Amin noch viel hören wird. Man muß hoffen, daß Uganda zur Einheit findet.

z.brp. **869300 ausländische Arbeiter, das sind 9,3% aller in der BRD Beschäftigten, wurden im Juni 1978 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.** 27,5% kommen aus der Türkei, 19,8% aus Jugoslawien, 15,4% aus Italien, 7,9% aus Griechenland, 5% sind Spanier und 3,1% Portugiesen. Nur die Anzahl der in Westdeutschland ausgebeuteten Italiener hat 1978 zugenommen, um 7400. Für sich haben die BRD-Imperialisten den „europäischen Arbeitsmarkt" bereits weitgehend wahrgemacht: sie liegen im Ankauf ausländischer Arbeitskraft vor Großbritannien (1,83 Mio./ 1975) und Frankreich (1,93 Mio./ 1975) an der Spitze (1975: 2,35 Mio.).



Über den Ausländeranwerbestopp und über die „Familienzusammenführung" unterwarfen sich die BRD-Imperialisten *dauerhaft* den am meisten in der industriellen Produktion geschulten Teil der ausländischen Arbeiter: Schon 1976 arbeitete und lebte jeder 3. ausländische Arbeiter 10 Jahre und länger in der BRD. Bei den italienischen Arbeitern betrug der Anteil 48%, bei den griechischen 43,6% und bei den Spaniern 40,3%. Die Kapitalisten beuten sie als billigste Arbeitskräfte zu besonders schlechten Arbeitsbedingungen aus und nutzen den Druck der industriellen Reservearmee, von der die ausländischen Arbeiter im März 1979 106000 ausmachten, um alle verfügbare Arbeitskraft für den kapitalistischen Arbeitsmarkt zu mobilisieren



Die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter – nach acht Jahren „berechtigtem Aufenthalt" in der BRD gewährt ihnen der westdeutsche Staatsapparat „unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung", unter der Vorraussetzung „ausreichender" deutscher Sprachkenntnisse – zwingt sie zur Annahme *jeder* Arbeit. 23% der Beschäftigten in der Fischindustrie beispielsweise sind Ausländer, im Gaststättenbereich 20,5%.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 16: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Maiskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Die Herrschaft der Imperialisten über Zimbabwe wird immer unerträglicher

z.hef. „Die meisten Kandidaten sind überhaupt nicht begeistert, mit ihrer Wahlkampagne in die Stammesland-Gebiete zu gehen, wegen der Anwesenheit der Guerillas", meldet sorgenvoll der BBC-Korrespondent aus Salisbury am 13.4. „Dies ist das größte Hindernis, dem sich die Behörden gegenübersehen bei dem Versuch, internationale Anerkennung durch das Erreichen einer hohen Wahlbeteiligung zu gewinnen."

100000 Mann hat das Kolonialregime am letzten Donnerstag nach seinen eigenen Angaben in Marsch gesetzt, um die Scheinwahlen vom 17. bis zum 20. April zu „sichern." Das sind alle verfügbaren Siedler und Söldner. Damit wollen die Kolonialisten in den Gebieten, in die sich ihre Truppen noch trauen, die „hohe Wahlbeteiligung" erreichen.

ZANU und ZAPU führen bewaffnete Aktionen gegen die Terrorisierungskampagne durch, mit der das Smith-Regime Arbeiter und Bauern zur „Wahl" vor die Fernsehkameras und Beobachterkommissionen der Imperialisten, vor allem aus den USA und Britannien, treiben will. Die Befreiungsstreitkräfte stützen sich dabei auf die Volksmassen. Die Ablehnung der „ingime, seien Existenzminimum. Schon 1977 betrug die Produktion nur 105 kg pro Kopf. Die Siedler haben nicht nur das Land geraubt, sie stehlen den Bauern auch ihre Produkte: Die Bauern werden *gezwungen*, ebenfalls für den Export – meistens Erdnüsse – zu produzieren. Denn sie brauchen Bargeld für die Zahlung der Steuern: 4 Rhod. Dollar Kopfsteuer pro Jahr und Kopf, „Dipping"-Steuer für das vierzehntägige Durchtreiben der drei erlaubten Rinder durch ein Bad gegen Viehseuchen (1 Dollar pro Jahr und Rind), 1 Dollar für die Registrationskarten, die man immer bei sich tragen muß. Das Schulgeld für die Kinder liegt bei den meisten Missionsschulen um 30 Dollar pro Halbjahr. Der Erdnußankauf wird von der Regierung kontrolliert. Sie hat den Höchstpreis auf 8 Dollar pro Sack festgelegt, der Weltmarktpreis liegt über 30 Dollar. Ein Bauern erntet selten mehr als 4 Sack.

Die Imperialisten und ihre Statthalter schnüren den Bauern immer mehr den Hals zu. Saatgut, Dünger, Rindersalz kosten bis zu 100% mehr als vor zwei Jahren. Mit dem Kriegsrecht machen die Besatzer die Feldbestellung fast unmöglich: Wer nach 6 Uhr – in manchen Gegenden 3 Uhr – nachmittags noch außerhalb seines Hofes ist, wird erschossen. Dazu kommen Bombenüberfälle der Smith-Truppen auf ganze Dörfer, wie z.B. auf Dombosha-va und Mashonyayika.

Die befreiten und halbbefreiten Gebiete sind am augenfälligsten daran erkennbar, daß die Bauern keinerlei Steuern mehr zahlen und die Sperrstunde ignorieren. Die Massen haben dort in kollektiver Produktion Eilmaßnahmen gegen die drohende Lebensmittelknappheit getroffen. In der letzten Woche gab ein Beamter des Siedlerregimes zum erstenmal zu, daß dort Maisfelder von 1800 Hektar und mehr angelegt wurden. Die Armee versucht, sie mit Pflanzengift zu zerstören.

Zuwenig Land und nicht genug zu essen – auf der Grundlage kaufen die Imperialisten und Siedler immer billiger die Arbeitskraft der Bauernsöhne und -töchter für Farmen, Haushalte, Bergwerke und Fabriken. Seit 1976 hat das Regime einen „Lohnstopp" für alle Löhne über 66 Dollar pro Monat angeordnet. Die meisten Arbeiter liegen noch weit darunter, aber auch ihr Lohn stieg um weniger als 10% pro Jahr. Von 1976 bis 1978 stiegen die Preise für einen Laib Brot von 12 auf 18 Cent, für Zucker (1,8 kg) von 40 auf 85 Cent, für Schuhe von ca. 7 Dollar auf über 17 Dollar. Die meisten Zimbabwer zahlen keine Lohnsteuer, aber das Regime plündert sie über die Kopfsteuer und die Verkaufssteuer von *15%* auf alle Waren aus.

Die Arbeiter kommen alle vom Land und haben enge Verbindungen dorthin, fahren monatlich, manchmal wöchentlich zu Besuchen usw. Damit haben sie auch enge Verbindungen zu den Befreiungskämpfern. Das ist die Grundlage für erfolgreiche Aktionen in den Städten. Das Smith-Regime antwortet mit der Ausweitung des Terrors. Seit Sommer letzten Jahres führt die Polizei fast täglich Überfälle gegen Häuser durch, in denen „Verdächtige" vermutet werden. Bei den nächtlichen Überfällen werden die Häuser grundsätzlich bis auf den Grund abgebrannt, die Bewohner in den meisten Fällen erschossen.

In großer Zahl schließen sich Arbeiter und Bauern der Befreiungsarmee an, in so großer Zahl, das die Bewaffnung der Freiwilligen noch Probleme macht. „Können Sie die Zeit angeben, wann das Smith-Regime die militärische Niederlage akzeptiert?", wurde Genosse Mugabe gefragt. „Nein, keine Zeittafel, auf keinen Fall. Es kann zu jeder Zeit sein. Es können noch 5 Jahre, noch 10 Jahre sein, aber was immer es ist, wir sind bereit, bis zum Ende zu gehen."





Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft im Befreiungskampf und im Aufbau der befreiten Gebiete. Links: 28 Tanks mit Öl für mehr als 40 Mio. DM verlor das Smith-Regime durch einen Angriff von den Wohnsiedlungen der Arbeiter Salisburys aus. Rechts: Mais wird zu Mehl verarbeitet.

neren Lösung" ist einhellig, auch in den Städten.

Ausbeutung und Unterdrückung durch die Imperialisten und ihr Regime in den noch besetzt gehaltenen Gebieten werden immer unerträglicher. Der Landraub resultiert in schärferer Lebensmittelknappheit, die vor allem nach der nächsten Maisernte im Juni/Juli fühlbar wird. Über die Hälfte des Landes haben sich die Siedler für die Produktion von Rindfleisch, Tabak und Kaffee für den Export vorbehalten. Auf den sieben Acres (2,8 Hektar) schlechten Bodens, die das Regime den Bauern pro Familie höchstens zugesteht, produzieren sie vor allem Mais, das Grundnahrungsmittel. 175 kg Mais pro Kopf, sagt das Siedlerre-



Von den Kolonialtruppen erbeutete Waffen werden geprüft – der Zweck der Waffenkredite der Imperialisten kehrt sich ins Gegenteil

Putsch gegen UNO-Plan für Namibia: „Turnhallen-Allianz" als Gegenregierung

z.pek. Am 15. März ist der UNO-Plan für die Unabhängigkeit Namibias, die Abhaltung von Wahlen mit Beteiligung der SWAPO und unter Aufsicht von UNO-Truppen in Kraft getreten. Er verlangt die Reduzierung der Besatzertruppen des südafrikanischen Kolonialregimes auf 1500 Mann sowie deren Kasernierung. Nach den Wahlen, die bis spätestens September stattfinden müssen, soll eine verfassunggebende Versammlung über die Zukunft Namibias entscheiden; ab dato ist der koloniale Staatsapparat aufzulösen, die Reste der Besatzertruppen vollständig abzuziehen.

Das war niemals die Absicht der „Vermittlungsbemühungen" der Imperialisten, wie sie sich in dem „westlichen Plan" offenbarte. Dieser verfolgte vielmehr den Zweck, eine neokoloniale Lösung durch Inthronisierung einer Marionettenregierung „demokratisch" und „friedlich" durchzusetzen. Allerdings war dazu die politische Isolierung der SWAPO und deren Bereitschaft zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes die Voraussetzung. Beides gelang nicht. Der UNO-Plan, der im September 1978 von der 33. Generalversammlung beschlossen wurde, enthält zwar Konzessionen von seiten der SWAPO, gerade was den Zeitlauf der Auflösung der bewaffneten Formationen des kolonialen Staatsapparates betrifft, aber er ist, wie man *jetzt* sieht, allemal nicht das, was die Imperialisten im Sinn hatten.

Entscheidend war dafür, daß die Länder der Dritten Welt, vor allem die Frontstaaten das abgekartete Spiel der Imperialisten, in die UNO-Mandatstruppen ihre Interventionsstreitmacht hineinzumogeln, durchschauten. Von vornherein hat die SWAPO die Beteiligung von Mitgliedsstaaten der NATO an dieser Truppe abgelehnt. Sodann verlegte man sich neuerlich darauf, das „Apartheid-Regime" an die Front zu schicken, selbst aber in den Hintergrund der Weltbühne abzutauchen.

Botha brachte Tausend Einwände vor, warum der UNO-Plan nicht akzeptabel sei, während er im gleichen Atemzug im Dezember illegale Wahlen organisieren ließ. Diese wurden durch die Generalversammlung verurteilt, ihr Ergebnis für null und nichtig erklärt.

Und siehe da – Südafrika „stimmte" dem Plan „zu", unter der Bedingung, daß „die SWAPO-Truppen im Ausland *auch* durch die UNO kontrolliert werden". Die Frontstaaten haben das entschieden zurückgewiesen. Anfang März flogen Bomber der Kolonialisten Angriffe auf SWAPO-Lager in den Nachbarstaaten. In Pretoria erklärte Botha die aus dem Wahlbetrug vom Dezember hervorgegangene Marionettenallianz der „Turnhalle" zur „verfassunggebenden Versammlung" und ließ sie am 5. April zusammentreten, um den UNO-Plan vom Tisch zu „beraten". Er begünstige die „terroristischen Aktivitäten" der SWAPO, befanden sie und deshalb werde die Allianz eine „Übergangsregierung mit verfassunggebenden Befugnissen" bilden.

Der offene Putsch ist die letzte Schlacht, um den „westlichen Plan" zu retten. Der durch die bürgerlichen Presse lancierte Angriff Bothas auf so-, genannte Spionagetätigkeit der USA genannte Spionagetätigkeit der USA gegen seine Regierung gehört genauso zu dieser Putschstrategie der Imperialisten wie die 5,2 Mrd. Dollar, mit denen die westlichen Imperialisten seit 1972 den südafrikanischen Kolonialstaat zu ihrer Festung gegen den Befreiungskampf aufblasen. Über 50% davon stammen von westdeutschen Banken.

CDU-Todenhöfer hat nicht zufällig der Proklamation der Gegenregierung beigewohnt. Er hat „Verständnis" der BRD versichert, weil die UNO ja „letztlich auf seiten der Terroristen" stehe. Und genau sie wird die Bande von Ausbeutern jetzt aus ihren Löchern hervorzerren und bekräftigen, daß das namibische Volk die Entscheidung im bewaffneten Kampf fällt.

Bewaffnete Aktionen und Streiks gegen das Kolonialregime in Azania

z.bew. Am vergangenen Freitag (6.4.) wurde der Befreiungskämpfer Salomon Mahlangu im Gefängnis von Pretoria wegen Teilnahme an einer bewaffneten Aktion gehängt. Es war das 37. Todesurteil, das das südafrikanische Siedlerregime in den ersten drei Monaten dieses Jahres vollstrecken ließ. Zur gleichen Zeit demonstrierten 4000 schwarze Bergarbeiter des Goldbergwerkes Elandsrand und traten in einen Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Elandsrandmine gehört der Anglo American Corporation und sollte als Schaustück moderner Bergbaumethoden und verbesserter Arbeitsbedingungen am Dienstag eingeweiht werden.

Zunehmende bewaffnete Einzelaktionen und Streiks kennzeichnen die Lage im Kampf der azanischen Volksmassen gegen die faschistische Unterdrückung und die elenden Arbeits- und Lebensbedingungen. Um 20% hat das Siedlerregime seinen Verteidigungshaushalt gegenüber 1978 erhöht und erreicht damit eine Rekordhöhe von 2,12 Mrd. Rand, begründet im Verteidigungsweißbuch mit den wachsenden Guerillaangriffen. Im Haushaltsplan geht die Regierung von einer offiziellen Preissteigerungsrate von 11 bis 12% aus. Allein im Januar stiegen die Preise für Düngemittel um 14,7%, für Schuhe um 30% und für 1000 „Supermarktartikel", also vor allem die Mittel für den alltäglichen Gebrauch und die Lebensmittel, um 15%. Während der letzten 20 Jahre sind bei einer jährlichen Preissteigerungsrate von 11,8% die Kosten für die Lebensmittel überdurchschnittlich gestiegen: so lag, gegenüber der Erhöhung der gesamten Lebenshaltungskosten auf 228,4, die Preissteigerung für Lebensmittel bei 251,5 Punkten (Index 1970 = 100). Hinter diesen Preissteigerungen blieben, wie die südafrikanische Regierung selbst zugibt, die Lohnerhöhungen weit zurück.

Stolz verkünden die südafrikanischen Siedler, daß aufgrund der steigenden Industrieproduktion von plus 5% (1978) das Bruttosozialprodukt erstmals seit 1974 wieder mit 2,5% Wachstum ansteigend ist und sie einen Außenhandelsüberschuß von 1,4 Mrd. Rand haben, wobei die Ausfuhr von Gold im Wert von 3,9 Mrd. Rand gegenüber 1977 (2,9 Mrd. Rand) gewaltig gestiegen ist. Neben Gold und anderen wichtigen Erzen ziehen die Imperialisten zunehmend andere Rohstoffe aus dem Land. So deckte die EG 1978 mit 10,5 Mio t. 23% ihres Kohlebedarfs aus Azania (1976: 3,5 Mio t, 1977: 7,8 Mio t). Westdeutschland liegt dabei hinter Frankreich an der zweiten Stelle.

450 westdeutsche Firmen haben in Südafrika Kapital investiert. 1978 waren es 648 Mio DM. Südafrika ist für die BRD das wichtigste Handelsland in Afrika, und für die südafrikanischen Siedler steht Westdeutschland an erster Stelle bei den Importen und an dritter bei den Exporten. 158 Darlehen im Gesamtwert von 5,5 Mrd. Dollar haben die Banken imperialistischer Länder zwischen 1972 und 1978 an das Siedlerregime gegeben. Die größten Geldgeber waren die USA, Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich. Von diesen 4 Ländern kamen auch die 4 Gegenstimmen gegen den Beschluß des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates für einen Öl- und Investitionsboykott gegen Südafrika.



Vom 27. Juni bis 2. Juli 1978 fand in Arusha, Tansania, die Konsultativ-Konferenz des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) statt. Auf dieser Konferenz wurde ein neues Zentralkomitee gewählt und eine Erklärung über die Aufgaben des Kampfes in Azania verabschiedet. Auf dem Bild dankt der Vorsitzende des PAC, Genosse Leballo, den Delegierten nach der Wahl des neuen Zentralkomitee. In der auf der Konferenz verabschiedeten Erklärung heißt es: „1. Der Kampf in Azania richtet sich auf die Liquidierung des weißen Siedlerkolonialismus, der Zerstörung seiner ökonomischen Basis, der kapitalistischen Produktionsweise, und die Erringung einer vollständigen Unabhängigkeit in einem wahrhaft demokratischen und sozialistischen Azania. 2. Der bewaffnete Kampf in der Form des Volkskrieges ist die Hauptwaffe für die vollständige Befreiung Azanias. 3. Die vereinigten Kräfte des Imperialismus, die das weiße Siedlerkolonialregime in Südafrika aushalten, versuchen gegenwärtig fieberhaft, Afrika mit neokolonialen Plänen der Aggression wieder zu kolonisieren... 4. Bantustan-Verräter und Kollaborateure bei der Balkanisierung Azanias findet man auf dem ganzen Kontinent bei dem neuen Ringen um Afrika..."
(Erklärung und Bild aus: Azania News 7-8/1978)

z.erm.Rom. **Am 6.4. hat Papst Johannes Paul II. dem Präsidium des Europaparlaments eine Audienz gegeben.** Bei dieser Gelegenheit hat er den EG-Imperialisten ans Herz gelegt, ,,nicht zu vergessen, daß Europa nicht aus ihnen allein besteht'' und sie sich ,,der Verantwortung für die Zukunft des ganzen Kontinents'' bewußt sein müssen. Die Supermächte bereiten den Krieg um die Vorherrschaft in Europa vor. In der ,,Verantwortung'' der westeuropäischen Imperialisten liegt es, in diesem Krieg ihre Position im Kampf um die Weltherrschaft zu stärken, indem sie sich die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Völker Osteuropas sichern. Allerdings, mahnt Papst Johannes Paul II., setzt das voraus, daß sich die westeuropäischen Imperialisten ,,die Frage ins Bewußtsein rufen'', wie man ,,den Völkern ihre Rechte und *Pflichten* im Innern dieser Europäischen Gemeinschaft sichern und dabei den Rest der Welt, insbesondere den Rest Europas und die armen Länder für eine größere Gemeinschaft und für eine größere Harmonie im Auge behalten'' kann. Verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und Niederhaltung der Revolution in den westeuropäischen Ländern ist Voraussetzung für die Expansion nach außen. Dabei sollen die westeuropäischen Imperialisten ,,den Parteigeist ablegen'', denn ,,je größer und komplexer der Organismus ist, um so mehr muß man die Anstrengungen verdoppeln, um eine gemeinsame Linie für das Handeln zu schaffen.'' Zu schwach, um den Kampf um die Weltherrschaft einzeln aufzunehmen, müssen die Bourgeoisien der EG-Länder ihre widerstreitenden Konkurrenzinteressen unter das Dach einer ,,gemeinsamen Linie'' bringen. ,,Eine delikate Aufgabe für das Europaparlament'', gibt der Papst zu. Aber nur so kann es gelingen, daß ,,ganz Europa und auch die anderen Kontinente Nutznießer der heutigen Handlungen sind.'' ,,Große Aufgaben'' für die westeuropäischen Imperialisten. Wojtyla hat seine Unterstützung bereits zugesichert. Gott soll den Imperialisten den ,,Mut'' geben, die ,,Gerechtigkeit und die Wahrheit, die Respektierung der Personen, Situationen und Völker – koste es, was es wolle – zu suchen.'' Er selbst nimmt sich im übernächsten Monat ein Land ,,vom Rest Europas'', Polen, vor.

delikate Aufgabe für das Europaparlament'', gibt der Papst zu. Aber nur so kann es gelingen, daß ,,ganz Europa und auch die anderen Kontinente Nutznießer der heutigen Handlungen sind.'' ,,Große Aufgaben'' für die westeuropäischen Imperialisten. Wojtyla hat seine Unterstützung bereits zugesichert. Gott soll den Imperialisten den ,,Mut'' geben, die ,,Gerechtigkeit und die Wahrheit, die Respektierung der Personen, Situationen und Völker – koste es, was es wolle – zu suchen.'' Er selbst nimmt sich im übernächsten Monat ein Land ,,vom Rest Europas'', Polen, vor.

z.tis. **Die alten Militärmärsche stinken nach Blut und Boden.** Die Bundeswehr hat deshalb einen Wettbewerb ausgeschrieben. Gesucht werden je ein ,,Marsch der Bundeswehr, des Heeres, der Luftwaffe und der Marine'', allesamt ,,zeitgemäß'' und ,,volkstümlich''. Trotzdem sollen sie auch noch ,,nach Klangbild und Form für die Bundeswehr und die Eigentümlichkeiten ihrer Teilstreitkräfte charakteristisch'' sein.



z.res. **Der deutsche Städtetag beschäftigte sich jüngst mit den Konsequenzen des ,,extrem harten Winters'' für die Kommunen.** Unter dem Stichwort ,,Rationalisierung des Winterdienstes'' ging die Debatte dahin, wie der Aufwand für Schneeräumarbeiten und Streudienste noch weiter zu senken ist. Dazu läßt die Bourgeoisie vom Forschungsministerium eigens einen Forschungsauftrag vergeben. ,,Schon heute kostet jeder Tag des Wintereinsatzes in einer Großstadt mehr als 100000 DM'', meinte der FDP-Landtagsabgeordnete von NRW, Roberts, und empfiehlt den Volksmassen, derartige ,,harte Winter'' als ,,höhere Gewalt'' hinzunehmen. – Jedenfalls sind zusätzliche Ausgaben der Gemeinden für eine ausreichende Ausrüstung mit Schneeschleudern, -pflügen und -fräsen ,,wirtschaftlich untragbar''. So kommen die Herren Stadtdirektoren und Bürgermeister dann dazu, Beschäftigte aus anderen kommunalen Dienststellen, z.B. den Garten- und Bauämtern, zum Schneeschippen heranzuziehen und die Zwangsverpflichtung arbeitsloser Bauarbeiter vorzubereiten, also auch hier den Arbeitsdienst einzuführen, sowie Privatkapitalisten mit ihren Maschinen einzukaufen. Die Anlieger sollen stärker als bisher zur Schneebeseitigung und Streupflicht herangezogen werden. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür sind in NRW im Straßenreinigungsgesetz geschaffen. Die Stadt Köln z.B. hat dies bereits frühzeitig in einer Satzung umgesetzt und am 22.12.1978 ein Straßenverzeichnis erstellt. Danach sind in 997 Straßen die Anlieger zur ,,Winterwartung der gesamten Straße'' verpflichtet, die Stadt Köln nur in 794.

z.svm. **In der Entscheidung vom 9.1.1979, veröffentlicht am 4.4.1979, erklärt das Verwaltungsgericht Ansbach das in Nr. 20 Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung für Frauen geltende Beschäftigungsverbot auf Baustellen für verfassungswidrig.** Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates 78/79 war bereits beklagt worden, daß die Lohnsenkung im Baugewerbe im Vergleich zu anderen Branchen zu gering ausgefallen sei. Dies sei ein ,,weiteres Zeichen für zunehmenden Arbeitskräftemangel'' im Baugewerbe. Der Bruttostundenverdienst für Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau lag im Oktober 1978 bei 12,81 DM bei den Männern, fast 4 DM niedriger bei den Frauen, nämlich bei 9,18 DM. Der Bruttostundenverdienst für weibliche Hilfsarbeiter lag bei 8,89 DM. Der Stundenverdienst für Hilfsarbeiter im Baubewerbe beträgt 8,82 DM, für Reinemachefrauen auf Baustellen 7,62 DM. Während 1977 4,8% (81000) weniger seit 1975 im Baugewerbe beschäftigt waren, hat der Anteil an Frauen von 7% auf 7,2% zugenommen.

z.ulh. **Die Hamburger Bürgerschaftsfraktion der SPD will anläßlich der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz einen weitreichenden Angriff auf das System der Versicherung starten.** Mit der Begründung von Sozialexperte Rumpel aus Hamburg: ,,Jeder denkende Bürger weiß, daß Arbeitslosigkeit heute nicht mehr ein persönliches Schicksal ist...'', soll der Zugriff der Kapitalisten auf die Gelder der Beamten und Selbständigen freigegeben wer-

(81000) weniger seit 1975 im Baugewerbe beschäftigt waren, hat der Anteil an Frauen von 7% auf 7,2% zugenommen.

z.ulh. **Die Hamburger Bürgerschaftsfraktion der SPD will anläßlich der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz einen weitreichenden Angriff auf das System der Versicherung starten.** Mit der Begründung von Sozialexperte Rumpel aus Hamburg: ,,Jeder denkende Bürger weiß, daß Arbeitslosigkeit heute nicht mehr ein persönliches Schicksal ist...'', soll der Zugriff der Kapitalisten auf die Gelder der Beamten und Selbständigen freigegeben wer-

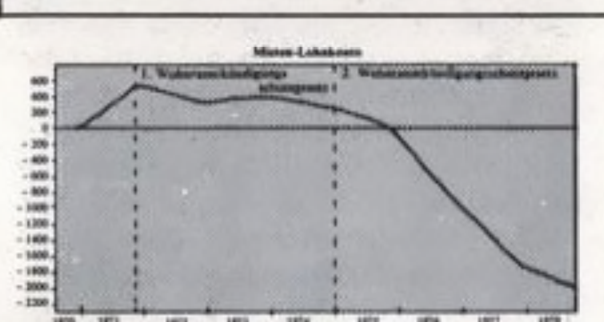
den. Rumpel: ,,Von allen am Erwerbsleben Beteiligten sollte eine Arbeitsmarktabgabe als Solidarbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben werden.'' Die Gelder sollen nach Vorstellung der SPD dann der Bundesanstalt für Arbeit ,,zur Verfügung gestellt werden.'' Mit dem diskreten Hinweis zum Verwendungszweck: ,,die hat ja auch noch anderes zu tun, als nur Arbeitslosengeld auszuzahlen...''

z.sth. **Auf Anfrage des SPD-MdB Mentzel hat das Bundesbauministerium Mitte März erklärt, es werde einen Forschungsauftrag für ,,schichtarbeiterspezifische'' Wohnungen erteilen.** Man sehe die Notwendigkeit schallisolierter Schlafzimmer und werde Bedarf sowie bautechnische Möglichkeiten untersuchen.

Schichtarbeiter hätten ein ,,Humanisierungsdefizit'' (Farthmann), haben die Sozialdemokraten Ende Januar festgestellt auf ihrer eigens durchgeführten Fachtagung unter dem Thema ,,Schichtarbeit – ein wachsendes Problem''. Gelöst werden soll es arbeitslagermäßig, jedoch gibt es noch ,,offene Fragen zum Mietverhältnis'': ,,Was geschieht, wenn ein Schichtler ... keine Schichtarbeit mehr leistet, aber in seiner ,,Schichtarbeiterwohnung'' bleiben möchte?''

In der Betriebsausgabe für die BASF, die in Ludwigshafen ganze Stadtteile mit insgesamt 30 063 Wohnungen besitzt (1977), jeden dritten Werksangehörigen und -rentner hineingepfercht hat, über Beteiligungen weitere 25 200 Wohnungen kontrolliert, wurde die Humanisierungskampagne der SPD angegriffen. ,,Niemals ziehe ich in so einen Bunker'', hat ein Schichtler gesagt. Die Arbeiter lehnen die *Normalisierung* der Schichtarbeit und die sozialdemokratischen Manöver zur Absicherung der Schicht durch die Fesselung der Arbeiter an ihre *Reform* ab.

z.gug. **,,Ein soziales Mietrecht auf Dauer'' sei mit dem 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz vom 1. Januar 1975 geschaffen worden,** so hatte die sozialdemokratische Regierung ihre Reform damals vorgestellt. Dauerhaft ist seitdem die Erhöhung der Mieten. Das dokumentiert die Regierung in einem Bericht vom März: Bei 85% ausgewerteten Gerichtsverfahren in Sa-



chen Miete und Kündigung von 1976-78 hatten die Immobilienkapitalisten die Mieten von 10 bis über 50% erhöht, zu 77% haben die bürgerlichen Gerichte ihnen Recht zugesprochen. Das erste Gesetz dieses Namens schufen die sozialdemokratischen Statthalter des Finanzkapitals im November 1971. Das Ergebnis zeigt die Aufrechnung des Mietenkontos eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit dem Konto des durchschnittlichen Bruttolohns Metall. (Angaben Stat. Jahrbücher). Es stellte sich jedoch heraus, die damit eingeleitete Mietenhöhungswelle rollte rasch aus (s. Schaubild), sodaß die Sozialdemokraten mit einer Verbesserung ihrer Reform nachhalfen. Nach dem Gesetz können die Immobilienkapitalisten jede Veränderung an ihren Häusern als Vorwand zu Mieterhöhungen benutzen und gleichzeitig Subventionen dafür vom Staat verlangen. Die Abwärtsbewegung des durch die Mieten geplünderten Lohnes ist seitdem rasant. Zur Festigung dieser Gleitbahn unterbreitet die Regierung in ihrem Bericht Vorschläge, wie Verkürzung der Einspruchsfrist des Mieters gegen Mieterhöhungen, damit diese sich rascher verwirklichen lassen.

z.irj. **In dem heilpädagogischen Heim der Stadt Nürnberg in Rückersdorf ist von Erziehern das Unternehmen des Jugendamtleiters der Stadt, Mösonef, aufgedeckt und verhindert worden, die Kinder des Heimes einer medizinischen Versuchsreihe zu unterziehen.** Mösonef, Jurist, dessen Fachwissen sich nachweislich auf Zeitschriftenartikel beschränkt, hatte ein Experiment angeordnet, wobei den ,,erziehungsschwierigen und verhaltensauffälligen'' Kindern im Alter bis zu 10 Jahren eine Woche lang normales Essen gegeben, eine Woche lang Essen mit phosphathaltigen Zusätzen und eine Woche lang Phosphat aus der Nahrung entzogen werden sollte. Damit wollte er eine dämpfende Wirkung durch Phosphatentzug nachweisen. Zusammen mit den Amtsärzten Bogner und Neupert wurde der Plan ent-



wickelt und den Erziehern ein Fragebogen vorgelegt. Sie sollten beobachten, ob die Kinder weniger verhaltens auffällig während des Phosphatenzugs seien. Das Personal hat die Versuche

Wer A sagt, muß auch B sagen: Forderungen der Wirtschaft nach ,,Erhalt'' der betrieblichen Ausbildung

r.her. Mit der umfassenden Einführung des sog. Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) hat sich die Lage in der Ausbildung in Richtung überhaupt keine Ausbildung weiter verschärft. Die Kampftätigkeit der jungen Arbeiter an den Berufsschulen und in den Betrieben hat dementsprechend zugenommen. Dabei ist die Forderung nach zweimal 6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen ein Schwerpunkt.

Schon im November 1978 hat z.B. in Niedersachsen die Wirtschaftsministerin Breuel der Wirtschaft die Zusicherung gemacht: ,,Ausbildung in den Betrieben ist durch nichts zu ersetzen. Dazu gehören BGJ (...) sowie der Verzicht auf einen zweiten Berufsschultag im Regelfall''. Dadurch ermutigt stellen die niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände im Februar 1979 gleich zwei weitere Forderungen: Die kooperative Form des BGJ, d.h. die Einbeziehung eines Betriebspraktikums, sowie den Wegfall der nach dem Schulgesetz von Niedersachsen vorgesehenen Einführung des 10. Schuljahres an den Hauptschulen. Die Kapitalisten, angeblich mit dem Ohr direkt am Munde der Jugend, behaupten frech: Die Haupt- und Sonderschüler seien nach der 9. Klasse ohnehin schulmüde und möchten gern etwas tun. Ja, schon, aber nicht was die Kapitalisten sich darunter vorstellen.

Schon Anfang April gibt Remmers, Kultusminister in Niedersachsen, bekannt, das BGJ sei *die* Alternative zum 10. allgemeinbildenden Schuljahr, wegen seines 50% Fachunterrichtanteils. Alles andere sei ,,Hauptschule de luxe''. Die Handelskammern versprechen dann auch großzügig, die Einführung des BGJ bis 1980/81 breitflächig zu unterstützen, obwohl Remmers noch nicht bis zur Novellierung des Schulgesetzes für die Einführung der ,,kooperativen'' Form des BGJ vorgedrungen ist.

In einem Leserbrief läßt das Organ der Handelskammern in Niedersachsen auch schon diskutieren, wie es weitergehen soll. Abschaffung der Stufenausbildung – aber ganz anders, als die Lehrlinge es fordern, nämlich überhaupt nur noch eine Stufe. Zum Beispiel im Handel: 9 Jahre Hauptschule, ein Jahr BGJ (mit Praxis), ein Jahr Ausbildung ganz im Betrieb – und schon ist man Einzelhandelsfachberater. Wer Einzelhandelskaufmann werden will, soll sich einer Art Meisterprüfung unterziehen müssen.

Auch in der Frage der Meldekarten für Schulabgänger, die sie beim ersten Kapitalisten, bei dem sie sich bewerben, abgeben müssen – ,,wiederholt blockieren Jugendliche Ausbildungsplätze'', sagen die Kammern – drückt Remmers beide Augen zu. Seit 1978 ist die Einführung landesweit durch die ,,ablehnende Haltung der Arbeitnehmervertreter'' im Landesausschuß für Berufsbildung ,,blockiert''. Doch die Kapitalisten wissen sich zu helfen: Sie fordern die Auslieferung der Lohnsteuerkarte oder des Versicherungsheftes oder der Bescheinigung der ärztlichen Untersuchung nach dem Arbeitsjugendschutzgesetz, alles nützliche Einrichtungen für die Durchsetzung ihrer Interessen. Und um den ,,hohen Ausbildungsstand zu halten'', sind dann die Bezirksregierungen behilflich, wenn schon die Landesregierung nicht funktioniert: Für die Schulabgänger 1979 haben sie ein Meldekartensystem zusammen mit den Handelskammern beschlossen.

In den Betrieben soll die Ausbildung nebenher laufen. Bei Klöckner in Bremen haben sich die Ausbilder der Elektrikerwerkstatt geweigert, statt bisher 12 nunmehr 16 Lehrlinge ausbilden zu müssen. Die ÖTV-Mitglieder Rathaus-/Kiel fordern 30% Freistellung der Ausbilder. Die Forderung der Krankenpflegeschüler, in vielen Beschlüssen zum 1. Mai zum Ausdruck gebracht, nach Verbesserung der Ausbildung und Nichtanrechnung auf den Stellenplan wird überall von den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten unterstützt. Bewußt untersützt die Arbeiterbewegung in ihren Beschlüssen zum 1. Mai die Kämpfe und Forderungen der jugendlichen Arbeiter, wie z.B. den Kampf der Fernmeldelehrlinge für Übernahme. (Siehe auch die Spezialnachrichtendienste der KVZ) Dies schafft eine breite Grundlage und die entscheidende zur Fortführung der Kämpfe der Jugend der Arbeiterklasse für die Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die imperialistische Bildungsreform.

Festgeldabschluß bei LKW-Fahrern günstig für Durchsetzung der Forderung zum Manteltarif

r.wel. ,,Von einer ständig wechselnden Einsatzstelle kann bei einem Fernfahrer nicht ausgegangen werden, da der LKW als ständiger Arbeitsplatz anzusehen ist.'' So lautet sinngemäß die Begründung der jüngsten Entscheidung des Bundesfinanzhofs, in der die Besteuerung der Spesen festgeschrieben wird. Dieser Zynismus kann sich auf die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der meisten Fernfahrer stützen: bis zu



Festgeldabschluß bei LKW-Fahrern günstig für Durchsetzung der Forderung zum Manteltarif

r.wel. ,,Von einer ständig wechselnden Einsatzstelle kann bei einem Fernfahrer nicht ausgegangen werden, da der LKW als ständiger Arbeitsplatz anzusehen ist.'' So lautet sinngemäß die Begründung der jüngsten Entscheidung des Bundesfinanzhofs, in der die Besteuerung der Spesen festgeschrieben wird. Dieser Zynismus kann sich auf die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der meisten Fernfahrer stützen: bis zu

85 Stunden wöchentlich und mehr verbringen die Fahrer im Führerhaus eines LKW bzw. an den Be- und Entladestellen. Die Transportkapitalisten haben die Vernutzung der Arbeitskraft der Fernfahrer soweit getrieben, daß sie mit 50 bis 55 Jahren bereits fahruntauglich sind.

Grundlage für den Zwang zu solch Überstundenschinderei ist der niedrige Stundenlohn: zwischen 6,50 und 7,30 DM. Die meisten Firmen zahlen Pauschalgehälter zwischen 2200 und 2700 DM brutto, um über diese Art Zahlung sich praktisch unbegrenzt Arbeitskraft anzueignen und über den niedrigen Preis der Arbeitskraft hinwegzutäuschen. Mit der Pauschalzahlung sind sämtliche Überstunden abgegolten. Bei den über 300-Std.-Pauschalen liegt damit der stündliche Lohn noch unter dem Tariflohn.

Die wachsende Bereitschaft der Fernfahrer, sich gewerkschaftlich zu organisieren, hat zusammen mit der schon ein halbes Jahr laufenden Betreuungsaktion der ÖTV die Kapitalisten jetzt dazu gezwungen, die Verhandlungen über einen neuen Bundesmanteltarif wieder aufzunehmen. Aufgeben mußten sie auch ihre Absicht, die vorgeschriebene Mindestruhezeit



Zusätzlich zu ihrem Fahrpensum müssen die Fahrer beim Be- und Entladen dabei sein, oft sogar diese Arbeit selbst ausführen. Die ÖTV fordert eine vollständige Befreiung der Fahrer von Be- und Entladetätigkeiten.

zwischen zwei Arbeitsschichten von acht Stunden bei Zwei-Mann-Besatzungen auf vier Stunden zu kürzen. Wegen dieser Absicht waren die Verhandlungen bereits im Juli 77 von der ÖTV für gescheitert erklärt worden. In den jetzigen Verhandlungen fordert die ÖTV die Senkung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 44 Stunden, der höchstzulässigen auf 55 (jetzt noch 77). Gleichzeitig wird eine Erhöhung der wöchentlich zusammenhängenden Ruhezeit (Wochenende) von jetzt 32 auf 40 Stunden gefordert sowie die Garantie eines Nachtarbeitszuschlages von 20%.

Der jetzt erfolgte Tarifabschluß in Westberlin, der eine Festgelderhöhung von 50 Pfennig pro Stunde ab 1.4.79 sowie eine Ausgleichszahlung von 140.- DM pro Monat von Januar bis März vorsieht, begünstigt die Durchsetzung dieser Forderungen. Dieser Abschluß ist bereits Ausdruck des gewachsenen Zusammenschlusses der Fernfahrer. Notwendig ist es, jetzt die weiterlaufende Betreuungsaktion der ÖTV zu unterstützen und den im Dezember auf einer Mitgliederversammlung gemachten Vorschlag, zur Bekräftigung der Forderungen eine befristete Grenzblockade an den Kontrollstellen zu organisieren, unter den Kollegen zu propagieren.

4,5% in der Druckindustrie – schon jetzt fürchtet die Bourgeoisie die kommende Lohnbewegung

r.acm. 4,5% mehr für die Druckarbeiter, für die fünf unteren Lohngruppen je noch ein Prozent mehr – das müssen die Kapitalisten zahlen. Sechs Wochen Urlaub bis 1983 und zusätzliche Freischichten sind die weiteren Ergebnisse. Relativ schnell mußten die Kapitalisten zahlen, das war auch das Ziel der Druckarbeiter. So wie die Sozialdemokraten den Abschluß plaziert haben, gibt das den Kapitalisten jedoch Raum. Die zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen um 1% ändert nichts an der tiefen Lohnspaltung der Druckarbeiter. Die beliebte Methode der Anhebung ,,unten“, die Mahlein schon 1977 in einem Grundsatzartikel gegen die Bewegung nach Festgeld begründen wollte, hebt diese Spaltung nicht auf. Anders wie in der Metallindustrie – wo jetzt auch der Lohngruppenschlüssel offen ist – ist das Lohngefüge in der Druckindustrie breit gespreizt, es langt von 70% des Facharbeitérecklohnes bis zu 120% des Facharbeiterecklohnes. Das sind 50% Unterschied. 1978 bedeutete das für die unterste Lohngruppe (Hilfsarbeiter I) 305,44 DM Wochenlohn, für den Maschinensetzer 512,63 DM. Im Monat sind das weit über 800 DM Unterschied. Bei der Tatsache, daß alle Lohngruppen um 5-10% auseinanderliegen, ist die einprozentige Anhebung der unteren Lohngruppen kein Mittel gegen Lohnspreizung und damit *verstärkte* Senkung der unteren Lohngruppen. Auf der Mitgliederversammlung in Bremen haben Arbeiter eine Resolution für mindestens 100 DM für alle eingebracht. Das entsprach genau der Lage, um die Einheit aller Arbeiter herzustellen sowie die weitere Senkung des Lohns zu verhindern: Der Maschinensetzer bekommt jetzt 92,28 DM brutto mehr, der Hilfsarbeiter (I) bei 5,5%iger Erhöhung 67,20 DM.

Diese Lohnpolitik kommt den Interessen der Kapitalisten im Zusammenhang mit der Umwälzung der technischen Mittel der Profitproduktion äußerst entgegen. Sie schafft disponible Arbeitskraft und vertieft die Spaltung. Die Sache ist nur zu schlagen im Zusammenwirken von Festgeld und Streichung der unteren Lohngruppen. In dem jetzigen Gefüge ist *allein* über Festgeld die Sache nicht zu meistern. Die Kluft ist von vornherein zu tief. Kommen die Metallarbeiter beim Lohnschlüssel ins Geschäft, verbessern sich die Ausgangsbedingungen für die Druckarbeiter, den jetzigen Lohnschlüssel in der Druckindustrie zu zerschlagen.

Gleich nach Abschluß bei Druck hat die Bourgoisie Bilanz gezogen, weil der Hauptteil der Tarifkämpfe abgeschlossen ist. Was zieht sie für Schlüsse? ,,Die große Unbekannte nach den Tarifabschlüssen dieser ersten drei Monate des Jahres bleibt die Preisentwicklung. Die Tarifforderungen... waren noch unter dem Eindruck der Preisentwicklung des Jahres 1978 entstanden, als die Teuerungsrate (der Bourgeoisie, d.V.) bei 2,6% lag. Inzwischen werden für das laufende Jahr Preissteigerungen um vier Prozent prognostiziert, was gerade in Gewerkschaftskreisen im Hinblick auf mögliche Unruhe unter den Beschäftigten bedenklich stimmt.“ (dpa, 13.4.79) Wenn auch die Preisentwicklung keine ,,Unbekannte“ ist, sondern spürbar nach oben geht, so sieht die Bourgeoisie die Gefahr, die ihr von Seiten der Arbeiterbewegung droht. Die führende Gewerkschaftssozialdemokratie soll es ,,bedenklich“ stimmen. Das hört man gerne, aber man muß mit allem rechnen. Manteltarif und Anhänge sind immer noch in der Schwebe. Die Forderungen der Druckarbeiter aber stehen, die Forderung nach Streichung der untersten Lohngruppen ist unabdingbar, will man zum Erfolg kommen.



Am 10.4. hat die Betriebsgruppe der HBV vor dem Julius Springer Verlag eine Kundgebung gegen das 3,8% Angebot der Kapitalisten. Am selben Tag hat die Mitgliederversammlung der HBV beschlossen, an der 150 DM Forderung festzuhalten.

Streik der LKW-Fahrer in den USA vorläufig ausgesetzt

z.sus. Am 1. April waren einige Zehntausend LKW-Fahrer für die Durchsetzung ihrer Tarifforderungen in den Streik getreten. Die Gewerkschaft hatte für die 300000 Arbeiter eine sofortige Lohnerhöhung von 75 Cts. pro Stunde sowie 50 Cts. in den beiden weiteren Jahren des 3-jährigen Tarifvertrags gefordert. Jetzt soll ein Kompromiß zwischen Gewerkschaft und Regierung ausgehandelt worden sein, der kurzfristig die Wiederaufnahme des Transports für die Kapitalisten ermöglicht. Bei diesem Abschluß würden die LKW-Fahrer 50 Cts. pro Stunde sowie je 50 Cts. in den beiden darauffolgenden Jahren des Tarifvertrags bekommen, sowie eine Teuerungszulage, die sich nach der jeweiligen Inflationsrate in den nächsten 3 Jahren bemißt. Bei einer Inflationsrate von 8,5% würde die Gesamterhöhung über 3 Jahre 31,5% ausmachen, also pro Jahr 10,5%. Allerdings wird die Urabstimmung über das Ergebnis erst in 4-6 Wochen abgeschlossen sein. Als wichtige Forderungen hatte die Gewerkschaft weiterhin aufgestellt: 40 Stunden-Woche bei geregeltem Arbeitsbeginn (Bisher machen die LKW-Fahrer oft 70 Stunden an 8 Tagen)! Keine zwangsweisen Überstunden! Erhöhung der Renten (von monatlich $ 275) um $ 200! Arbeitsplatz im Fall von Konkurs oder Fusion!

Dunlop-Kapitalisten wollen 3100 Reifenarbeiter entlassen

z.rül.London. Das Aktionskomitee der Gewerkschaften der 2400 Arbeiter des Werks Speke bei Liverpool, das die
3100 Reifenarbeiter entlassen

z.rül.London. Das Aktionskomitee der Gewerkschaften der 2400 Arbeiter des Werks Speke bei Liverpool, das die Dunlop-Kapitalisten im Zuge großer Rationalisierungen schließen wollen, blies in der letzten Woche einen eintägigen Streik aller britischen Dunlop-Arbeiter zwei Tage vorher wieder ab, nachdem die Kapitalisten ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hatten. Das Aktionskomitee war Ende Februar von den 11 Gewerkschaften in Speke gegründet worden, um die Schließung des Werks zu verhindern. Am 7. März führten die 11000 Reifenarbeiter von Dunlop in Britannien mit Unterstützung ihrer Kollegen in den anderen Werken und durch europäische Reifenarbeiter einen eintägigen Streik gegen die Kapitalisten durch. Diese wollen 3100 britische Reifenarbeiter entlassen und mit Investitionen von 95 Mio. Pfund (ca. 290 Mio. DM) die Ausbeutung der übrigen drastisch verschärfen. Seit dem 5.4. werden die Dunlop-Arbeiter von den Hafenarbeitern in Southhampton und Liverpool unterstützt, die sich weigern, Importreifen aus den europäischen Werken von Dunlop zu entladen. Das Werk Speke haben die Kapitalisten systematisch verrotten lassen, während sie die Arbeiter an den zum Teil zwanzig und mehr Jahre alten Maschinen zu immer höheren Akkordleistungen zwangen.

Unter welchen Forderungen das Lohnsenkungsprogramm bekämpfen?

Wahlen der gewerkschaftlichen Delegierten in Belgien / Vier Wochen Streik der ACEC-Arbeiter um mehr Lohn

Unter welchen Forderungen das Lohnsenkungsprogramm bekämpfen?
Wahlen der gewerkschaftlichen Delegierten in Belgien / Vier Wochen Streik der ACEC-Arbeiter um mehr Lohn

z.scc.Brüssel. Über eine Million organisierte Lohnabhängige wählen in Belgien Ende April die gewerkschaftlichen Delegierten, ihre betrieblichen Vertretungskörperschaften.

Gerad erst hat mit dem neuen Regierungsprogramm die Finanzbourgeoisie den Generalangriff gegen die belgische Arbeiterbewegung eingeleitet: Einfrieren der Tariflöhne auf drei Jahre; Kürzung der Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten um 6,7 Mrd. DM, dies sind die Hauptpunkte, eingepackt in ein ,,Zugeständnis“, die Einführung der ,,36-Stundenwoche“ bis 1981.

Ein Zugeständnis? Machtvoll erhebt seit langem die Arbeiterbewegung die Forderung nach Begrenzung des Arbeitstages auf 36 Stunden. Mit teilweisen Erfolgen: zwar nicht in Hinblick auf *gesetzliche* Schranken, aber in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung auf 39, 38, z.T. schon 36 Stunden, für einzelne Betriebe, einzelne Industriezweige, auf Bezahlung der Pausen durch die Kapitalisten, auf weitgehende Streichung von Überstunden. Von Zugeständnis kann also keine Rede sein; eher vom ,,Versprechen“ der Bourgeois, jede Minute aufgezwungene Arbeitszeitverkürzung durch Intensivierung der Arbeit, Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit, dazu radikale Verjüngung des in Ausbeutung befindlichen Arbeiterheeres mehr als auszugleichen. Während zunehmend Arbeiter ab 55 oder 58 Jahren mithilfe sog. ,,Prepensionen“ und zu Renten knapp über dem Arbeitslosengeld aus dem Produktionsprozeß gestoßen werden, ,,verpflichten“ sich mit der Einführung der ,,36-Stundenwoche“ die Kapitalisten zu 3% Neueinstellungen. Zehntausende junger Arbeiter, durch ein vielfächriges Zwangsarbeitssystem ,,angelernt“ und vor allem an niedrigsten Lohn ,,gewöhnt“, stehen ihnen zur Verfügung.

,,Ja zu den 36 Stunden! Nein zum Lohnstop!“, kündigt unter tosendem Beifall von 8000 Kandidaten des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes ABVV/FGTB, die zur Vorbereitung der Delegiertenwahlen aus ganz Belgien nach Brüssel gekommen waren, der Vorsitzende Debunne ,,harten Widerstand“ an. Daß indes die Finanzbourgeois ihren Angriffsplan so ungeniert zum Regierungsprogramm erheben konnten, geht nicht zuletzt aufs Konto der Führer der beiden großen Gewerkschaftsbünde, des ABVV/-FGTB und des Christlichen ACV/-CSC. Ihre reformistische Wendung der Arbeiterforderungen kommt den Bourgeoisabsichten entgegen. ,,Verteilung der verfügbaren Arbeit“, fordert in seinem Programm zu den Delegiertenwahlen etwa der FGTB. Haben nicht auch in der Vergangenheit die Kapitalisten, denen die Arbeiter die im EG-Vergleich kürzeste durchschnittliche Arbeitszeit abtrotzten, mit ihrem ,,verfügbaren“ Kapital ein Höchstmaß an Arbeitskraft ausgesaugt? 26,6% der Lohnabhängigen (BRD: 18,5%) waren 1975 zu Schicht-, 17,6% (BRD: 13,3%) zu Nachtarbeit gezwungen. ,,Verallgemeinerung der Prepension bei Neueinstellung junger Arbeitsloser“, fährt das Programm fort – wie könnten die Bourgeois nicht zugreifen wollen?

Vor allem aber, daß die Reformisten beider Gewerkschaftsbünde seit Jahren beharrlich den Kampf für Arbeitszeitverkürzung gegen den Lohnkampf ausspielen, hat die Arbeiterbewegung in eine schwierige Lage manövriert. Seit drei Jahren haben mit ihrer Hilfe die Kapitalisten Tariflohnerhöhungen vielfach verhindern können. Gegen diese dauernden Lohnsenkungen entwickelt sich, spontan noch und zersplittert, aber in ziemlicher Breite eine selbständige Lohnbewegung. Konnten die Führer der beiden Metallarbeitergewerkschaften zum wiederholten Mal auch im diesjährigen Tarifkampf zentrale Lohnforderungen unterdrücken, so entfalten nach dem Scheitern der zentralen Tarifverhandlungen und im Kampf um betriebliche Tarifvereinbarungen die einzelnen Belegschaften einen zähen Kampf um Lohnerhöhungen, meist um 6 bis 10 bfr, immer für alle gleich. An vorderster Front streiken seit vier Wochen unter der Führung ihrer gewerkschaftlichen Delegierten die knapp 4000 Arbeiter des Elektromonopols ACEC für Lohnerhöhung von 10 bfr (63 Pfg.) und 36-Stundenwoche.

Diese sich herausbildende Lohnbewegung müssen die Finanzbourgeois brechen, um eine wirklich *einschneidende* Senkung des Lohnstandards durchzusetzen. Keinen Versuch, neue Spaltungslinien zu ziehen, lassen sie ungenutzt. Ihr schmierigster ist die Wiederaufwärmung des ,,Sprachenstreits“ zwischen Flamen und Wallonen. Auch hier springen ihnen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer zur Seite. Die ,,definitive Inkraftsetzung der Regionalisierung“ fordert z.B. der wallonische FGTB. Und da sich der ,,Sprachenstreit“ einfach so in der Arbeiterbewegung nicht einpflanzen läßt, tut er's unter der ,,Fortschritts“fahne, verkauft den gleichen stinkbürgerlichen Chauvinismus als ,,Sammlungsbewegung der Progressisten“.

Die Bedingungen für die Einheit der belgischen Arbeiterklasse sind damit zusätzlich erschwert. Ihr Wille zur Einheit jedoch ist, gerade jetzt, ungebrochen. Ausdruck dieses Willens war nicht zuletzt die Versammlung der – flämischen wie wallonischen – Kandidaten des ABVV/FGTB, die zur Kampfansage gegen das Regierungsprogramm wurde. Ausdruck dieses Willens ist ebenso der zähe und gerade während der diesjährigen Tarifbewegung zunehmend erfolgreiche Kampf um die gemeinsame Gewerkschaftsfront. Viel hängt für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes davon ab, ob und zu welcher Klärung ihrer nächsten Aufgaben die Arbeiterbewegung in den nächsten Wochen während der Delegiertenwahlen gelangt.



Im ganzen Land unterstützt die Arbeiterklasse den Streik der ACEC-Arbeiter.

Arbeiter von DEMAG (Schweden) im Streik

z.coi.Stockholm. Seit dem 27.3. befinden sich die 70 Arbeiter der zu Mannesmann gehörenden DEMAG AB in Jordbro bei Stockholm im Streik. Sie fordern eine betriebliche Lohnerhöhung von 2,55 SKr./Std. über die im Vorjahr zentral zwischen den Metallkapitalisten und den Metallarbeitergewerkschaften abgeschlossenen 76 Öre (33 Pfg.) hinaus. Der zentrale Vertrag (Laufzeit: 1.2. – 31.10.79) kann erst durch ein Abkommen zwischen der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe und dem Unternehmen betrieblich wirksam werden. Die Geschäftsleitung weigert sich, auch nur eine Öre über das zentrale Abkommen zu zahlen. Sie fordert vielmehr die Umwandlung von 10% des Zeitlohns (Durchschnitt 1975: 27 Skr./Std.) in eine Leistungszulage. – Die Verurteilung der Betriebsgruppe durch das Arbeitsgericht auf 10000 Skr. sowie aller Streikenden auf 300 Skr. Schadensersatz und sofortigen Abbruch des ,,illegalen Streiks“ haben die Arbeiter mit dem einstimmigen Beschluß beantwortet, weiter zu streiken. Auf die darauf erfolgte Aussperrung hin wurden Streikketten vor dem Betrieb gebildet. Jetzt sucht DEMAG die Entscheidung. Die Arbeiter wurden brieflich aufgefordert, am Dienstag nach Ostern die Arbeit wieder aufzunehmen. Andernfalls seien sie entlassen. Auf einer Vollversammlung am Mittwoch haben die Streikenden einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen.

mit den Kindern verhindert. Das Heim hat Modellcharakter, der Tagespflegesatz pro Kind beträgt über 200 DM, die Kinder bleiben in der Regel ein Jahr dort. ,,Hoffentlich kostet es ihn jetzt den Sessel“, sagen die Sozialarbeiter der Stadt. Mösonef ist schon lange verhaßt bei den Beschäftigten.

z.evb. **Die bürgerliche Justiz beschäftigt sich erheblich mit den Folgen der Kostendämpfung.** In einem kürzlich veröffentlichten Urteil vom 7.1.78 weist das Landgericht Offenburg eine Klage von Eltern zurück, die Schadensersatz von einem Arzt forderten, weil er bei einer Mittelohroperation an ihrem Kind einen Gesichtsnerv durchtrennt hatte und sie vorher nicht auf dieses Risiko aufmerksam gemacht hatte. Das Gericht dazu: ,,Die Aufklärungspflicht (des Arztes) ist... nicht absolut. Der Umfang, die Intensität der erforderlichen Aufklärung richtet sich vielmehr nach dem Einzelfall, wobei dem Grad des Risikos, der sachlichen und zeitlichen Notwendigkeit des Eingriffs wie auch der Intelligenz des Patienten entscheidende Bedeutung zukommen kann.“ Diese ,,Rechtsgrundsätze“ reichten, diese Klage abzuweisen. Für die Zukunft sucht die Bourgeoisie eine allgemeinere Regelung: So hat der Deutsche Juristentag 1978 unter anderem vorgeschlagen, das Bundesjustizministerium solle durch eine Kommission prüfen lassen, ob und wie eine obligatorische Versicherung der Patienten gegen Risiken ärztlicher Behandlung eingeführt werden kann.

z.evm. **Einen ,,ungeschminkten“ Bericht über die Stabsrahmenübung beim Kernkraftwerk Neckarwestheim am 16. Oktober letzten Jahres hat Innenminister Baum am 2.4. der Presse vorgelegt.** Die Alarmierungsanweisung soll gestrafft werden und die Beteiligung der ABC-Abwehrbatterie der Bundeswehr in Bruchsal geprüft werden. In einer 3. Phase ,,will man dann auch tatsächlich die Bevölkerung probeweise evakuieren.“ An die ,,Zehntausende baden-württembergischer Bürger, die in unmittelbarer Nähe von Kernkraftwerken wohnen“, hat Innenminister Palm die Ausgabe von Jodtabletten bekanntgegeben. Besonders davon betroffen sind die Kernzonen im Bereich Philippsburg, Leopoldshafen, Karlsruhe, Neckarwestheim und Obrigheim und das deutsche Grenzgebiet beim elsässischen Kernkraftwerk Fessenheim. Das Innenministerium hält es insbesondere aufgrund der Erfahrungen mit der Katastrophenübung bei Neckarwestheim für erforderlich, daß die Schlagkraft des Katastrophenschutzes durch weitere Übungen, vor allem auch Alarmübungen außerhalb der normalen Dienstzeit, verbessert wird. Wie Palm dazu sagte, sollen diese Übungen nicht mehr nur wie im Oktober simuliert, sondern ,,allmählich immer realistischer werden, bis hin zu tatsächlichen übungsweisen Evakuierungen der Bevölkerung in den entsprechenden Gefahrenbereichen.“

z.bew. **In der Drucksache 8/2677 hat die CDU-Fraktion im Bundestag einen Antrag zur Änderung des Versammlungsgesetzes eingebracht.** ,,Im Versammlungsgesetz sollen die sogenannte passive Bewaffnung und die Maskierung oder Unkenntlichmachung von Veranstaltungsteilnehmern verboten werden“. Es mutet lächerlich an, aber die Absichten sind weit gesteckt, denn außer dem Verbot von Maskierung wird jetzt die ,,passive Bewaffnung“ unter Strafe gestellt. Das sind Gegenstände, die ,,zum Schutz vor der Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei geeignet und bestimmt sind“. (§2 Abs. 3,1) Zu diesem Schutz dienen ein Helm, eine wattierte Jacke, oder eine Sportbrille gegen Tränengas.

Vielleicht soll auch die berühmte Aktentasche, die ja sogar zur Rettung vor dem Atomtod dienen soll, zur passiven Bewaffnung erklärt werden und damit als Grund für die Auflösung einer Demonstration dienen?



„Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art... Sie verstärkt sich aber in dem Maße, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden..." (Engels)



404785 Gefangene in 1976: Abnabelung vom gesellschaftlichen Leben. Nach amerikanischen Vorbild: der sternförmige Bau, in dem sich die Gefangenen nicht mehr sehen können.



Arbeit, wichtigste Lebensäußerung des Menschen, wird im Gefängnis zweimal gegen den Gefangenen eingesetzt: bis zu 5 DM „Belohnung" täglich gibt es für Akkordarbeit. Und: Von der Arbeitsleistung und -disziplin wird jede Vollzuglockerung abhängig gemacht. 40% der Gefangenen, die selbst unter diesen Bedingungen arbeiten wollen, erhalten keine Arbeit.

Eine Sache, die man unterstützen muß!

z.maf. Die auf dieser Seite abgedruckte Entschließung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Lingen zeigt eindringlich, was sich die Bourgeoisie herausnimmt, wenn sie einen Teil der Arbeiterbevölkerung politisch und ideologisch isoliert glaubt. Mit der ganzen Schwere von weiterem, längerem, feiner ausgeklügeltem Freiheitsentzug nötigt die öffentliche Hand die Gefangenen zur Arbeit für Extraprofit von Kapitalisten. Die paar Pfennige, die man ihnen gibt, lassen sich nicht als Lohn bezeichnen. Zwangsarbeit ziemlich reinen Wassers liegt vor. Gleich drei Interessenpunkte des Kapitals findet man hier durch die Staatsmacht gewaltsam betrieben: Gewaltsam und durch Drohungen werden vor allem die Jugendlichen an einen hohen Arbeitsstandard hungen werden vor allem die Jugendlichen an einen hohen Arbeitsstandard bei denkbar niedrigem Lohnstandard gewöhnt. Gewaltsam und durch Drohungen werden die Gefangenen gleichzeitig als Rammbock gegen den Lohnstandard der in Freiheit befindlichen Arbeiter eingesetzt. Und drittens wird die Arbeiterklasse an das gesellschaftliche Dasein von Zwangsarbeit gewöhnt, eine wichtige Voraussetzung für die Ausweitung der Zwangsarbeit. – Das ist schon keine Schweinerei mehr, sondern staatsanwaltlich ausgeklügelt. Hoffen wir, daß dem DGB – Kreis-Vorstand Emsland dämmert, daß man es dahin hätte gar nicht kommen lassen dürfen. Diese Gefangenen müssen tarifliche Löhne und gewerkschaftliche Rechte erhalten.

Daß die Staatsmacht so unverfroren und ungezügelt an den Gefangenen die Interessen der Kapitalistenklasse vollstreckt, das kommt, weil sie diese Gefangenen von den Volksmassen politisch und ideologisch isoliert glaubt. Und die entsprechende Propaganda läßt sich die Bourgeoisie Quadratkilometer Zeitungspapier und Tonnen Druckerschwärze kosten. Besondere Liebe in der Darstellung der Ereignisse, die „ins Gefängnis" führen, erfährt der Diebstahl, begangen an Leuten, die auch nicht viel hatten, und die Gewaltaktion, begangen an Leuten, die auch zu den Unterdrückten der kapitalistischen Gesellschaft gehören. Gegen diese abstoßende Berichterstattung, aus der im wesentlichen die bloß durch Furcht eingedämmte Gier der Schreiber, genauso und noch schlimmer zu handeln, herausleuchtet, und durch die ein ganz falscher Eindruck von der traurigen Masse der Ereignisse und Umstände, die ins Gefängnis führen, hervorgerufen wird, fallen auf Anhieb einige Argumente ein; wir wollen sie ruhig nennen.

Allgemein befindet sich die Jugend der Arbeiterbevölkerung im Zustand vollständiger Abhängigkeit und vollständiger Mittellosigkeit. Für einen Teil der Jugendlichen besteht gar nicht die Möglichkeit, sich aus dieser vollständigen Abhängigkeit und Mittellosigkeit herauszuwinden, indem sie sich etwa einen Ausbeuter sucht. Und abgesehen davon: An der Schwelle eines Lebenslaufs, der in einem endlosen Kreis von Ausbeutung durch den Kapitalisten und äußerster Beschränkung der Mittel für die Reproduktion ablaufen soll, ist Widerstand natürlich. Und man muß sich ja nicht wundern, die von der Sozialdemokratie beherrschte Arbeiterbewegung zeigt der Jugend nicht die Möglichkeit zum geordneten, erfolgreichen, revolutionären Widerstand. Und warum die Opfer dieser Ausbruchsversuche auch Angehörige der Volksmassen, selber im wesentlichen mittelos und unterdrückt, sind? Weil sich die Reichen, weil sich die Kapitalisten und die Bourgeois mit erheblichen Mitteln zu schützen wissen, warum sonst? – Höchstens die jammervolle Enge der Bedürfnisse kann man daraus ersehen. Ein Diebstahl oder auch Raub im Gegenwert von 20,- DM heißt nichts anderes, als daß man einen Menschen in eine Lage gebracht hat, in der 20,- DM ein anders eben nicht erreichbares Ziel darstellen. – So ungefähr denkt man und vielleicht noch, daß man dann und wann auch bloß fähr denkt man und vielleicht noch, daß man dann und wann auch bloß Glück gehabt habe.

Aber wie hat man sich die Erscheinungen von Willkür, Grausamkeit usw. zu erklären, die es bei vielen dieser traurigen Ereignisse ja auch gibt, und die von den Bourgeois so liebevoll ausgemalt werden, weil sie zur ideologischen Isolierung der Gefangenen genutzt werden können? In den ‚besseren Kreisen' der kapitalistischen Gesellschaft besteht das Erziehungsziel in der Erziehung zum perfekten Ausbeuter und umsichtigen Unterdrücker. Im Rahmen einer solchen Erziehung wuchert die Idee vom direkten, uneingeschränkten Zugriff, von der im freien Belieben durchgeführten Aneignung von Sachen und Dienstbarmachung von Menschen. So mancher jugendliche Bourgeois schlägt auch prompt diesen direkten Weg ein. Das ist dann überschäumender Ausdruck von der Machtfülle, an die man ihn gewöhnt. Der jugendliche Bourgeois hat erst einen schwachen Eindruck von den politischen Gefahren, die für die Herrschaft seiner Klasse entstehen, wenn sich ihre Mitglieder allzu unverschämt aufführen. Und er muß auch erst noch lernen, die komplizierten Wege, die im Kapitalismus für die Ausbeuter benutzbar sind, zu benutzen. Es ist aber trotzdem bloß die Grausamkeit, die in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen tagtäglich, wenn auch verkleidet, vorkommt, die hier in brutaler Ursprünglichkeit heraustritt. – Man versteht schon; die unmittelbare materielle Notdurft und das unabweisbare Bedürfnis zu Gegenwehr gegen die Unterdrückung können ideologisch mit der zügellosen Herrschsucht und Besitzsucht, die der Kapitalistenklasse eigentümlich ist, verquickt werden. Die schiere Propaganda kapitalistischen Bereicherungstriebes wird eine gewisse Wirkung auf die Volksmassen und insbesondere die Jugend haben müssen.

Wir finden, daß die Mai-Entschließung der Gefangenen der JVA Lingen eine ziemliche Ermutigung gerade für die älteren Arbeiter, die selber Kinder haben, bedeutet. Nur durch geordneten Kampf kann man sich aus den Bedrückungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erheben. Und: selbst unter den entwürdigenden und deprimierenden Bedingungen der Gefangenschaft können sich die Volksmassen zum Kampf ordnen. Bürgerlich spießig und ein wahres Verbrechen wär es, die Gefangenen in ihren erhobenen Forderungen nicht zu unterstützen.

Gefängnisreform: Behandlung statt Sühne

Schwinds Programm: Isolation und Ausbau der Gefängnisse – modellhaft für die BRD

r.klm. Professor H. D. Schwind ist zum Justizminister des Landes Niedersachsen vor allem wegen „seiner Bemühungen um eine Reform des Strafvollzuges" ernannt worden. Schöpfte sein Vorgänger Puvogel hauptsächlich aus der Vergangenheit und ist darüber gestolpert, so weist Schwind in die Zukunft: „Langzeitplanung Justizvollzug 2000" heißt sein Programm.

Der bürgerliche Staat schafft ständig Reformen seines Strafrechts und des Vollzugs der Strafe, um die Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Die tägliche Peitsche der Strafrechtsreform und Strafvollzugsreform gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen soll die Strafvollzugsreform gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen soll die Klassenauseinandersetzung zugunsten der Kapitalistenklasse entscheiden. Seit Bestand der BRD hat sich einiges getan: Notstandsgesetze, Verteidigerausschluß- und Kontaktsperregesetz, Maulkorbparagraph u.a. sind Anpassungen der Strafgesetze an die aktuellen Unterdrückungsbedürfnisse der Bourgeoisie. Für den Teil der Arbeiterklasse, den sie in die Gefängnisse geworfen hat, schaffte sich die Bourgeoisie unter dem Schlagwort „Mehr Resozialisierung" ein neues Gesetz, das Strafvollzugsgesetz (StVollzG).

Die Lage in den Gefängnissen ist nicht so rosig für die Bourgeoisie. Ein besonderes Problem ist ihr dabei die Vernutzung der gefangenen Arbeitskraft. Gab es früher nur Anstaltsbetriebe, die für die Justiz und die Verwaltung schafften, gibt es ab 1973 sogenannte Unternehmerbetriebe, die Verträge über die Ausbeutung der Gefangenen mit der Justiz schließen. Direkt durch die Justiz werden nur noch etwas mehr als 5 % der Gefangenen vernutzt. Das Problem ist nun, daß sich in den Gefängnissen die „Sabotage" häuft. Bei Arbeitszwang und Sklavenlohn von DM 4,36 pro Tag wird die Produktion häufig von den Gefangenen zerstört. In Celle haben Gefangene in der Produktion von Papiereinkaufstaschen und Teppichbodenmustern dafür gesorgt, daß die Produktion auf den Müll mußte. In Bückeburg wurde ein Teil der fertigen Lampenproduktion durch Brandstiftung vernichtet. Die Justiz beklagt, daß sie nur 12 Mio. DM im Jahre 1977 aus den Gefangenen pressen konnte (Angabe des Ministers der Justiz). Reformen sollen hier schnell Abhilfe schaffen. Schwind soll dies in Niedersachsen besorgen. Es lohnt sich, seine Auffassung von Behandlung zu untersuchen.

In seinem Buch „Strafvollzug in der Praxis" sieht Schwind in der Einführung der Zucht- und Arbeitshäuser in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts bereits die Durchsetzung des Erziehungsgedankens im Strafvollzug. Tatsächlich dienten diese Arbeitshäuser dazu, die für und durch Akkumulation großer Mengen von Kapital gelegten Bauern in die entstehenden Manufakturen zu pressen. Einen weiteren „Erziehungsgedanken" erblickt Schwind bei einem gewissen John Howard (1726), den er als einen „...bald in der ganzen Kulturwelt verehrten Menschenfreund" bezeichnet: „Isolierung der Gefangenen bei Tag und Nacht, verbunden mit ständigem Arbeitszwang..., und die Einrichtung eines

Praxis" sieht Schwind in der Einfüh- zwang..., und die Einrichtung eines



In der Karte sind alle Vollzugsanstalten mit Nebenanstalten und Arbeitslager aufgezeichnet. Durch die Konzentration der Anstalten unter einer Leitung sind viele Einheiten zusammengefaßt worden. Als Neubauten sind zu verzeichnen: Bückeburg (Ausbau des Anstaltsbetriebes), Celle I und Celle II, Hameln Tündern allein mit ca. 100 Mio. DM Kosten neu erstellt.

Lingen, im April 1979

An den Deutschen
Gewerkschaftsbund,
Kreis Emsland

Am Gasthausdamm
4450 Lingen / Ems

Kolleginnen, Kollegen,

Wir möchten Euch hiermit unsere Grüße zum 1. Mai vermitteln, auch für Eure Kundgebung am 1. Mai in Nordhorn, für die wir Euch viel Erfolg wünschen.

Wie Ihr sicher wißt, arbeiten sehr viele Gefangene bei verschiedenen Firmen im Kreis Emsland. Unser Arbeitseptgelt ist im Strafvollzugsgesetz festgelegt und liegt im Durchschnitt zwischen 4 DM und 5 DM täglich. Es besteht aber kein Tarif darüber, das ist ja mit Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes abgelehnt worden.

So brauchen die Unternehmer während der Zeit, in der wir bei ihnen arbeiten, keine Versicherung zu bezahlen. Für uns entfällt sie: Rentenversicherung, Krankenversicherung.

Die Unternehmen zahlen an die JVA für unsere Arbeitskraft zwischen 40 DM und 70 DM pro Kopf und Tag. Die Gefangenen sollen dafür „industriegerecht" arbeiten. Was das heißt, möchten wir Euch an einem Beispiel erläutern:

Bei der Firma Kynast in Quakenbrück arbeiten derzeit um die 60 Gefangene. Es werden dort Fahrräder, Liegen und Gartenmöbel sowie Rasenmäher und Mofas hergestellt. Die Mehrzahl von uns arbeitet im Akkord unter folgenden Bedingungen:
– der Akkordsatz liegt bei 78 DM täglich. Wird dieser Satz erreicht, erhalten wir 10% davon als tägliche Prämie, wer darüber liegt, erhält für den darüberliegenden Betrag 20% Prämie.
– den Tagessatz, den wir erhalten, liegt bei 4,99 DM. Davon können wir ⅔ verbrauchen, bei Einkauf, für Basteln. ⅓ behält die Anstalt ein bis zur Entlassung.
– wir arbeiten also für einen Lohn von ca. 78 DM am Tag. Das macht brutto im Monat über 1600 DM. Kynast bezahlt pro Gefangenen und Tag 58 DM, also im Monat über 1200 DM und hat keine weiteren Kosten. – Geht man von den 1600 DM aus, so müßten davon abgezogen werden: 200 DM rund für das Entgelt, das wir erhalten. 400 DM für Verpflegung. Das sind grobe Schätzungen. Es blieben rund 1000 DM, die unserem Leben bzw. unserer Familie entzogen werden. Vorausgesetzt, man ginge davon aus, daß 1600 DM überhaupt ausreichen für einen Haushalt von, sagen wir, 3 Personen.
– die Akkordarbeit, die viel an Lebenskraft vernutzt, hat aber noch weitere Bedeutung: damit er selber die Prämie für sich oder für seine Familie verwenden kann, versuchen wir natürlich diese Prämie zu erreichen, und möglichst 20%. Das wiederum wirkt auf die „zivilen" Arbeiter als Antreiberei. D.h. sie müssen sich noch mehr schinden, um genügend Geld zu kriegen. Ja, unsere Arbeit bedroht sogar ihren Arbeitsplatz.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn Gefangene im Betrieb „schräg" angesehen werden oder sehr schlechte Arbeit machen müssen.

All dies ist nur ein Beispiel. Bedenkt man, daß die JVA Lingen mit Außenstelle (Lingen II, Hesepe, Versen) ca. 1200 Gefangene hat, ist das wiederum für Euren Tarif schlecht, und es wundert nicht, daß das Lohnniveau unter dem Durchschnitt in Niedersachsen liegt.

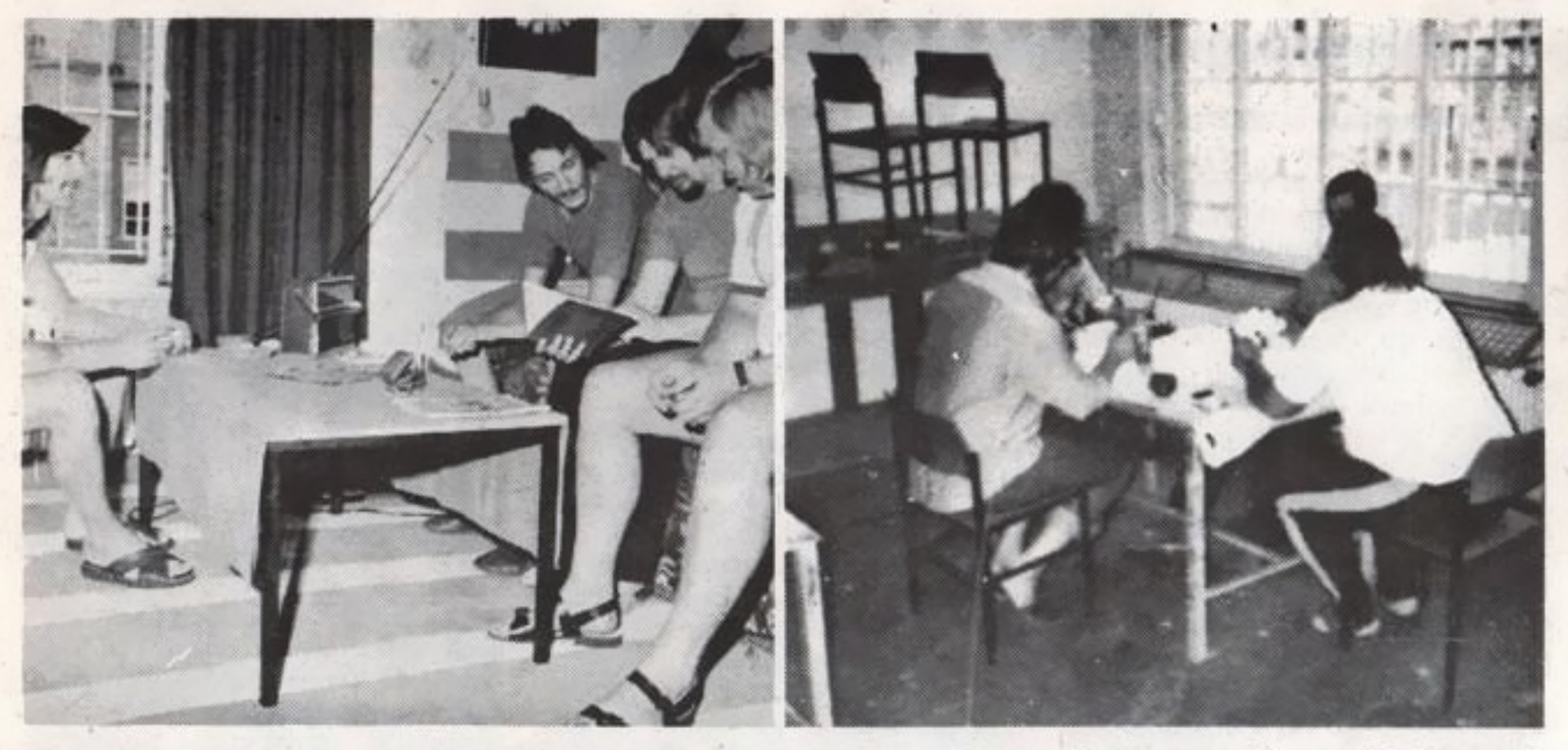
Aus diesen Gründen meinen wir, daß eine tarifliche Regelung des Arbeitsentgeltes für Gefangene richtig wäre, ebenso eine gewerkschaftliche Vertretung.

Unterstützen würden wir auch, wenn die Gewerkschaft von der Regierung Gesetze verlangt, die die Akkordarbeit verbieten. Auch Gesetze, die die Sozialversicherungen in die Hände der Versicherten legen und die bezahlt werden durch die Unternehmen.

Solche Forderungen sollten zum 1. Mai erhoben werden.

Mit solidarischen Grüßen

(Bis zum 10.04. von 22 Gefangenen unterschrieben)



Justizminister Vogels ,,humaner Strafvollzug'' – Sklavenarbeit zu den rechtlosesten Bedingungen; hier: sozial-therapeutischer Modellversuch in Bad Gandersheim. – Das Strafvollzugsgesetz von 1977 löste die Dienst- und Vollzugsordnungen der Länder ab. Einheitliche Regelung für reibungslose ,,Wiedereingliederung'' der Gefangenen unter die Zuchthausordnung der Fabrik; 5612 Gefangene arbeiteten 1978 im offenen Vollzug. Der neueste Versuch ist, die schulpflichtigen ,,nichtversorgten'' Kinder gleich mit der Mutter zu inhaftieren.



In der Vorbereitung des KPD-Verbots 1956 isolierte der westdeutsche Staatsapparat die KPD-Funktionäre von den Mitgefangenen. 1974: Der tote Trakt in Köln-Ossendorf. Ab 1975 Isolationszellen, mit § 88 des Strafvollzugsgesetzes nachträglich als ,,besondere Sicherungsmaßnahme'' legitimiert. In Celle (Bild) führten 3 Gefangene einen Hungerstreik gegen die Isolation durch.

Strafvollzuges in der Weise, daß sich Gefangene durch Wohlverhalten und Fleiß in eine höhere Stufe des Vollzuges hochdienen können, bei schlechtem Verhalten und Faulheit hingegen ,in eine härtere Classe' degradiert werden können.'' ,,In der Formulierung dieser Gedanken und Vorschläge Howards wird der Beginn der Neuzeit unseres Vollzugswesens gesehen'', stellt Schwind fest. Diesen Reformgedanken findet er dann besser noch bei Franz v. Liszt (1851 – 1919) formuliert: ,, – den besserungsfähigen und besserungsbedürftigen Verbrecher zu bessern versuchen – den nicht besserungsbedürftigen Verbrecher abschrecken und den nicht besserungsfähigen Verbrecher unschädlich machen.''

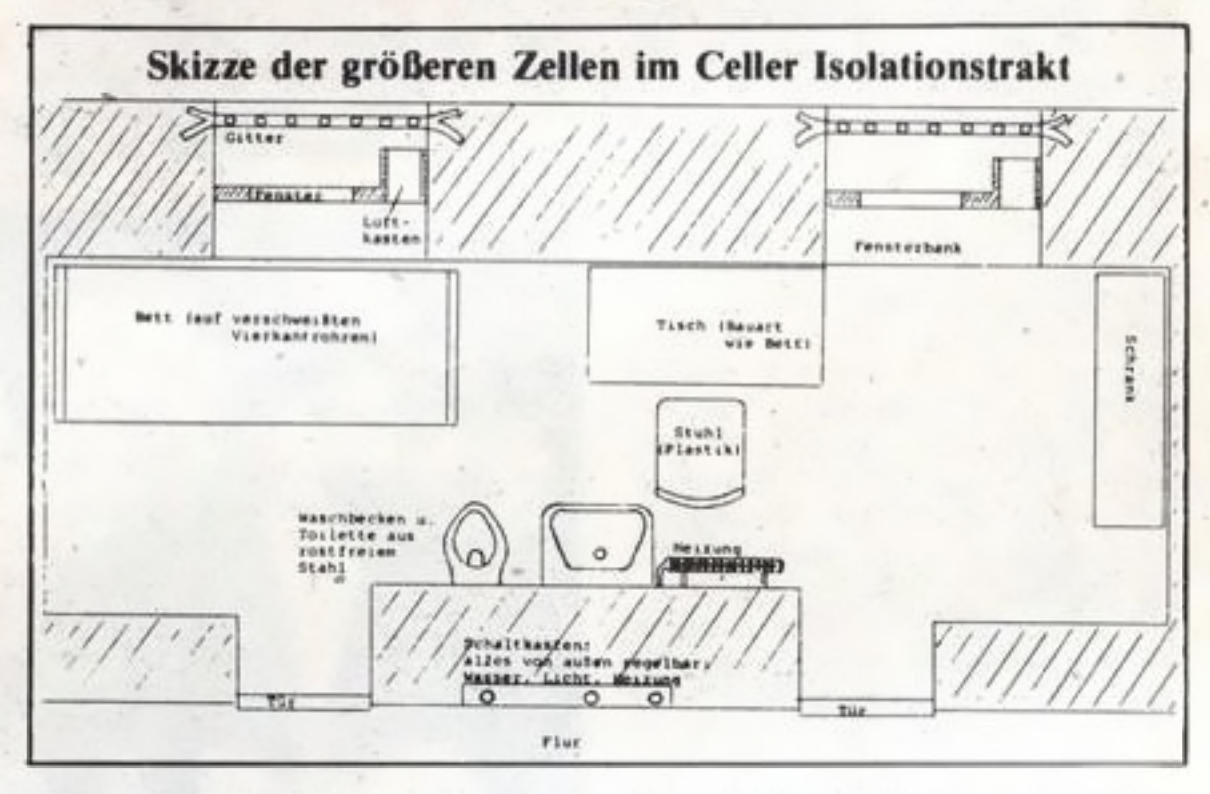
Seit 1976 wird in Niedersachsen das Freigängersystem erprobt. Im Strafvollzugsgesetz ist es als Vollzugslockerung festgelegt. Der Gefangene arbeitet außerhalb der Anstalt bei einem Kapitalisten und geht abends wieder in die Zelle. Die Anstalt schließt einen Vertrag über die Verwertung der Arbeitskraft. Der Gefangene ist völlig entrechtet. Laut einer Verfügung des Präsidenten des Strafvollzugsamtes in Celle vom 19.4.1978 sind alle Zahlungen des Lohns vom Kapitalisten direkt an die Lohns vom Kapitalisten direkt an die Oberjustizkasse in Hannover zu zahlen. Diese schöpft erst einmal ab. Nach Mitteilung an die Vollzugsanstalt kann diese den Rest anfordern und auf ein von ihr verwaltetes Konto des Gefangenen verbuchen. Erst nach seiner Entlassung kann der Gefangene an sein Geld. In Bad Gandersheim wird gegenwärtig ausprobiert, die Gefangenen 6 Monate vor der Entlassung draußen wohnen zu lassen. Sie arbeiten bei einem Kapitalisten, haben ein möbliertes Zimmer, die Zelle wird ihnen ,,reserviert'', dafür müssen sie zahlen. Über den Lohn wird verfügt wie bei den Freigängern, seine Kosten muß er genau vorrechnen. Kein Wunder, daß Schwind die Freigänger-Stationen ausbauen will. In Lingen schaffen so über 60 Gefangene in einer Frabrik. Der Vorteil ist klar: Dem Kapitalisten steht der Gefangene als billige Arbeitskraft direkt zur Verfügung. Die totale Entrechtung erlaubt es, den Arbeiter im Betrieb als Lohndrücker einzusetzen. Die Anstalt wacht während der arbeitsfreien Zeit über diesen Arbeiter. Im größeren Umfang können die Gefangenen mit diesem Freigängersystem als Streikbrecher bei Lohnkämpfen eingesetzt werden. Im Kommentar zum Strafvollzugsgesetz von Grunau heißt es dazu: ,,Bei Arbeitskämpfen in der freien Wirtschaft sind die Arbeiten in den Eigenbetrieben der Anstalt fortzuführen. Sie können fortgeführt werden in den privaten Unternehmerbetrieben, die innerhalb der Anstalt beschäftigt werden, sind zurückzuziehen, wenn die freien Arbeiter des Betriebes streiken. Ausnahmen sind u.U. zulässig.'' Dies ,,u.U. zulässig'' heißt in Verbindung mit der Arbeitspflicht nichts weiter als die Möglichkeit, eine größere Anzahl von Gefangenen als Streikbrecher in die Betriebe karren zu können.

Das Programm von Schwind richtet sich an amerikanischen Vorbildern aus, wie er gerne betont. Es sollen Massenverhaftungen gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes möglich werden, wie jüngst in Salinenmoor bei Celle und Uelzen vorbereitet. Ebenso bildet die Einrichtung des Hochsicherheitstraktes (von Schwind gern amerikanisch bezeichnet: ,,High- gern amerikanisch bezeichnet: ,,High-Security-Station'') in Celle I eine erste Frucht seiner Reformbestrebungen. Was macht es da, wenn die Bourgeoisie sich dabei in eigene Widersprüche verwickelt. So hat das Oberlandesgericht zugunsten des Gefangenen Debus entschieden, daß Isolation nur als letztes Mittel, so kurz wie möglich und auf den Einzelfall abgestimmt eingesetzt werden muß. Erst am 16.3.1979 stellte das Landesgericht Hannover fest, daß die Isolierung von Gefangenen in besonderen Trakts und über längere Zeit die Vernichtung bedeuten kann. Dies sei wissenschaftlich erwiesen.

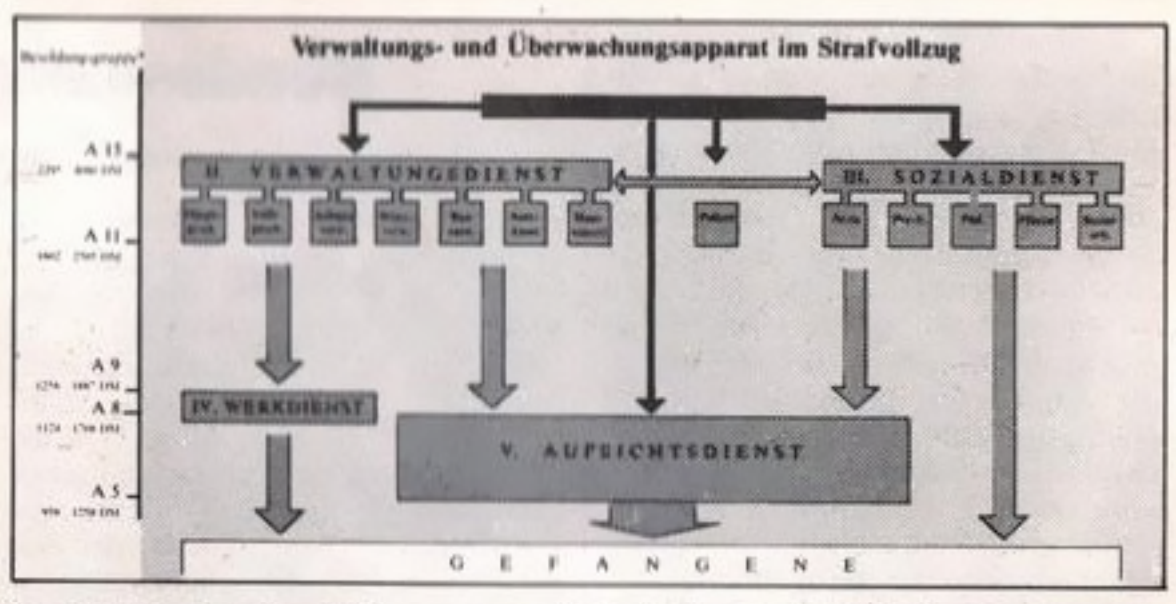
Für das Jahr 1979 sind nun im Haushalt des Landes fast 600 neue Stellen für die Justiz vorgesehen. Das hat es bisher in Niedersachsen noch nicht gegeben. Es geht der Regierung darum, das Justizministerium zu erweitern: Eine Referatsgruppe ,,Planung und Forschung'' bezieht im Ihme-Zentrum in Hannover eine ganze Etage, eine Justizvollzugsplanungskommission ,,Leitplanung Justizvollzug 2000'' entsteht zusätzlich im Ministerium, und die Arbeitsgruppe ,,Beschleunigung des Strafverfahrens'' soll eine schnellere Verurteilung ermöglichen. Damit dies alles reibungslos geht, wird ab April 1979 mit der Ausbildung ,,mobiler Einsatzreserven'' begonnen. Sie sollen in Strafanstalten bei Razzien Unterstützung liefern und bei besonderen Gerichtsverfahren den störungsfreien Ablauf im Gericht sichern. – Massenverhaftungen und Vernichtung, Brechung von Widerstand als Behandlungsziel sowie die verstärkte Vernutzung der gefangenen Arbeiter durch die Kapitalisten, das ist das Programm der Bourgeoisie.

Diese Maßnahmen sind gegen die Arbeiterklasse und das Volk gerichtet. Die Verhältnisse in den Gefängnissen spiegeln die Lage der Arbeiterklasse wider, sie sind ein Ausdruck des Klassenkampfes. In dem Maße, wie die Gefangenen die Interessen der Arbeiterklasse begreifen und die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Gefängnisse führt, wird es die Bourgeoisie schwer haben, ihr schmutziges Geschäft ungestört führen zu können. Die Gefangestört führen zu können. Die Gefangenen haben in der Vergangenheit Forderungen der Arbeiterklasse aufgenommen und unterstützt. Hierbei erlangt die Informationsfreiheit eine besondere Bedeutung. Gegen die Versuche der Zensur nimmt die Verbreitung der Kommunistischen Volkszeitung in den Gefängnissen zu. In Niedersachsen haben Gefangene sich in Resolutionen gegen die Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen kommunistische Organisationen gewandt, haben sie den Streik der Studenten für die Verbesserung ihrer materiellen Lage unterstützt und sich mit dem Kampf der Mädchen vom Birkenhof in Hannover solidarisiert.

Die Isolation der gefangenen Arbeiter von ihrer Klasse zu überwinden ist eine Kampfaufgabe der Arbeiterklasse und muß in den Gewerkschaften Raum einnehmen. Die Resolution der Gefangenen aus der JVA Lingen zum 1. Mai an den DGB ist ein Schritt dahin.



Schon die bloße Haft ist Isolation. Sie soll den Willen des Gefangenen brechen. Isolationshaft ist mehr. Sie soll ihn exekutieren ohne Exekution. Die visuelle Wahrnehmung bleibt auf die Eintönigkeit der weißgetünchten Wände und des öden Mobiliars beschränkt, die akustische auf die Geräusche, die der Gefangene selber macht. Der so traktierte Mensch verhungert sinnlich, sämtliche Regelkreise des Organismus, die auf den äußeren Taktgeber der 5 Sinne angewiesen sind, werden instabil, besonders Kreislauf und Nervensystem. Der Mensch fängt an zu spinnen und halluziniert das, was ihm fehlt. Seine Sinne reagieren schon auf normale Reize überempfindlich, sie drehen durch. Der Gefangene wird zum psychischen und physischen Wrack.



Zuständigkeiten: I.: Alleinverantwortlichkeit für sämtliche Vollzugsbelange; II: gesamte Haus-, Personal-, Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung; III (Ärzte): Entscheidung über Aufnahmeverfahren, Haftbedingungen, Zwangsmaßnahmen, Isolationshaft; IV: Arbeitsüberwachung und -anleitung; V: Bewachung und Versorgung der Gefangenen. *Verteilung:* I: unter 1%, II: 10%, III: 6%, IV: 3%, V: 80% aller Vollzugsbeschäftigten.

* jeweils Anfangs- und Endgehalt

Militärjustiz – noch ein Grundpfeiler des Rechtsstaats

z.ebk. ,,Der Oberleutnant forderte sie auf, das Rauchen einzustellen, worauf die Soldaten ihm die Zigaretten vor die Füße warfen ... Da die Soldaten ihr Verhalten nicht änderten, ... ordnete der ... Zeuge Theis ihre vorläufige Festnahme an''. Ein Vorgang, wie er sich tagtäglich in den Kasernen der Armee zuträgt. Die Rebellion gegen die imperialistische Armee nimmt unter den vielfältigsten Formen zu, wird bewußter, und die Offiziere reagieren mit zunehmend scharfen Mitteln der Disziplinierung, Gängelung und Unterdrückung. Der Wehrbeauftragte in seiner Unterrichtung des Bundestages: In



dem Instrument der Disziplinargewalt ,,sehe ich ein wichtiges Führungs- und Erziehungsmittel''. Zwang und Knebelung für die Zwecke der imperialistischen Armee meint er.

Oft genug durch die elenden Verhältnisse zu Hause zum Mitverdienen gezwungen, bleiben die Soldaten der Armee fern. Von 3614 im Jahr 1968 auf 11398 im Jahr 1974 stieg die Zahl der Fälle von ,,eigenmächtiger Abwesenheit'' und Fahnenflucht. Mit Feldjägern, Staatsanwälten und Gerichten versucht die Bourgeoisie sie zurückzutreiben: ,,Der Angeklagte steht der Bundeswehr ablehnend gegenüber. An Wochenenden kam er in einen Freundeskreis, der einen negativen Einfluß auf ihn nahm und dazu beitrug, daß er zwischen dem 18. und 24.10.1976 das erste Mal eigenmächtig seiner Einheit fernblieb. Am 6.12.1976 nahm er in Selbstmordabsicht Tabletten ein, um auf diese Weise eine vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr zu ereichen. ... Er wurde jeweils von den Feldjägern aufgegriffen und seiner Einheit wieder zugeführt ... 14 Tage Disziplinararrest ... erschien gegen den Angeklagten angemessen''. Der ,,Freundeskreis, der einen negativen Einfluß auf ihn nahm'': seine Freunde und Bekannten aus dem Dorf, aus dem der Soldat stammte, die allerdings mit ihm seine ,,ablehnende Haltung'' gegen die imperialistische Armee teilten.

Die Bourgeoisie fürchtet, daß aus den vielseitigen Formen, Widerstand gegen die Armee zu üben, eine immer bewußtere Front wird. Sie fürchtet die ,,Zersetzung'' der Armee. Mit drakonischen Urteilen versucht sie, das zu verhindern. § 89 Strafgesetzbuch soll ihr dabei helfen: Mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer ,,planmäßig'' auf Angehörige der Bundeswehr einwirkt, um deren ,,pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der BRD oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben''. Wer die Bundeswehr als ,,Machtmittel der herrschenden Klasse bezeichnet, das einzig der Kontrolle, Bespitzelung und Unterdrückung des eigenen Volkes'' diene, zersetzt die Bundeswehr (Landgericht Koblenz, Urteil vom 14.11.1977). Ob die Behauptungen wahr sind oder nicht, spielt keine Rolle, stellte das Gericht fest.



Laut verkündeten die westdeutschen Imperialisten bei der Verabschiedung ihres Grundgesetzes, daß Sondergerichte unzulässig sind. Auf dieses erprobte Unterdrückungsinstrument – das Bild zeigt ein fliegendes Standgericht 1945 – kann die Bourgeoisie nicht verzichten. Im gleichen Artikel (101 GG) werden ,,Gerichte für besondere Sachgebiete'' per Gesetz wieder eingeführt. In bester Tradition knüpfen die Notstandsgesetze an die ,,Gesetze gegen Volksschädlinge'' des Faschismus an, steht die Einrichtung der Staatsschutzkammern durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz. Die Militärgerichtsbarkeit der Besatzer wurde durch die Rechtsbestimmungen des NATO-Truppenstatuts und durch Vereinbarungen mit den Besatzern festgelegt, wonach diese Militärgerichte auch Zivilisten aburteilen können.

Heimarbeit ab 4,10 DM die Stunde

r.kea. Rund 10000 Heimarbeiter gibt es derzeit in Niedersachsen. 95% davon sind Frauen. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind die Textilindustrie mit Schwerpunkt im Hamburger Raum, die Kunststoffindustrie mit Schwerpunkt im Raum Hannover und die Fischindustrie (Krabbenschälen) an der Nordseeküste. Daneben sind noch Heimarbeit im Metall- und Elektrobereich von Bedeutung.

1978 wurden für Heimarbeiter in Niedersachsen folgende Bruttostundenlöhne festgesetzt: 4,36 DM in der Gummi- und Kunststoffindustrie, 5 DM in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie, 5,71 DM bis 6,73 DM in der Textilindustrie, 4,24 DM in der Papierindustrie und 4,10 DM bis 6,50 DM für sog. Büroheimarbeit. Die Lohnhöhe wird nach dem Heimarbeitsgesetz von 1951 in der Fassung von Oktober 1974 durch staatliche Zwangskörperschaften festgelegt, den sog. Heimarbeitsausschüssen. Diese setzen sich zusammen aus einem dem Sozialministerium unterstellten Beamten, als ihrem Vorsitzenden, und als „Beisitzer" aus drei Vertretern der Kapitalisten sowie drei Vertretern der Heimarbeiter. Die Vertreter der Arbeiter können von der Gewerkschaft nur vorgeschlagen werden, von der Landesarbeitsbehörde jedoch abgelehnt werden; und: „verletzt ein Beisitzer gröblich seine Pflichten, so kann ihn die zuständige Arbeitsbehörde seines Amtes entheben." (§ 5 (3) Heimarbeitsgesetz) Entschließt sich die Gewerkschaft, diesem Zwangsgremium für Lohndiktat fernzubleiben, „werden die Beisitzer dieser Seite nach Anhörung geeigneter Personen aus den Kreisen der Beteiligten berufen." (§ 5 (1) Heimarbeitsgesetz)

Die Löhne der Heimarbeiter liegen weit unter dem Tarif bzw. unter den Effektivlöhnen der jeweiligen Industrien. Die Kapitalisten bringen es fertig, noch unterhalb der Sätze, die von den Heimarbeitsausschüssen festgelegt werden, zu zahlen. Allein die Möglichkeit, die Stundensätze in Stücklohnakkordsätze umzurechnen, schafft den Kapitalisten regelmäßig Spielraum für zusätzlichen Lohnraub.

Zahlenmäßig sind die Heimarbeiter

Zahlenmäßig sind die Heimarbeiter in den letzten Jahren weniger geworden, und sie bilden heute nicht mehr als 1 Prozent aller Lohnabhängigen. Die Kapitalisten sind in erster Linie bestrebt, die Arbeiter ihrer Fabrikdespotie zu unterwerfen. Aber die Notlage vieler Arbeiterfamilien, daß die Frauen an Haushalt und Kinder gefesselt sind und doch mitverdienen müssen, nützen die Kapitalisten gerne aus, um mit niedrigsten Löhnen Extraprofit zu machen. Auch lockt sie die Möglichkeit, ohne größere Investitionen ihre Betriebskapazitäten je nach Marktlage zu erweitern oder zu reduzieren.

Ein Beispiel, wie die Kapitalisten den Anteil der Heimarbeit an der Belegschaft zu Rationalisierungs- und Expansionsmaßnahmen nutzen können, ist die Firma Weidmüller KG in Detmold. Die Belegschaft, die hauptsächlich elektrische Leitungsverbindungen produziert, bestand 1977 aus 1150 Arbeitern, davon waren 555 Heimarbeiter. 1978 waren nur noch 995 Arbeiter beschäftigt, davon 375 Heimarbeiter. Die Belegschaft wurde also um 155 Arbeiter dezimiert, wobei der Anteil der Fabrikbeschäftigten um 25 zunahm. Die Heimarbeiter bekamen die Rationalisierungsmaßnahmen zuerst zu spüren und mußten die Entlassungen insgesamt tragen. Aber auf dem Rücken der Gesamtbelegschaft gelang den Weidmüller-Kapitalisten im gleichen Zeitraum eine Umsatzsteigerung auf 109 Mio. DM von vorher 99 Mio. DM.

Man kann sich an dem Beispiel klar machen, daß es im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen Organisation ist, die elende Lage und die besondere Entrechtung der Heimarbeiter zu brechen. Gefordert werden muß die volle Gültigkeit der Tarifverträge für die Heimarbeiter der jeweiligen Branche. Die Heimarbeitsausschüsse ebenso wie das Heimarbeitsgesetz müssen fallen.

Gegen den Zwang zur Heimarbeit, insbesondere für Frauen, müssen verschiedene Arbeiterrechte als gesetzliche Bestimmungen erkämpft werden. Z.B. die Einrichtung von unentgeltlichen Kinderkrippen und Kindergärten an allen Arbeitsstätten und die Möglichkeit zur Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit.

Die BRD-Textilmonopole sind große Weltausbeuter

Milliarden in Kapital- und Warenexporten / Kämpfe der Textilarbeiter

z.haw. Mitte März dieses Jahres haben 70 Arbeiter, zumeist Türken, den Betrieb des Textilkapitalisten Ripken in Bad Zwischenahn für einen Lohntarifvertrag, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und Installierung von Staubschutzanlagen bestreikt. Bis zu 12 Stunden am Tag müssen die Arbeiter bei Ripken schuften. Das in staubiger Produktionshalle, da Ripken die regelmäßige Reinigung der Staubkammern an den Spinnmaschinen zu teuer ist. Über differenzierte Lohnzahlung zwischen deutschen Arbeitern (10,70 DM/Std.) und türkischen Arbeitern (8,36 DM/Std) sowie zwischen Männern und Frauen (8,06 bis 9,80 DM/Std.) versucht er, die Belegschaft zu spalten und vom Kampf für höheren Lohn und Schutzrechte abzuhalten. Durch den Streik haben die Arbeiter erreicht, daß Ripken mit ihnen über ihre Forderungen verhandeln muß.

So wie bei Ripken sieht es in den meisten Textil- und Bekleidungsunternehmen aus. Überstundenarbeit, Nacht-, oft Dauernachtschicht, Ausdehnung der Wochenarbeitszeit sind die Regel. Die Löhne sind mit die niedrigsten in der westdeutschen Industrie überhaupt. Nach dem Tarifvertrag vom 1.5.78 beträgt der Lohn in LG X 8,06 DM/Std. (Metall 11,16 DM/Std) Diese niedrigen Löhne sind der Grund dafür, daß sich die Arbeiter der Textilindustrie überhaupt in großem Umfang der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit unterwerfen. Die durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit pro Woche betrug im Jahr 1978 42,6 Std bei den Männern (Wirtschaft und Statistik 2/79), Krankheit und Urlaub nicht berücksichtigt.

Daneben rationalisieren die Textilkapitalisten, was das Zeug hält. Seit 1972 haben sie über 17 Mrd. DM in neue Maschinerie investiert. In den Webereien sind heute ca. 95% der Maschinen vollautomatische Webstühle. Bis zu 60 Stück muß ein Arbeiter davon in Akkord- und Schichtarbeit bedienen. Durch Rationalisierung konnten die Textilkapitalisten die Zahl der Beschäftigten von 500000 (1970) auf heute 320000 senken. Die Produktivität pro Beschäftigtem hat sich von 1970 bis 1976 um 56,9% erhöht. (Industrie allgemein: 27,3%). Der Umsatz in der Textilindustrie stieg von 1972 bis 1978 von 26,5 Mrd. DM auf über 31 Mrd. DM pro Jahr. Damit hält die Textilindustrie Platz 8 der westdeutschen Industrie.



Textilarbeiterinnen in Nordfrankreich – für den Profit der Kapitalisten früh geopferte Arbeits- und Lebenskraft (Bild: Quotidien du peuple)

Diesem Rationalisierungsprogramm haben besonders die kleinen und mittleren Betriebe nicht standhalten können. Seit 1970 sind 1200 Betriebe dieses Industriezweiges auf der Strecke geblieben. Damit ist die Lage erheblich verbessert zur Führung des internationalen Konkurrenzkampfes.

Bei gewirkten und bei gestrickten Stoffen haben die westdeutschen Textilkapitalisten bereits den Platz 4 der Weltproduktion erobert, hinter den USA, Japan und Großbritanien. Auf Platz 3 liegen sie bei der Herstellung von synthetischen Fasern und Fäden, nach den USA und Japan, aber vor ihren größten Konkurrenten in Europa, der UdSSR, Italien, Frankreich und Belgien, die sie weit mit erheblichem Abstand folgen. 1978 konnten die westdeutschen Textilmonopolisten ihren Konkurrenten einige Marktanteile abjagen und die Ausfuhr mehr steigern als die Einfuhr. 1977 stand der Ausfuhr von 13,0 Mrd. DM eine Einfuhr von 19,4 Mrd. DM gegenüber, das ist ein Einfuhrüberschuß von 20%. Eingeführt haben die westdeutschen Textilkapitalisten 1976 324112 Tonnen Fertigwaren im Werte von 8621 Mio. DM. Ausgeführt haben sie 113198 Tonnen Fertigwaren im Wert von 3387 Mio. DM. Der Preis je Tonne bei der Ausfuhr betrug 29921 DM, bei der Einfuhr 26600 DM. Das macht eine Differenz von 3321 DM. Ein großer Teil dieser Einfuhren sind nach Aussage der Textilkapitalisten sog. Eigenimporte, d.h. diese Waren sind schon in ihren Fabriken im Ausland produziert worden. Einen gewaltigen Reibach haben sie mit diesen Transaktionen gemacht.

Der wichtigste Exportmarkt für die westdeutschen Textilunternehmen ist die EG. Für 7,4 Mrd. DM haben sie 1976 dort Waren abgesetzt. Aber diese Zahlen können die Profitgier der Kapitalisten nicht befriedigen. Denn die wichtigsten Konkurrenten haben ihre Einfuhren in die BRD erheblich und z.T. über den Ausfuhranteil der BRD in diese Länder steigern können. Vor allem die italienischen Textilkapitalisten sind hier auf dem Vormarsch, die gegenüber 1975 mit 3,5 Mrd. DM an Exporten zum Kampf um den EG-Markt antraten. (Frankreich mit 1,9 Mrd. und Belgien mit 1,6 Mrd.) Um ihre Positionen zu verbessern und auszubauen, sind die westdeutschen Textilkapitalisten dabei, ihre Produktionsstätten in den sog. Billiglohnländern noch weiter auszudehnen. Für 435,6 Mio. DM Kapital hat die Textilindustrie zwischen Dezember 1970 und Dezember 1977 bereits in das Ausland exportiert. Bei der Bekleidungsindustrie (mit Rauchwaren und Pelzen) waren es nochmal 83,3 Mio. DM, und bei der Produktion von Chemiefasern sogar 4178,0 Mio. DM. Bei gleicher Produktivität wie in Westeuropa sind die Stundenlöhne in diesen Ländern erheblich niedriger als die schon niedrigen Löhne in der BRD. In Hongkong zahlen die Kapitalisten nur 1,85 DM/Std. Auch der Anteil der Transportkosten nach Europa hält sich in Grenzen, sodaß sich der Kapitalexport für die Kapitalisten auf jeden Fall lohnt.

Die Hofer Textilgruppe hat sich z.B. mit einem Werk in Hongkong eingenistet. Die Textilkapitalisten bekommen ganz leuchtende Augen, wenn sie davon berichten, wie sie die Arbeiter in diesen Ländern ausbeuten. So schreibt die Haus-Zeitung der Hofer Textilgruppe aus ihrem Werk in Hongkong: „...Keine Klimaanlage... auf 1100 qm alles untergebracht... Kantine und Aufenthaltsraum gibt es nicht... von Montag bis Samstag werden tägl. 10-12 Std. gearbeitet... Pausen gibt es keine... Keine Sozialversicherungen...".

Diese grausame Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ländern der 3. Welt übt auf die Textilarbeiter in Westdeutschland, ihre Löhne und das Arbeitstempo schweren Druck aus. Um so wichtiger, daß die Gewerkschaft Textil und Bekleidung in den laufenden Tarifverhandlungen ihre Forderungen durchsetzt.

Bundesbahn: Eckpfeiler im neuorganisierten Transportwesen

„Umfassendes Transportunternehmen" bis Finanzierung und Versicherung / Eisenbahnpläne bis Afrika

z.ere. Die Deutsche Bundesbahn ist eine Staatsbahn inmitten Europas, „sie ist das Herzstück der europäischen Verkehrswirtschaft überhaupt", so formulierte H.M. Oeftering, ehemaliger Präsident der Bundesbahn, in einem Aufsatz aus dem Jahre 1959 die Expansionsstrategie der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Nicht minder sein Nachfolger im Amt, Vaerst, der erst vor kurzem zum Schwebebahnbau zu Protokoll gab, daß „dieses nur europäisch entschieden werden könne", mit dem Hinweis darauf, daß „*wir* in der Entwicklung der Magnetschwebebahn Weltspitze sind". In Frankreich, England und den USA werde *nur* theoretisch geforscht. Neben den BRD-Imperialisten lassen ausschließlich die Japaner und die Sozialimperialisten „praktische Erprobungen durchführen". Der von der Arbeitsgemeinschaft Transrapid-E.M.S. (Krauss-Maffei und MBB) in Zusammenarbeit mit Thyssen Henschel gebaute Transrapid 05 sei „das technisch am weitesten fortgeschrittene Fahrzeug seiner Art".

Auch wenn das „Zukunftsprogramm" der Bundesregierung 20 Mrd.

Entwicklung des Eisenbahnnetzes im Deutschen Reich

Die Länge der Eisenbahnen betrugen		Zunahme in absoluten km		im Verh.
1860	11026	1855-1860	3245	41%
1865	13821	1860-1865	2795	25%
1870	18560	1865-1870	4739	34%
1875	27795	1870-1875	9235	55%
1880	33865	1875-1880	6070	21%
1885	37572	1880-1885	3707	11%
1890	41818	1885-1890	4256	11%
1895	45203	1890-1895	3385	8%
1900	49878	1895-1900	4675	10%
1905	54680	1900-1905	4302	10%
1910	59013	1905-1910	4351	8%

DM für den Neu- und Ausbau von Schienenstrecken vorsieht, darf das nicht zu der Annahme verleiten, daß das Schwebebahnsystem etwa auf Eis gelegt worden wäre. Wie die Schiene, so soll auch die Schwebebahn Herzstück der europäischen Verkehrswirtschaft werden, nichts anderes beweisen die zahlreichen Studien über die Entwicklung der europäischen Verkehrsströme; wobei die BRD-Imperialisten mit einem Auge nach Afrika schielen: Anbindung der europäischen Trassen an die Trans-Afrika-Route mittels Hängebrücke vom italienischen Festland nach Sizilien und Tunnelverbindung nach Nordafrika. Das Magnetbahnsystem steht keineswegs in Konkurrenz zur Schiene. „Das Schweben liegt näher beim Fliegen als beim Fahren, wie die Arbeiten der Japan Air Lines zeigen", erklärte der Bundesbahnvorstand dazu. Das E.M.S.-System gewinnt zunehmend Bedeutung, das zeigen die „Energieversorgungsprogramme" der Bourgeoisie. Im Raumordnungsbericht der Bundesregierung vom Dezember letzten Jahres steht der Aspekt „Künftige Energiesituation auf dem Weltmarkt und mögliche Veränderungen und Alternativen" für die Entwicklung des Schienen- und Schwebebahnsystems an erster Stelle in der Verkehrsplanung. Zur besseren Verteilung der Rohölmenge solle der Transport vom LKW bzw. von der Luftfracht auf die Schiene verlegt werden, wofür das Huckepacksystem (LKW auf Güterwagen) konzipiert ist. Die Realisierung dieser imperialistischen Verkehrskonzeption verlangt die Mobilisierung eines gewaltigen Arbeiterheeres ebenso wie die Anhäufung beachtlicher Kapitalmassen in den Händen der Finanzbourgeoisie. Ab 1985 dürfte das E.M.S.-System für den alltäglichen Betrieb tauglich sein. Bis dahin will die Bourgeoisie die politischen Voraussetzungen schaffen, die es ihr ermöglichen, dieses Programm durchzusetzen.

Die sich aus der historischen Entwicklung des deutschen Imperialismus ergebende „Eisenbahngeographie" mit ihrer starken Dezentralisation, mit ihrer Vielheit von Mittelpunkten, wie sie kaum ein anderes imperialistisches Land aufzuweisen hat (Hannover, Köln und München sind ebenso bedeutsame Knotenpunkte wie Frankfurt), kommt der westdeutschen Bourgeoisie bei ihren Expansionsplänen hinsichtlich des europäischen Verkehrswesens zugute. Im „europäischen Rahmen" steht die Verbesserung der Verbindungsqualität zwischen den zentralen Orten im Vordergrund der Planungen: „Frankreich hat im Grunde nur einen einzigen Knotenpunkt: Paris". Westdeutschland dagegen biete die Voraussetzungen für einen einzigen großartigen „Rangier- und Verschiebebahnhof".

Am 14. Juni faßte die Bundesregierung einen Beschluß, „das ungünstige Wirtschaftsergebnis der DB" zu bereinigen. Vorrang hat dabei die Rationalisierung von Produktion und Absatz sowie die Rationalisierung in den Vorhaltungsbereichen. Jährlich sollen mindestens 2,5 Mrd. DM eingespart werden. Bis auf 280000 Eisenbahnarbeiter soll der Personalstamm gesenkt werden, 1958 waren es noch fast doppelt so viele. Die Senkung des Reallohnniveaus soll es ermöglichen, bis zu 3 Mrd. DM jährlich gegenüber 1977 einzusparen.

Studien über europäische Verkehrsströme – die BRD als Verschiebebahnhof

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der GdED Mitte März dieses Jahres ist denn auch der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Ernst Haar, zum neuen Vorsitzenden der GdED gewählt worden. In seinem Einführungsreferat legte er von seinen Jahren von Georg Leber ins Ministerium geholte ehemalige Bezirksleiter der GdED „Thesen für ein Verkehrskonzept der Vernunft" vor. Seine vom Ministerium ausgearbeiteten Thesen sollen den Eisenbahnarbeitern die Pläne der Bourgeoisie schmackhaft machen. Als „Problemlösung" bietet Sozialdemokrat Haar das „umfassende Transportunternehmen" an, vom Transport und Lagerung bis zur Finanzierung und Versicherung als kombiniertes Verkehrswirtschaftssystem: „Alle Untersuchungen und Maßnahmen des BVM (Bundesverkehrsministerium) gehen davon aus, gerade im grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb der EG die kombinierten Verkehre auszubauen".

Die Lage der indischen Bauern drängt auf Agrarrevolution

Neue Formen feudaler Halbsklaverei dehnen sich aus / Landbesitzverhältnisse in Indien

z.bil. Bis 1947 wurde Indien als Kolonie Großbritanniens ausgeplündert. Die Kämpfe der Bauern und Arbeiter erzwangen formell die Unabhängigkeit. Die britische Kolonialmacht übergab die politische Macht der indischen Bourgeoisie. Wirklich unabhängig wurde Indien nicht. Zuerst die britischen Imperialisten, dann die US-Imperialisten, und etwa seit 1975 die Sozialimperialisten plündern das Land und haben es in tiefe Schuldknechtschaft genommen. Bereits 1975 kontrollierte die Sowjetunion 85% der indischen Schwermaschinenindustrie, 35% des Erdöls, und 40% der Stahlerzeugung. Für 1979 ist eine neuerliche Steigerung des ,,Handels'' mit den Sozialimperialisten um 20% beschlossen.

Die Bauern hatten nach der Unabhängigkeit den bewaffneten Kampf

hängigkeit den bewaffneten Kampf

fortgesetzt. Von 1946 bis 1951 dauerte der bewaffnete Bauernkampf in Telengana. Telengana war Stützpunktgebiet für den bewaffneten Kampf. In Kerala, Westbengalen und anderen indischen Staaten wurde der bewaffnete Kampf durch die Bauern aufgenommen.

Indien ist reich. Rund 25% des Bedarfs an Baumwolle werden in Indien angepflanzt. Zucker Jute, Ölerzeugnisse, Weizen und Reis werden angebaut. Die Landwirtschaft ist die Grundlage der indischen Wirtschaft. 80% der Inder leben auf dem Land, das sind über 500 Millionen. 1978 produzierte Indien 18 Millionen Überschußgetreide. Die Produktion von Weizen konnte seit 1970 um 100% gesteigert werden. Der Export von Ölsaaten, Ölkuchen, Rohtabak, Gewürzen, Zucker, Cashewnüssen, Fisch, Tee und Baumwollprodukten konnte jährlich gesteigert werden. Dieser Reichtum ist konzentriert in den Händen der Großgrundbesitzer. Die Masse der indischen Bauern und Arbeiter lebt nach wie vor unter dem Existenzminimum. 51% der bäuerlichen Betriebe sind kleiner als 1 ha. Sie beanspruchen insgesamt nur 9% der gesamten Ackerfläche. 29% der Betriebe besitzen 1-2 ha, 15% der Betriebe besitzen 2-4 ha Land. 4% der Betriebe besitzen ⅓ des gesamten guten Landes. 1947 wurde den Bauern die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Verteilung des Landes und ein landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm zugesagt. Der Zweck war, die bewaffneten Kämpfe der Bauern zum Erliegen zu bringen und den Kampf um ein nationaldemokratisches Indien unter Führung der Arbeiter und Bauern zu zerschlagen. Tatsächlich ist die Agrarrevolution nie durchgeführt worden.

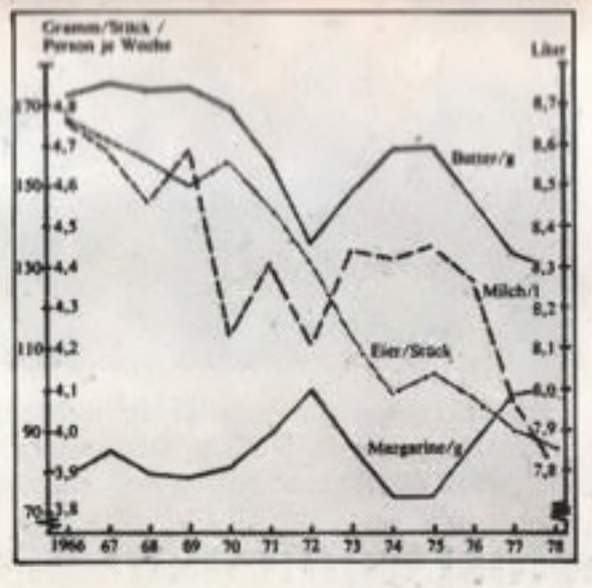
Indische Landarbeiter – mit der intensiveren Verausgabung ihrer Arbeitskraft ist die Steigerung der Erträge der großen Grundwirtschaft erkauft

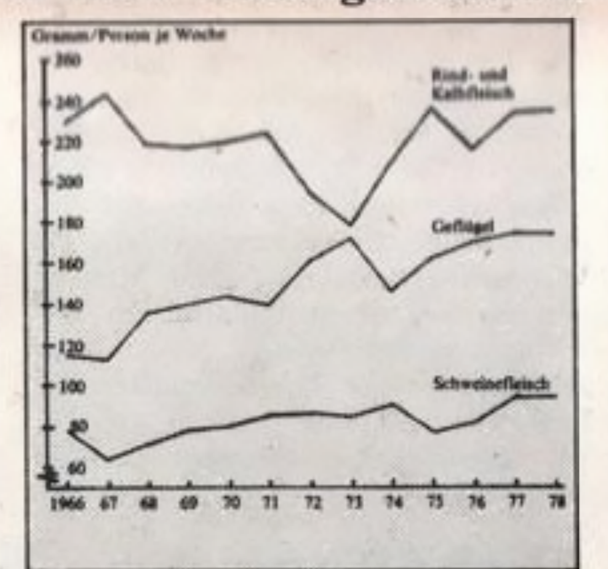
Die ,,Enteignungsgesetze'' – 1952 wurde das erste verabschiedet – waren Gesetze zur Bereicherung der Großgrundbesitzer. Land wurde auf Verwandte und Strohmänner überschrieben. Die kleinen Pächter wurden massenhaft von ihrem Land vertrieben, das der Großgrundbesitzer so als ,,selbstbewirtschaftetes'' wieder in Besitz nahm. Nach dem Gesetz wurde enteignetes Land nur an Pächter abgegeben. Die so vertriebenen Pächter haben ein Landarbeiterproletariat zum Entstehen gebracht, die Landlosen. Gleichzeitig wurden für die wenigen Enteignungen, die jeweils schlechtes und unbebaubares Land betrafen, Entschädigungen in Millionenbeträgen ausgezahlt, die über die Erhöhung der Grundrente bei den Bauern zwangseingezogen wurden.

Die Folge dieser Agrarreform war die teilweise Aufhebung der Parzellierung des Landes, die großen Flächen werden zunehmend von den Großgrundbesitzern kapitalistisch mit moderner Maschinerie und den vormaligen Pächtern als entrechtete Tagelöhner bebaut. Neben dem Entstehen eines Landarbeiterproletariats sind gleichzeitig die feudalen Strukturen in der Form der Leibeigenschaft verstärkt worden. Diesen Leibeigenschaftsverhältnissen sind vor allem die kleinen Bauern und die Pächter unterworfen. Die kleinen Pächter, mehr als 30% der Bevölkerung auf dem Land, bearbeiten ca. 40% des Bodens, aber nur die wenigsten haben einen gesetzlichen Anspruch auf das Land, daß sie bebauen. Die Masse sind die sogenannten ,,tenants at will'' (rechtlose Pächter), die jederzeit von ihrem Land durch den Grundbesitzer vertrieben werden können. Der Großgrundbesitzer kann so die ökonomische Macht über den Pächter in persönlicher Form ausüben. Dazu kommt die dauernde Verschuldung. Während der landwirtschaftlichen Ruheperiode müssen die Pächter Getreide vom Grundbesitzer leihen. Im Schnitt müssen für jedes geliehene Kilogramm Getreide ca. 2 Kilogramm innerhalb von 4-5 Monaten zurückgegeben werden. Durch diese Zinssätze haben die Pächter nicht genug von ihrer Ernte, so daß sie sich immer wieder von neuem verschulden müssen. Der Pächter pachtet sein Land von demjenigen, an den er ständig verschuldet ist. Er muß die Schulden seiner Vorfahren abtragen, den Gutsbesitzern verschiedene Abgaben entrichten, seine Kinder haben keine Möglichkeit, die Schule zu besuchen, die Töchter dienen dem Grundherrn als Sexualobjekte. Das Feld des Grundherren ist vor dem eigenen zu bestellen, aus jeder Familie der Unberührbaren muß eine volle Arbeitskraft für den Grundbesitzer arbeiten. Nach einer Untersuchung des Nationalen Arbeitsinstituts Indiens sind offiziell 2,7 Millionen Abkömmlinge aus Bauernfamilien heute in dieser Leibeigenschaft, wobei die Mehrzahl davon, 52%, in den letzten 5 Jahren leibeigen geworden sind. 84,3% dieser Leibeigenen sind Unberührbare oder unterdrückte Nationalitäten, sie erhalten 4 Pence Lohn, so daß sie keinerlei Chance haben, aus der Schuldknechtschaft zu kommen.

1969 nahmen die ,,Naxaliten'', die Bauern von Naxalbari, unter Führung von Marxisten-Leninisten den bewaffneten Kampf auf. Der bewaffnete Aufstand der Naxaliten kontrollierte im März 1969 1300 bis 1700 qkm des Landes, eine eigene Verwaltung der Bauern war errichtet. Die Regierung schlug den Aufstand blutig nieder und verhängte das Kriegsrecht. Im November 1977 streikten 100000 Landarbeiter in Kerala für höhere Löhne. Die Jutearbeiter haben dieses Jahr einen 49tägigen Streik für mehr Lohn geführt.

Statt Butter und Milch mehr Dosengemüse für britische Arbeiter





z.rül.London. Einen gewaltigen Raub am Lebensmittelkonsum der Volksmassen in den letzten zwölf Jahren kann die britische Finanzbourgeoisie verbuchen. Senkung des Verbrauchs an Milch, Butter, Eiern, Rindfleisch, Frischgemüse, ,,Ersatz'' durch Margarine, Dosengemüse, Geflügel. Die Kurven zeigen den Wochenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung, also unter Einschluß der Finanzbourgeoisie und ihres Anhangs, was ihren Verlauf gegenüber der tatsächlichen Entwicklung für die Massen beträchtlich verschönert. Der scharfe Einbruch Anfang der 70er Jahre markiert die Lohnsenkungen durch die Kapitalisten vor dem EG-Beitritt. Der Anstieg 1974 hat andere Gründe: Mit einer gewaltigen Streikbewegung, die die Regierung Heath stürzte, stoppte die Arbeiterklasse 1973 die dauernden Lohnsenkungen. Es hat nicht lange vorgehalten, bis die neue Labour-Regierung sich ,,entfaltete''.

Chemische Dünger – für die Imperialisten Mittel zum Raubbau

Das Privateigentum am Boden und den Produktionsmitteln fesselt die Entwicklung der Landwirtschaft

z.ger. ,,Es ist eines der großen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie... die Agrikultur aus einem bloß empirischen und mechanisch sich forterbenden Verfahren des unterentwickelsten Teils der Gesellschaft in bewußte wissenschaftliche Anwendung der Agronomie verwandelt, soweit dies überhaupt innerhalb der mit dem Privateigentum gegebenen Verhältnisse möglich ist;...'' (Marx, Kapital Band 3, S.630). Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts war zwar bekannt, daß der Kohlenstoff in der Luft (in der Form von CO_2) und der Stickstoff im Boden wichtig für die Fruchtbarkeit sind.

Aber darüber hinaus gab es kaum wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse. Mit Hilfe der Methoden und Kenntnisse der modernen Chemie hat um 1840 der Chemiker J.v.Liebig den Gesamthaushalt, d.h. die Art und Menge aller dem Boden zugeführten und ihm mit der Feldfrucht entnommenen Nährstoffe untersucht und festgestellt, daß erstens neben Kohlenstoff und Stickstoff noch Phosphor und einige Mineralstoffe wie Kalium und Kalzium dem Boden zugeführt werden müssen, daß es zweitens auf die ausgewogene Menge aller Stoffe ankommt, und daß man drittens diese Stoffe in Form von anorganischen Verbindungen in den Boden bringen kann. Zuvor hatte die Meinung geherrscht, daß nur organische, also pflanzliche oder tierische Stoffe wie Mist, Jauche, Knochen als Dünger verwendet werden können.

Der Einsatz der chemisch hergestellten Dünger hat diese Fessel gesprengt. Die Ernteerträge konnten seitdem gewaltig gesteigert werden. Daneben bleibt die Bedeutung der organischen Düngemittel für die Humusbildung im Boden, ohne die die Pflanzen die chemischen Dünger nicht richtig aufnehmen können, bestehen.

Für die Kapitalisten brachten diese Erkenntnisse die Möglichkeit, die kapitalistischen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft einzuführen und ihre Profite enorm zu steigern. Durch die Steigerung der Produktivität waren jetzt Millionen Landarbeiter ,,überflüssig'' und standen ihnen als Arbeiter zur Ausbeutung in ihren Fabriken zur Verfügung. Die Verbilligung der Lebensmittel nutzten sie zur Senkung des Lohns. Neue Pflanzensorten ließen sie züchten, die mit den neuen Düngemitteln schnell in die Höhe wachsen und hohe Erträge bringen, wodurch sie ihre Konkurrenten niederdrücken können. Diese Pflanzen sind aber anfälliger für Krankheiten und Schädlinge, weshalb die Kapitalisten in immer steigender Menge Schädlingsvertilgungsmittel spritzen lassen. Die chemischen Dünger geben ihnen die Möglichkeit, mehrere Jahre lang die gleiche profitable Frucht anzubauen. Der Boden wird einseitig ausgelaugt. Trotz steigendem Düngereinsatz steigt der Ertrag nicht mehr an. Durch Überdüngung geht der Dünger in die Frucht über. Zusammen mit den Rückständen der Schädlingsvertilgungsmittel wird die Frucht vergiftet.

Die kleinen Bauern sind gezwungen, diese Produktionsweise mitzumachen, obwohl sie wissen, daß das den Boden ruiniert. Für sie äußert sich der Fortschritt in der Landwirtschaft in sinkenden Erzeugerpreisen und steigenden Preisen für Düngemittel, die sie bei den Kapitalisten kaufen müssen.

> Im Jahr 1840 gab J. Liebig die Antwort durch seine »Chemie in Anwendung auf Agrikultur und Physiologie«. Kein Werk hat so wie dieses unsere ganzen Anschauungen geändert, keins so viele begeisterte Freunde und erbitterte Gegner gefunden und keins schließlich solche Triumphe gefeiert wie dieses. Man nannte Liebigs Lehre fälschlich die Mineralstofftheorie und kam in falscher Auffassung auf traurige Abwege (Strohwirtschaften); sie war und ist aber mehr als nur das. Liebig geht von der Gleichwerthigkeit aller Nährstoffe für die Pflanze aus: keiner darf fehlen, wenn die Pflanze gedeihen soll; jeder fehlende macht die anderen wirkungslos; er unterschätzt nicht den Stallmist und den Humus, den Kohlenstoff und Stickstoff, er erläutert nur ihr Entstehen, ihr Vorkommen, ihr Wesen und ihre Wirkung. Indem er sich auf die gewonnene Erkenntnis von der Ernährung der Pflanzen und von dem Kreislauf des Kohlenstoffs und Stickstoffs stützt, betont er hauptsächlich den Werth der mineralischen Bestandtheile der Pflanzen, welche letztere lediglich aus dem Boden beziehen können. Die Exkremente der Thiere enthalten die Aschenbestandtheile der Felder, welche nicht in dem Organismus verbraucht wurden; in dem Mist ist also nicht alles enthalten, was die Pflanze dem Boden entzogen hatte. Jede Pflanze bedarf derselben Aschenbestandtheile, aber nicht in gleicher Menge. Jede Pflanze erschöpft also den Boden mehr oder weniger an diesen Bestandtheilen, keine kann ihn bereichern, d. h. keine kann das im Boden einmal vorhandene Kapital von Nährstoffen (seinen Reichthum) vermehren, außer um solche Bestandtheile, welche sie aus der Luft gezogen hatte und welche jede Pflanze der Luft entnehmen kann und entnimmt. Dreisch, Rasen, Gründünger, Beackerung, Brache führen dem Boden keine mineralischen Nährstoffe zu, sondern führen nur die im Boden enthaltenen in löslichere Formen über; sie veredeln den Bestand des Bodens und ermöglichen damit größere Ernten, welche jedoch, dem Boden entzogen, ihn um so ärmer zurücklassen. Soll nun der Gleichgewichtszustand erhalten bleiben, so muß auch der Ersatz um so größer sein.

(Aus Meyers Konversationslexikon 1877)

Streikende Landarbeiter informieren Fabrikbelegschaften

z.erm.Rom. Mit Streiks am 30.3. in Norditalien, am 3.4. in Mittel- und am 4.4. in Süditalien haben die italienischen Landarbeiter ihren Kampf um die Durchsetzung des neuen Tarifvertrags fortgesetzt. Sie fordern eine Erhöhung der Mindestlöhne von derzeit umgerechnet 700 bis 800 DM um 24500 Lire (50 DM) und die Erhöhung der Produktionsprämie um 3%. An vielen Orten haben die Landarbeiter für ihre Forderungen demonstriert. In der Provinz Pisa führten sie vier Autokorsos durch, die vor den Toren der wichtigsten Fabriken endeten, wo die Landarbeiter die Belegschaften über den Kampf für ihre Tarifforderungen informierten. In Kalabrien im äußersten Süden Italiens besetzten die Landarbeiter eine schon lange mit staatlichen Mitteln fertiggestellte Ölmühle, in der noch immer nicht die Produktion aufgenommen worden ist. Der Verband der Agrarkapitalisten erklärte bei den letzten Verhandlungen am 10. und 11. April, die Annahme der Lohnforderung sei ,,in Anbetracht der schlechten Lage unmöglich''. Die Gewerkschaft müsse erstmal mit ihnen neue Mittel zur Produktionssteigerung suchen. Die Gewerkschaft hat dieses ,,Angebot'' als Provokation zurückgewiesen. Für den 24. April kündigte sie einen nationalen Streik von 24 Stunden und weitere Teilstreiks an.

Algerische Volksmassen pflanzen 18 Millionen neue Bäume

z.erm. Am 21. März, dem ,,nationalen Tag des Baumes'', haben die algerische Regierung und der Bauernverband eine Aufforstungskampagne im ganzen Land eingeleitet. 18 Millionen Bäume sollen bis Ende des Jahres neu gepflanzt werden. 1975 umfaßte der Baumbestand des Landes nur 3535 Mio. ha (BRD 7161 Mio. ha). ,,Vor der kolonialen Besetzung war das Land noch reich an Bäumen'', erklärte der Staatssekretär des Forstministeriums. Um ihre Kolonialherrschaft zu verteidigen, hatten die französischen Imperialisten ganze Wälder, die den algerischen Befreiungskämpfern als Schutz dienten, niedergebrannt. Der koloniale

dienten, niedergebrannt. Der koloniale

Raubbau am Boden hatte das Vordringen der Wüste zur Folge, was mit ein Grund dafür ist, daß heute 80% der gesamten Fläche des Landes landwirtschaftlich nicht nutzbar sind. Bei der Erweiterung der Nutzfläche durch die Aufforstung soll das Hauptgewicht auf die Pflanzung von Obstbäumen gelegt werden, die derzeit nur 3,5% des gesamten Baumbestandes darstellen. Gleichzeitig dient die Aufforstung dem Schutz vor der Bodenerosion und den Stürmen, die in einigen Regionen die landwirtschaftliche Produktion gefährden. Arbeiter, Soldaten, Schüler und Studenten fahren aufs Land, um die Bauern bei der Pflanzung der Bäume zu unterstützen. In den ersten Tagen der Aufforstungskampagne ,,Houari Boumedienne'' sind bereits über 2 Millionen Bäume gepflanzt worden.

,,Wohlbefinden der Legehennen''

z.fum. Mittels Verordnungsentwurf über die Käfighaltung von Legehennen treibt die Bundesregierung die Herstellungskosten pro Ei um 1,19 Pfg. - 1,62 Pfg. in die Höhe. Mit neuen Vorschriften über die Beschaffenheit von Legekäfigen, Fütterungsbedingungen und klimatischen Verhältnissen sollen ,,Sachverhalte geregelt werden, die mit einer besonderen Gefährdung des Wohlbefindens von Legehennen verbunden sind.'' (Entwurf d. Bu.M. für Landw., Ernährung und Forsten) Unter dem Vorwand von Qualitätsverbesserung sollen mit dieser Verordnung, die nach Forderung des Verbandes der Geflügelzüchter e.V. zwar abgeändert, dann aber für alle Erzeuger in der EG gelten soll, die Betriebe, die mit mehr als 10000 Legehennen von der Bundesregierung konkurrenzfähig gegenüber der starken Konkurrenz aus den Niederlanden und Belgien erscheinen, gestärkt werden. Die Zahl solcher Betriebe hat von 1973 auf 1977 von 148 auf 150 zugenommen, Betriebe mit vergleichsweise geringen Tierbeständen, z.B. 50-249, haben im gleichen Zeitraum von 9021 auf 5667 abgenommen. Die Folgen der imperialistischen Konkurrenz werden nach Rechnungen der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe den Preis pro Ei um mindestens 1 Pfg. in die Höhe treiben. Für die kleineren Hennenhalter werden die Produktionskosten pro Ei bzw. Henne (Ø 1,40 Pfg. bzw. Ø 8,82 DM / Jahr) den Erlös senken und den Ruin fördern.

Die Auszubildenden im öffentlichen Dienst kämpfen um einen neuen Manteltarifvertrag

z.elf. Zum 31.12.78 hat die ÖTV den seit dem 6.12.74 bestehenden Manteltarifvertrag für die Auszubildenden im öffentlichen Dienst gekündigt. Laut einer Nachgleitklausel kann der Dienstherr die Auszubildenden zwingen, weiterhin unter den Bedingungen des alten Vertrages zu arbeiten, bis heute weigert er sich, über einen neuen Vertrag zu verhandeln.



250 Auszubildende des Ausbildungsamtes Frankfurt marschieren zur Kundgebung am 22.3.79.

Die Kernforderungen der ÖTV sind: Übernahme in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht gegenüber der Möglichkeit im alten Tarifvertrag, dem Auszubildenden 3 Monate vor der Abschlußprüfung die Übernahme zu verweigern – Sofortige Bezahlung der Auszubildenden nach der Abschlußprüfung entsprechend der erlernten Tätigkeit – Übernahme sämtlicher Ausbildungs- und Fahrtkosten bei internatsmäßiger Unterbringung – Verbot von Nacht-, Schicht-, Akkord- und Mehrarbeit ebenso wie von Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit gegenüber dem bisher nur bestehenden Verbot von Akkord- und Mehrarbeit – Ausbildungsvertrag für alle Stufen bei Stufenausbildung.

Besondere Bedeutung für die Einheit der Auszubildenen im öffentlichen Dienst hat die Forderung nach Einbeziehung der Auszubildenen in der Krankenpflege in den Tarifvertrag, für die bisher die Bestimmungen des BAT gelten: ,,Die regelmäßige Ausbildungszeit richtet sich nach der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit des bei der Anstalt beschäftigten Pflegepersonals'', was der Nacht- und Schichtarbeit Tür und Tor geöffnet hat, und selbst Jugendliche unter 18 Jahren ,,dürfen'' dort laut Jugendarbeitsschutzgesetz an Sonn- und Feiertagen arbeiten. Während der letzten Tarifauseinandersetzung haben viele gewerkschaftliche Jugendgruppen die Forderungen zum Manteltarifvertrag in ihren Kampfaktionen mitaufgenommen, so auf einer großen Kundgebung der ÖTV, DPG und GdED für die Auszubildenden in Frankfurt am 22.3.79.

,,Neuordnung der Ausbildungsberufe im Metallbereich'' – Stufenausbildung wird festgeschrieben

z.gab. Am 12.4.79 fanden im Bundesinstitut für Berufsbildung in Westberlin Vorverhandlungen zwischen der IG-Metall und dem Metallkapitalistenverband statt. Ab Juni dieses Jahres wird eine Sachverständigenkommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Bundesländer, der Metallkapitalisten und der IG-Metall, über die ,,Neuordnung der Ausbildungsberufe im Metallbereich'' beraten. Es geht um die Facharbeiterausbildung. Bis 1982/83 soll die ,,Neuordnung'' abgeschlossen sein.

Bereits 1969 hatte die Bundesregierung mit dem Berufsbildungsgesetz die Stufenausbildung gesetzlich verankert. Mit der Umwandlung der alten 3½-jährigen Lehre mit abschließender Facharbeiterprüfung in eine Stufenausbildung mit einem Abschluß nach der 1. Stufe als ,,Facharbeiter I'' und einer weiteren nach der 2. Stufe als ,,Facharbeiter II'' senkten die Kapitalisten ihre Bildungskosten für die Masse der auszubildenden Arbeiterjugend. Es geht darum, den Kapitalisten eine regelrechte Pyramide, auf der untersten Stufe ungelernter und wenig ausgebildeter Arbeiter und darüber immer kleinerer Gruppen meist speziell ausgebildeter Facharbeiter, zu errichten.

In der 1. Stufe der Ausbildung werden die Grundkenntnisse des zu erlernenden Berufs ermittelt, gerade soweit, daß der Arbeiter als Maschinenbediener in den neuen Produktionsmethoden und -techniken eingesetzt werden kann. In der 2. Stufe erfolgt Spezialisierung, z.B. vom Elektromaschinen-
kann. In der 2. Stufe erfolgt Spezialisierung, z.B. vom Elektromaschinen-
wickler zum Elektromaschinenmonteur, bis hin zu den speziellen Diensten der Antreiber.

Die Einführung der Stufenausbildung in großem Ausmaß gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, war den Metallkapitalisten jedoch bislang nur in der Elektroindustrie gelungen. Dort gelten seit Dezember 72 für alle anerkannten Ausbildungsberufe neue Ausbildungsordnungen auf Grundlage der Stufenausbildung. Für fast alle anderen ,,anerkannten Ausbildungsberufe'' in der Metallindustrie gelten bislang die bereits vor Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes bestehenden Ausbildungsregeln mit einer Ausbildungszeit von 3 ½ Jahren bis zur Facharbeiterprüfung. Wohl hatten die Kapitalisten bereits frühzeitig neben die Facharbeiterausbildung zum Maschinenschlosser die Ausbildung zum Maschinenzusammensetzer, neben die Ausbildung zum Feinmechaniker die zum Gerätezusammensetzer gestellt, mit deren Hilfe es gelungen war, die Arbeiterjugend nach 1 ½-jähriger Anlernzeit als Schicht- und Akkordarbeiter in den unteren Lohngruppen auszubeuten. Mit ,,Betriebsvereinbarungen'' hatten die Klöcknerkapitalisten, die Kruppkapitalisten etc. die Stufenausbildung in den letzten Jahren eingeführt. So wird bei Klöckner ein Elektrikerlehrling nur dann in Stufe 2 übernommen, wenn er mindestens Note 3 in Fachkunde, Note 4 in Fachzeichnen in der Berufsschule, Note 3 im Werkszeugnis, mindestens 50% richtige Lösungen im innerbetrieblichen Test nachweist und die Facharbeiterprüfung nach der 1. Stufe bestanden hat. Vielfältige Mittel der Aussiebung und Verkürzung der Ausbildungszeit gelten für die Masse der Arbeiterjugend. 11 von 27 Elektrikerlehrlingen erreichten in diesem Jahr die 2. Ausbildungsstufe bei Klöckner nicht, sondern wurden nach Abschluß der 1. Stufe in den Schichtdienst gepreßt.

Seit rund 3 Jahren beraten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG-Metall mit dem Metallkapitalistenverband ,,Gesamtmetall'' über die ,,Neuordnung der industriellen Metallberufe''. Das Ergebnis veröffentlichten sie im ,,Gewerkschafter 12/78'': ,,Ziel der Ausbildung ... in den neu zu ordnenden Ausbildungsberufen ist die Facharbeiterqualifikation. Aufgrund dieser Ausbildung soll der Ausgebildete befähigt sein: in unterschiedlichen Betrieben und Branchen den erlernten Beruf auszuüben sowie ... artverwandte Facharbeitertätigkeit ausführen zu können, ... sich auf neue Arbeitsstrukturen, Produktionsmethoden und Technologien flexibel einstellen zu können.'' ,,Artverwandte Facharbeitertätigkeit'' – lange, hartnäckige Kämpfe hatte die Arbeiterklasse in den letzten Jahren gegen die Verschärfung der Ausbeutung mit Hilfe neuer Maschinerie, gegen die Lohnsenkungen und Abgruppierungen geführt. Einstufung der ausgelernten Dreher, Schlosser, Elektrikerlehrlinge in den unteren Lohngruppen als Maschinenbediener in Schicht- und Akkordarbeit ist das Ziel der Kapitalistenklasse. Nur 2 der ca. 40 Schlosser-, Dreher- und Elektrikerlehrlinge wurden im vergangenen Jahr von den Klöcknerkapitalisten auf der Maxhütte als Facharbeiter in ihrem erlernten Beruf übernommen, alle anderen wurden als Hilfsarbeiter in der Produktion in 3 Schichten eingesetzt. 1978 arbeiteten 22% der zwischen 1955 und 1970 ausgebildeten Facharbeiter inzwischen als Hilfsarbeiter, dies haben die Kapitalistenvertreter in Statistiken über die bisher erzielte Mobilität der Arbeiter errechnen lassen.

Beginnen müsse die ,,Neuordnung der Metallberufe'' bei den ,,feinschlosserischen Berufen, den grobschlosserischen Berufen und Werkzeugmaschinenberufen'' – alles Facharbeiterausbildungen, wo bislang die Stufenausbildung nicht allgemein durchgesetzt werden konnte. Dieser Vorschlag der IGM-Führung bereitet den Kapitalisten gerade den Weg, diesen Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse führen zu können, anstatt die Kämpfe der Arbeiterklasse dagegen zu unterstützen.

führen zu können, ... sich auf neue Arbeitsstrukturen, Produktionsmetho-
zu können, anstatt die Kämpfe der Arbeiterklasse dagegen zu unterstützen.



1300 Lehrlinge und Schüler demonstrierten am 1.3.79 in Hamburg unter den Forderungen: Weg mit dem Kurssystem und Zeugniserlaß! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!

Neues Krankenpflege- und Hebammengesetz ist

Neues Krankenpflege- und Hebammengesetz ist Hebel zur Schaffung billigster Arbeitskraft

r.lh. Bei der ersten Lesung des neuen Krankenpflege- und Hebammengesetzes am 16.2.79 hat sich gezeigt, Einigkeit herrscht bei den Parlamentsparteien, wenn die Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft mit ,,Integration der Lernenden in den Pflegedienst'' umschrieben ist. Unwidersprochen fordern Sozialdemokraten und Liberale die Anrechnung der Schüler auf den Stellenplan. Sie haben dabei im Auge, daß 5 bis 6 Schüler eine Pflegekraft ersetzen, und wollen, daß solch eine Bestimmung in der Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz festgelegt wird. Während SPD und FDP nach Ergänzung durch theoretischen und praktischen Unterricht rufen, den sie größtenteils in eine einheitliche Grundausbildung für Krankenpflege und Geburtshilfe packen wollen, hält die CDU hoch, daß nicht Pflegetechniken sondern ,,die Ausstrahlungskraft der Persönlichkeit eines gesunden Menschen'' der Heilung förderlich sei. Im vorläufigen Entwurf der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ist vorgesehen, daß Krankenpflegeschüler innerhalb des 2. und 3. Ausbildungsjahres insgesamt 10 Nachtdienste ableisten müssen. ,,Zu wenig'' schreien die in Sachen Krankenpflegeausbildung als vorbildlich geltenden Reformisten in Bremen und Hamburg. Sie praktizieren bereits bzw. fordern 21 bzw. 20 bis 50 Nachtdienste für diese Auszubildenden. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen hat der Dienstherr dem ÖTV-Vorsitzenden Kluncker versprochen, noch mehr Ausbildungsplätze zu den bestehenden 76500 zu schaffen, um so die Konkurrenz zu schüren und den hartnäckigen Kampf der Schüler in den Griff zu kriegen. Wohlwissend, daß sich kein Jugendlicher eine derartige Vernutzung seiner Arbeitskraft freiwillig gefallen läßt, soll die Unterdrückung gleich mit verordnet werden. Ohne schriftlichen Nachweis darüber, daß der Schüler an mindestens 1600 Unterrichtsstunden in einer Krankenpflegeschule teilgenommen hat und mindestens 3000 Stunden gearbeitet hat, wird er nicht zur Prüfung zugelassen.

In der Prüfung wird der Notenknüppel geschwungen: ,,Wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können'', ist die Prüfung nicht bestanden und es darf als billigste Arbeitskraft weitergearbeitet werden.

,,Arbeit ist das Schlüsselwort'': die ,,freien'' Schulen der ,,Alternativen''

z.bag.Aarhus. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist die Nachricht unter die dänischen Opportunisten gefahren, daß Tvind, die freieste aller Schulen, sich in den acht Jahren ihres Bestehens in den Besitz von Bauernhöfen, Schiffen und Windmühlen im Werte von 70 Mio. Kronen (rund 23 Mio. DM) gebracht hat. Mit dem Kauf von fünf weiteren Gebäuden hat der Konzern sein Imperium gerade auf 16 Schulen erweitert.

Nicht umsonst steht im Programm der Schulen: ,,Arbeit ist das Schlüsselwort''. Die rund 100 Lehrer bekommen ihren Lohn auf ein gemeinsames Konto gezahlt, verbrauchen privat wenig und stecken den erklecklichen Rest in den Konzern. Ein Vertrag sorgt dafür, daß das Geld im Besitz der Schule bleibt, auch wenn Lehrer Tvind verlassen. Unter der Parole ,,Praxisnaher Unterricht'' werden die Schüler ungefähr die Hälfte des Tages als unbezahlte Arbeitskraft ausgebeutet. Tvind hat dabei vor allem mit jugendlichen Arbeitslosen das große Geschäft gemacht. Zum Programm der speziell eingerichteten Arbeitslosenklassen gehört: ,,Produktion von kleinen Windmühlen, Biogasanlagen, gute Vitamintabletten für die unterentwickelten Länder, Erholungsstätten für müde Arbeiter, Fischerei, die unterentwickelten Länder, Erholungsstätten für müde Arbeiter, Fischerei, Herstellung neuer Produkte aus Abfall''. Rückschrittliche Kleinproduktion, die die wirklichen produktiven Fähigkeiten der Jugend unterdrückt und sie gleichzeitig mit reaktionären Ideologien fesselt (Sparsamkeit, Alternativenergie, als Mitleid getarnte Verachtung der Arbeiterklasse, Chauvinismus gegenüber den Ländern der Dritten Welt). Als dritte Quelle für die Einsaugung unbezahlter Arbeitskraft hat der Konzern zahlreiche ,,freiwillige Helfer'', die z.B. ohne einen Pfennig Geld die berühmte Windmühle bauten.

Arbeitslager bedürfen scharfer Lagerordnungen, damit die Unterdrückung funktionieren kann. Dementsprechend heißt der erste Punkt der Schulordnung von Tvind: ,,Alle müssen am Unterricht teilnehmen.'' Nicht wenige Schüler weigern sich und werden aus Tvind ausgestoßen, mehr noch gehen freiwillig. Mit der Kombination von Lohnverzicht und großem Interesse an den Ländern der Dritten Welt propagiert die Tvind-Schule die Verstärkung des Kapitalexports. Dazu teilt sie die Welt in industrialisierte und unterentwickelte Länder ein und zieht die Lehre: die unterentwickelten müssen mit dänischer Finanzhilfe industrialisiert werden. Vielleicht auch bald mit Geld aus dem Tvind-Konzern selbst?

Erhöhung des ,,Selbststudienanteils'' und Verschärfung kapitalistischer Rationalisierung an Hochschulen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), Bezirk Hamburg-Unterelbe, Chemnitzstr. 78, 2 Hamburg 50, Tel.: 040/3809031, für die Fachbereiche Erziehungswissenschaften, Sozialwissenschaften, Philosophie und Hochschule für bildende Künste

9. April 1979
Jg. 2 Nr. 15

z.mag. Der Hamburger Senat führt zur Zeit einen Großangriff auf die Assistenten durch. Das ist sowohl ein Versuch der Durchsetzung der Absichten der Bourgeoisie hinsichtlich des öffentlichen Dienstes, nämlich Entrechtung und Lohnsenkung, als auch der imperialistischen Studienreform nach Schmude. Gemäß dem HmbHG ist die Übernahme des Uni-Personals in neue Rechtsverhältnisse zu regeln. Dabei soll folgendes herausspringen: Ein Großteil der Assistenten soll über kurz oder lang von der Uni verschwinden. Einige wenige werden als Hochschulassistenten übernommen.

Weiterhin sollten einer Reihe von Assistenten die jetzt auslaufenden befristeten Verträge nicht verlängert werden. Außerdem alle Neueinstellungen von Assistenten nur noch nach §27 HmbgHG erfolgen: ,,(...) sie werden mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes beschäftigt. Lehraufgaben dürfen ihnen nicht übertragen werden; sie können jedoch als Unterrichtstutoren beschäftigt werden. Außerhalb ihrer Dienstaufgaben ... haben sie Gelegenheit zur wissenschaftlichen Weiterbildung, insbesondere zur Anfertigung einer Dissertation.'' Diese ,,wissenschaftlichen Hilfskräfte'' bekommen also höchstens 19-Stunden-Verträge. Das bedeutet: Keine Sozialversicherung und keine Eingliederung in den Bundesangestelltentarif. Rationalisierung durch Verdichtung der Arbeit wird auch erreicht, da die Assistenten vorher für 40 oder 20 Stunden eingestellt waren. Die Dissertation kann auch nicht mehr während der Dienstzeit erstellt werden. Das alles paßt sich gut ein in die Absichten der Bourgeoisie für den öffentlichen Dienst: Einführung der Teilzeitarbeit, Lohnsenkung. Komplette Entrechtung soll gleich mit durchgesetzt werden: ,,Wissenschaftliche Hilfskräfte sind mitgliedschaftsrechtlich der Gruppe der Studenten zugeordnet.'' (§27 Abs.3 HmbHG) Also: Keine gewerkschaftlichen Rechte, keine Vertretung durch den Personalrat. Weiterhin dürfen die ,,wissenschaftlichen Hilfskräfte'' keine Lehrveranstaltungen durchführen. Das bedeutet eine Abqualifizierung hin zu reiner Unterstützungsarbeit für die Professoren.

Wenn es gelingt, die Assistenten in das Korsett ,,wissenschaftliche Hilfskraft'' hineinzuzwängen, oder kann die Behörde die Nichtverlängerung der Verträge durchsetzen, so ist damit zugleich ein wesentlicher Schritt in der Durchsetzung des Schmude-Programms gegen die Studenten getan. ,,Für die Semesterwochenstunden und die der Studienplanung zugrundeliegende wöchentliche Arbeitszeit der Studenten sind Höchstgrenzen festzusetzen... Dadurch soll nicht dem Engagement der Studenten für ihr Studium eine zeitliche Grenze gesetzt werden, sondern ihrer Beanspruchung durch die Studienplanung.'' (Punkt 13 der 22 Orientierungspunkte von Schmude) Das bedeutet nichts anderes als ,,Abbau von Lehrveranstaltungen zugunsten des angeleiteten Selbststudiums''.

Am Fachbereich Rechtswissenschaften I halten die Assistenten z.B. einen großen Teil der Arbeitsgemeinschaften für die ersten drei Semester ab. Fallen diese Veranstaltungen aus, müßten die Studenten sich alles erarbeiten bei maßloser Ausweitung der Arbeitszeit. Beabsichtigte Folge sind höhere Schwund- und Durchfallquoten.

An anderen Fachbereichen wird dies nicht anders aussehen. Die Assistenten haben in verschiedenen Vollversammlungen und Resolutionen diese Tatsachen enthüllt. Sie fordern ausreichende Anzahl von Dauerstellen, Besitzstandswahrung mit allen Rechten für alle Assistenten, keine Einstellung nach §27 HmbHG.

Im SS 79 sollen Aktionstage durchgeführt werden. Der Referentenentwurf der Übernahmeverordnung mußte zunächst einmal von der Behörde zurückgezogen werden. Zumindest am Fachbereich Rechtswissenschaften I wurde durchgesetzt, daß alle auslaufenden Verträge zu gleichen Bedingungen fortgesetzt werden. Der Kampf der Assistenten ist gerecht. Er richtet sich gegen die Pläne der Bourgeoisie im öffentlichen Dienst und in der Hochschulausbildung.

Novelliertes Unterhaltssicherungsgesetz – Kampf um Lohnfortzahlung wird dringend

z.reb. Gegen den Kampf um Lohnfortzahlung, d.h. gegen die Vernutzung der Arbeitskraft in der Armee, führt der bürgerliche Staatsapparat z.Zt. eine Reihe von Manövern durch. Neben den Plänen für die Zahlungen einer „Überstundenpauschale" und Regelungen zum Dienstausgleich (vgl. KVZ 9/79) wird das Parlament demnächst einstimmig eine Novellierung des Unterhaltssicherungsgesetzes beschließen. Dieses Gesetz soll angeblich „zur Sicherung des Lebensunterhaltes" der Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen dienen (§ 1). Geregelt werden in dem Gesetz im wesentlichen Zahlungen an verheiratete Wehrpflichtige, ledige Wehrpflichtige ohne Unterhaltsverpflichtungen erhalten sowieso nichts. Gezahlt wird für die Zeit des Wehrdienstes und für Wehrübungen, wobei die Zahlungen in Tabellen gesetzlich festgelegt sind und sich ausgehend vom Nettolohn im letzten Jahr vor der Einziehung berechnen. Die Höhe der Zahlungen ist degressiv, da nach Auffassung der Regierung „den Wehrpflichtigen mit höherem Einkommen ein größeres finanzielles Opfer zugemutet werden kann, als den Einkommensschwächeren". So liegen die Sätze für verheiratete Wehrpflichtige ohne Kinder bei 72-53% des früheren Nettolohns, wobei bei 1150 DM bereits der Satz von 60% unterschritten wird.

In absoluten Beträgen ausgedrückt, bringen die Erhöhungen für Verheiratete ohne Kinder, die vorher zwischen 1500 DM und 2000 DM netto hatten, gar keine Erhöhung, in den übrigen Fällen etwa 40 bis 60 DM. Lohnend werden die neuen Sätze erst bei mehr als 2000 DM früherem Nettogehalt. Dort betragen die Erhöhungen z.T. 200 DM und mehr. Bei den ebenfalls geänderten Sätzen für Wehrübungen nimmt das direkt Schmiergeldcharakter an. Ein lediger Wehrpflichtiger erhält 70% des früheren Nettolohns, ein verheirateter 90%, wobei gesetzlich ein Mindest- und ein Höchstbetrag festgesetzt ist. Der Mindestbetrag ist zwar erhöht worden, liegt aber immer noch so niedrig, daß er in den meisten Fällen unter den 70-90% liegt. Die Höchstsätze hingegen sind um 50% heraufgesetzt worden. Der alte Höchstsatz lag für Ledige bei 2100 DM, bei Verheirateten bei 2700 DM, so daß erst bei einem Nettoverdienst von über 3000 DM eine Kürzung der normalen Sätze eintrat. Die neuen Höchstsätze liegen jetzt bei 3150 DM bzw. 4050 DM, offenbar eine Regelung zu Gunsten derjenigen, die für einige Wochen nicht in der Fabrik, sondern auf dem Kasernenhof herumkommandieren.

Die Degression der Tabellensätze hatte in den letzten Jahren – die bisherigen Sätze stammen vom 1.4.73 – die Auswirkung, daß nominale Lohnerhöhungen zur Senkung des Anteils am Nettolohn führten, den man erhielt, und damit zur realen Senkung der Zahlungen. Ziel des Regierungsentwurfs sei es daher auch, die „Leistungen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen". Das Ministerium geht von einer allgemeinen Einkommenssteigerung von 35% seit 1973 aus und behauptet, die Sätze so angepaßt zu haben, daß für dieses höhere Einkommen derselbe Anteil am Nettolohn gezahlt wird, wie 1973 bei entsprechend niedrigerem Einkommen. Das stimmt aber nur in wenigen Fällen. In den meisten Fällen liegt der Anteil am Reallohn (bei Zugrundelegung einer Inflationsrate von 35%), der nach der Novellierung gezahlt wird, unter dem Anteil, der 1973 bezahlt wurde.

Neben diesen allgemeinen Leistungen werden u.U. noch „Sonderleistungen" gezahlt, wie z.B. Mietbeihilfe an ledige Wehrpflichtige, die nicht bei ihren Familienangehörigen wohnen und denen die Kündigung des Mietvertrages nicht zumutbar ist, was allerdings nicht schon dann der Fall ist, wenn die Möbel eingelagert oder gar verkauft werden müßten. Damit aber auf jeden Fall Lohnsenkung eintritt, ist ausdrücklich festgelegt, daß die allgemeinen und die Sonderzahlungen zusammen nicht mehr als 90% des Nettolohnes betragen dürften. Hinter der Behauptung der Regierung, diese Zahlungen würden den „Lebensbedarf auf jeden Fall sicherstellen", steht tatsächlich die Absicht, die Lage der Familien der Wehrpflichtigen auf Sozialhilfeniveau zu senken. Entsprechende Schikanen sind auch vorgesehen, um überhaupt an dieses Geld heranzukommen. Gezahlt wird nur auf Antrag, mit dem alle Vermögensverhältnisse aufgedeckt werden und alle Fragen wahrheitsgemäß beantwortet werden müssen. Die Auszahlungsbehörden haben das Recht, in alle bei anderen Behörden und Sozialversicherungen vorliegenden Vorgänge einzusehen. Der Wehrpflichtige muß alle Veränderungen seiner Lebensverhältnisse sofort mitteilen, sonst muß er „überhöhte" Zahlungen zurückerstatten und bekommt noch zusätzlich eine Geldbuße. Für Zeiten unerlaubter Abwesenheit werden die Zahlungen ebenso gestrichen, wie für den Fall, daß der Wehrpflichtige für länger als 3 Monate ins Gefängnis muß.

„Vom Land Palästina zum Staat Israel..."

Bundeswehrhochschüler werden auf die Aggressionen der Zionisten ausgerichtet

r.thw. Die Offensive in der Reform der „politischen Bildung" der Offiziersschüler an der Bundeswehrhochschule Hamburg nimmt klare Konturen an. Am 9. April hat Apel an der HsBw eine Hetz- und Lügenausstellung gegen das palästinensische Volk in Form einer Bilderschau der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft" eröffnet. „Aktueller Anlaß der Ausstellung ...: Der gerade geschlossene Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten", weiß das „Hamburger Abendblatt" darüber zu berichten. Die Ausstellung hat als Leitmotto den unverhüllten Besatzerspruch des „Bürgermeisters" von Jerusalem Kollek: „Jerusalem ist 3 Religionen heilig. Die Moslems haben aber vor allem Mekka und Medina. Die Christen haben auch Rom. Uns Juden bleibt nur Jerusalem."

Die Ausstellung ist billig in 2 Teile geteilt: Palästina 1895 – Israel und die besetzten Gebiete heute. Schon die Wahl dieser Zeitdaten ist interessant. 1895 hat Theodor Herzl das Programm der zionistischen Bewegung formuliert und haben die bitischen Imperialisten begonnen, sich dieser Bewegung zu bedienen, um die arabischen Völker zu unterwerfen. Palästina 1895, das sind weiß-braune Bilder von öder, unfruchtbarer, menschenleerer Landschaft und elendem Leben der Araber. Aber, Gott sei gesegnet, die zionistische Besatzung hat die Zivilisation gebracht. Einige Bildunterschriften: „... da sollst Du den Fels schlagen, so wird Wasser herauslaufen, das das Volk trinke", „Süßwasserfischkulturen in Obergaliläa – vier Jahrzehnte zuvor noch Malariasumpfgebiet bei hoher Frühsterblichkeit", „Neu im besetzten Sinai: Schulpflicht für Beduinenkinder" – und „Außen Jaffa – innen gut! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Diese Bilder haben mit der Wirklichkeit rein gar nichts zu tun. Bis 1948 war es den Zionisten in dem „menschenleeren" Palästina gegen die Aufstände der Bauern gelungen, 5% der palästinensischen Landfläche zu rauben. Erst mit der gewaltsamen militärischen Vertreibung von 1,2 Millionen Palästinensern durch die Haganatruppen, die von den Imperialisten finanziert und ausgerüstet wurden, bei denen 10000e Palästinenser ermordet wurden, konnten die Zionisten das Land an sich reißen.

Den Kampf des palästinensischen Volkes konnten sie nicht brechen. Gegen den „Friedensvertrag" sind die Massen in den besetzten Gebieten am



Tag der Unterzeichnung einheitlich in den Generalstreik getreten, auf Aufruf der PLO. Die arabischen Staaten haben die „Ablehnungsfront" gefestigt.

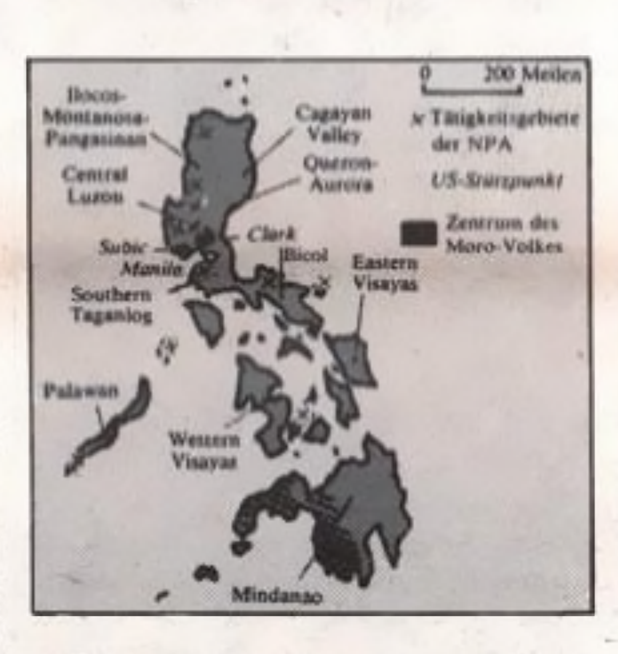
Die westdeutschen Imperialisten haben nach dem „Friedensvertrag" bekundet, sie würden gerne mit einigen weiteren Milliarden in die Ausplünderung Ägyptens einsteigen, nur es wäre ihnen noch zu unsicher. Mit dem eigenen Militärstiefel wollen sie sich diese Sicherheit schaffen – dem dient die Ausstellung.

Philippinen: die Arbeiter auf den US-Basen streiken

z.mif. Die 20000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf den vom US-Imperialismus besetzten Militärbasen der Philippinen sind am 25. März in den Streik getreten. Es ist der größte Streik in der Geschichte der Philippinen.

20 Militärstützpunkte unterhalten die US-Imperialisten auf den Philippinen seit 1947 mit einem Territorium von 200000 ha; bis zum zweiten Weltkrieg hielten sie die Inseln als Kolonien, gekauft 1899 von Spanien für 20 Mio. Dollar. Die Stützpunktrechte sollten für 99 Jahre entschädigungslos gelten; unter dem Druck des Befreiungskampfes der Völker der Philippinen mußten die US-Imperialisten letztes Jahr kürzere Laufzeiten zugestehen, Mieze zahlen und die philippinische Souveränität über das Militärgelände anerkennen. Die US-Imperialisten hoffen nun, die sowjetische Expansion in Südostasien, die die Staaten der ASEAN zu großer Wachsamkeit zwingt, zur Festigung ihres Zugriffs nutzen zu können. Clark Air Base (Flughafen) und Subic Bay Naval Base (Marinehafen) sind riesige Anlagen in der Nähe Manilas, die zentralen Zwischenstationen des US-Imperialismus für jede Aggression im pazifischen Raum.

Bei Streikbeginn lagen 14 Schiffe der 7. Flotte in den Docks zur Reparatur; die Schlagkraft des US-Imperialismus ist durch den Streik geschwächt. Die Lohnauseinandersetzung der philippinischen Arbeiter mit den US-Imperialisten steht seit langem an. 1976 zahlten sie den Filipinos Monatslöhne von 65



Dollar, während sie in Japan für die gleiche Arbeit 400 Dollar zahlen mußten. Vor dem Abschluß des Vertrages mit Carter über den Weiterbestand der US-Basen erklärte Präsident Marcos, er werde den Gewerkschaften totz des bestehenden Kriegsrechts freie Hand lassen.

Jetzt, nach den Angriffen der Sozialimperialisten in Südostasien, hat Marcos den Gewerkschaftsführer Ruben de Ocampo zu sich bestellt und befohlen, den Streik zu beenden. Der Arbeitsminister verlas den Streikposten eine Erklärung, in der sie zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert werden. Die Arbeiter führen den Streik unter diesen schwierigen Umständen, weil sich insgesamt die Lage im Land günstig entwickelt. Seit zehn Jahren führt die Befreiungsarmee New People's Army unter Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen den bewaffneten Befreiungskampf. Sie unterstützt den nationalen Befreiungskampf des Moro-Volkes unter Führung der MNLF im Süden des Landes. Die Ausrufung des Kriegsrechts 1972 und Ermordung unzähliger Patrioten seither hat Marcos nichts genutzt. Der bewaffnete Befreiungskampf hat ihn gezwungen, in den letzten Jahren die Verbindungen zur ASEAN zu stärken und gegenüber den US-Imperialisten eine gewisse Selbständigkeit zu erringen. Jetzt will Marcos in die Arme Carters zurück, das aber erlauben die Arbeiter und Volksmassen der Philippinen nicht. Sie wollen nach vorn.

Cam Ranh – und der Krieg um Europa

Beide Supermächte in scharfer Rivalität um Stützpunkte im Indischen Ozean

z.anb. „Ohio", das größte Atom-U-Boot der Welt, ist in den USA vom Stapel gelaufen. Seine 24 mit Mehrfachsprengköpfen ausgestatteten Raketen reichen 6000 km weit und haben die fünffache Wirkung der Atombombe auf Hiroshima. 1,2 Mrd. Dollar aus Lohngeldern der amerikanischen Arbeiter kostet es. Insgesamt 30 dieser „Trident"-Klasse will Carter in Dienst stellen.

3000 Demonstranten verhinderten vorletzte Woche die feierliche Sekttaufe. Die Appelle des Sicherheitsexperten Breszinski, die USA sollten sich auf die für den Westen „lebenswichtigen Transportwege" im Indischen Ozean besinnen – wenn erforderlich mit Gewalt – hatten den gegenteiligen Effekt. Die Massen teilen seine „Sorgen" nicht. „Seit 1953 ist die Zahl der See- und Luftstützpunkte der Vereinigten Staaten von 150 auf annähernd 30 zurückgegangen ... Gleichzeitig haben die Sowjets ihre ausländischen Stützpunktabsprachen bis zu einem Punkt gesteigert, an dem sie ... nahezu mit den USA gleichgezogen haben", warnten Experten des State Department im Januar (Marinerundschau 1/79).

In der Zwischenzeit hat die Sowjetunion *Cam Ranh* in Besitz genommen, einen äußerst günstig gelegenen Stützpunkt in der zentralvietnamesischen Provinz Phu Kanh am Südchinesischen Meer, der in den sechziger Jahren von den USA für 200 Mio. Dollar ausgerüstet worden ist. Jetzt nutzt ihn die Sowjetunion als Versorgungsbasis für ihre Pazifik-Flotte auf dem Weg von Wladiwostok in den Indischen Ozean.

Noch verfügen die USA dort über den strategischen Vorteil eines nach allen Seiten offenen Stützpunktes – *Diego Garcia*, eine Erbschaft aus der Räuberei der britischen Konkurrenten. Aufgestöbert von den Aufholbewegungen des sowjetischen Rivalen, revidieren die USA jetzt „öffentlich" ihre wortreiche Lügendoktrin von der „Stützpunktunabhängigkeit" der modernen Kriegsflotten: man wolle „wieder" Stützpunkte. Ein Atom-U-Boot kann bis zu drei Wochen auf See operieren. Aber was nützt das, wenn das Ortungs- und Leitsystem, das seinen Einsatz dirigiert, auf Niedrigstfrequenzen von Bodenstationen aus senden muß, diese aber nicht vorhanden sind? Was nützt der atomgetriebene Flugzeugträger, wenn die Überschallflugzeuge, die von dort aus starten, in der Minute einige Hundert Liter Treibstoff verschlingen, der *nicht* auf Wochen im Vorrat mitgeführt werden kann? „Erst in Konjunktion mit einer seestrategischen Position an demjenigen Meer, um dessen Beherrschung es geht, wird eine Flotte zur Seemacht", sagt der Admiral der Sowjetflotte Gorchkow. Und darin liegt die Bedeutung der Cam Ranh-Beute für die Sowjetunion. Sie ist damit dem Etappenziel ein Stück näher gerückt, die „lebenswichtigen" Versorgungslinien des Rivalen und seiner Verbündeten im Indischen Ozean zu kappen. Der Preis, den die sowjetischen Imperialisten dafür bereit waren zu zahlen, ist hoch: erst die Unterwerfung Vietnams sicherte ihnen einen Stützpunkt.

Für die Entscheidung darüber, wer *Europa* unterwirft, ist der Indische Ozean unverzichtbar. Es genügt eben nicht, daß die Sowjetunion ihrerseits „stützpunktunabhängige" Atom-U-Boote neue Schleichwege unter dem Packeis zwischen der Halbinsel Kola und dem Nordpol erkunden läßt, um sie vorbei an Grönland und entlang der kanadischen Küste in den Kernraum des Nordatlantik zu schleusen. Insgesamt in der mißlichen Lage, den einzigen *freien* Zugang zum Atlantik und erst recht zum Pazifik mit Eisbrechern räumen zu müssen, kostet sie die Versorgung der Pazifik-Flotte einen Seeweg von 14280 km (von Murmansk nach Wladiwostok), 4200 km davon durch „ewiges Eis". Über 80 Eisbrecher halten die Versorgungsbahn im Westen ganzjährig, im Osten über 4 Monate am Leben. „Untenherum", vom Schwarzen Meer durch den Bosporus, Suez-Kanal in den Indischen Ozean würden sie 9000 km sparen ... Erleichtert stellte der abgehalfterte NATO-Haig fest, da sei die Türkei im Wege, hoffentlich wisse die NATO das zu schätzen.

Wenn auch für den Vorstoß zu Land nach Mitteleuropa im Vorteil, sind die Sozialimperialisten gleichwohl gleichfalls auf die Eisroute angewiesen – für den Nachschub an strategischen Rohstoffen aus Sibirien. In solchem Falle können Tage entscheiden, Tage, innerhalb derer es gelingt, im Gegenzug die *Versorgung des Rivalen* zu unterbinden. Cam Ranh liegt näher am Indischen Ozean als die sibirischen Häfen an den Zentren der Produktion im europäischen Teil der Sowjetunion.



„Querab-Versorgung" des sowjetischen Hubschrauberträgers „Moskva" – stützpunktunabhängig ist die imperialistische Flotte deshalb noch lange nicht

Kolumbianische Stahlarbeiter in unbefristetem Streik

z.alb. 7500 kolumbianische Stahlarbeiter sind in der letzten Woche in einen unbefristeten Streik getreten. Sie fordern Lohnzulagen von 35%. Der Stahlbetrieb Paz del Rio, in dem der größte Teil der nationalen Stahlproduktion läuft, wird vollständig bestreikt.

Mit 208500 Jahrestonnen Rohstahlbarren deckt die erst 1976 in größerem Umfang aufgenommene Stahlproduktion Kolumbiens noch nicht einmal die Hälfte des geschätzen Eigenbedarfs. Es fehlt an dem notwendigen Kapital, um die Anlagen voll auszubauen, um die benötigte Kohle- und Elektroenergie bereitzustellen. Kolumbien ist das kohlereichste Land Südamerikas – 60% der südamerikanischen Kohlevorkommen lagern dort – aber es besitzt nicht die zum Abbau erforderlichen Bergwerke. Ausgeplündert über Kaffepreisschwankungen (Kaffee ist noch immer das Hauptexportprodukt), die Dollarabwertung (die US-Imperialisten sind die mit Abstand größten Handels-„partner") und die Verteuerung aller Industriegüter aus den imperialistischen Ländern, nehmen Schuldzahlungen an die Imperialisten einen wachsenden Anteil des Staatshaushaltes ein. 9 Mrd. col Pesos waren es 1977, 12 Mrd. 1978.

Die Imperialisten nutzen diese Lage, um sich über Kapitalanlagen in der Grundstoff- und verarbeitenden Industrie (vor allem Zementwerke, Erdölindustrie, Textil- und Chemieindustrie) die nationalen Ressourcen billigst anzueignen. Im Kohlebergbau finden jetzt größere ausländische Kapitalinvestitionen statt. Die Sozialimperialisten haben sich einen Großauftrag über den Bau zweier Staudämme und Wasserkraftwerke an Land gefischt. Der nationale Stahlplan sieht für 1977 bis 81 private Investitionen von 1,797 Mio. $ vor. Die Stahlproduktion soll damit auf den geschätzten Bedarf von 1 Mio. t bis 1981 erhöht werden.

Die Arbeitskraft kaufen sich die Imperialisten zu durchschnittlich 200 DM im Monat – in den letzten Jahren enorm verbilligt durch eine Inflationsrate von ca. 30% jährlich. Erst im März hat die Regierung die erneute Erhöhung der Benzin- und damit auch der Fahrpreise um 25% wegen Energiemangel verfügt. Der Streik der Stahlarbeiter steht in der Tradition der seit 1977 von der Arbeiterklasse angeführten Volkskämpfe gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und zunehmende Verelendung.

Streiks im spanischen Gastgewerbe gegen die Lohnsenkung

z.jon. Am 17.3. beendeten die 30000 Hotel- und Gaststättenbeschäftigten der spanischen Provinz Valencia einen 10-tägigen Streik. Die Kapitalisten mußten Lohnerhöhungen bis zu 35% für die niedrigsten Löhne, der Anhebung des Mindestlohns von 18500 Ptas auf 25000 Ptas (690 DM) monatlich, dem Verbot, Arbeiter in drei Schichten hintereinander zu beschäftigen, Arbeitszeitverkürzungen, dem Recht zu gewerkschaftlicher Betätigung zustimmen. Außerdem streikten im März und



Streik der Angestellten der Sozialversicherung

Anfang April u.a. die Lohnabhängigen im Gastgewerbe der Provinzen Saragossa, Sevilla, Jaén, der großen Kaufhäuser, Hafenarbeiter in 18 Häfen, Busfahrer in Malaga. In der ganzen Osterwoche werden die Hotels im Hotelkapitalisten-Eldorado Costa del Sol bestreikt. Gastgewerbe, Transportwesen und andere „Dienstleistungs"bereiche fangen vor allem die Millionenmassen gelegter spanischer Bauern auf, um sie zu Hungerlöhnen auszubeuten. Der Beschäftigtenanteil dieser Branchen steigt fast in dem gleichen Maß (von 1969 32% auf 1975 39%) wie der Anteil der Landwirtschaft sinkt. Die Löhne nehmen im Verhältnis zur Industrie ab, 1972 bis 1975 um durchschnittlich 7%. In den Hotels liegen die Löhne für Hilfsarbeiter heute unter 20000 Ptas, in den baskischen Metallindustrie bei 55000 Ptas.

Die Streiks in den „Dienstleistungs"bereichen richten sich gegen diese Spaltung und wirken der Lohnsenkung für alle Lohnabhängigen entgegen. Die Gewerkschaften der Provinz Malaga haben am 11.4. mit einem Generalstreik gedroht, falls die Versuche zur polizeilichen Unterdrückung des Hotelstreiks an der Costa del Sol nicht aufhören.

Kalatdlit Nunat (Grönland) kämpft für wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit

z.bag. Die ersten Wahlen seit der Volksabstimmung über die Selbstverwaltung von Kalatdlit Nunat haben eine Mehrheit für die Parteien ergeben, die dafür eintreten, den Kampf für die vollständige Unabhängigkeit der grönländischen Nation fortzusetzen und dazu u.a. auch den Austritt Grönlands aus der EG fordern. Die stärkste Unabhängigkeitsbewegung, Siumut, bekam rund 47% der Stimmen, die gewerkschaftlich orientierte neue Partei Sulissartut 6% und die ebenfalls zum ersten Mal aufgestellte marxistisch-leninistische Partei Inuit Ataqatitiit 5%. Die Partei Atassut, die 42% der Stimmen erhielt, ist für eine Fortsetzung der Verbindung zu Dänemark und teilweise auch für die Fortsetzung der grönländischen Mitgliedschaft in der EG. Eine starke Fraktion fordert jedoch ebenfalls: „Raus aus der EG!"



Bergarbeiter in imperialistischen Grubenunternehmen auf Kaladlit Nunat

1972 hatten die Grönländer sich klar mit 71% der Stimmen gegen den Beitritt zur EG ausgesprochen. Kalatdlit Nunat wurde aufgrund seiner kolonialen Abhängigkeit von Dänemark dennoch Mitglied. Bei der Volksabstimmung über die Selbstverwaltung stimmte die Mehrheit dafür, eine starke Minderheit dagegen, weil sie mehr will als die Ersetzung der dänischen durch grönländische Verwaltung. Im Zentrum der Debatten standen und stehen die Bodenschätze und die anderen Naturreichtümer der Insel. Sie sind es, nach denen das dänische Finanzkapital und die übrigen Imperialisten sich die Finger lecken; sie sind es, die die Grundlage der vollständigen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der grönländischen Nation darstellen.

stellen.

Kalatdlit Nunat ist außerordentlich reich an Naturschätzen. Seit der „Entdeckung" der Insel durch Erich den Roten im Jahre 986 haben sich Ausbeuter verschiedener Nationen auf Kalatdlit Nunat getummelt. 1261 erklärte Norwegen die Insel „tributpflichtig", ab 1721 machte sich dann der dänische Kolonialismus auf Kalatdlit Nunat breit. Den Norwegern wie den Dänen sätzlich Uran entdeckt, und im Mee-

resboden wurden erste Ölfunde gemacht.
ging es vor allem um Robben, Fische, Tran und Felle. Seit dem 1. Weltkrieg verstärkten die großen kapitalistischen Länder ihre Forschertätigkeit auf der Insel. Im Gebirge der Insel wurden Kohle und Erze gefunden, darunter das bis dahin unbekannte Kryolit, das zur Aluminiumherstellung dient und besonders wichtig für die zivile wie militärische Luftfahrt wurde. Als weitere wichtige Metalle wurden Blei, Zink und Molybdän gefunden. Nach dem 2. Weltkrieg erklärte Dänemark den US-Imperialisten den Bau von Militärstützpunkten auf Kalatdlit Nunat und erweiterte dänemark ausländischen Konzernen zunehmend Forschungsrechte und Konzessionen, seit 1968 auch den sowjetischen Sozialimperialisten. Jetzt wurde in den Gebirgen zu-

Das in der EG zusammengeschlossene westeuropäische Finanzkapital hat Kalatdlit Nunat seit dem ersten Tag seiner Zwangsmitgliedschaft mit großen Summen bedacht, deren Zweckgebundenheit die Richtung ihres Interesses klar erkennen läßt. Der EG-Regionalfonds zahlte an Grönland: *1975:* – 24,4 Mio. Kronen, *1976:* – 33,9, *1977:* – 40,9, *1978:* – noch einmal mindestens 40,9 Mio. Kronen. Fast ausschließlich wurden diese Gelder in „Infrastruktur- und Kommunikationsprogramme" gesteckt, vor allem in den Bau von Straßen, Flugplätzen und Hafenanlagen und den Ausbau des Telefon- und Telexnetzes. Der EG-Sozialfonds investierte bis 1977 rund 60 Mio. Kronen in die „Lehrlingsausbildung" im Metall- und Baugewerbe, das heißt in die Abrichtung billiger Ar-

das heißt in die Abrichtung billiger Ar-

beitskraft, um die Projekte profitabel durchführen zu können. Die Europäische Investitionsbank vergab zwei große Kredite: 51,2 Mio. Kronen für ein Elektrizitätswerk, 38 Mio. für das Telekommunikationssystem. Vor kurzem wurde ein neuer Kredit über 50 Mio. für den Ausbau des Lufthafens in Godthaab bewilligt. Dazu kommen noch Zuschüsse aus dem EG-Landwirtschaftsfonds: bisher wurden an die

königlich-grönländische Handelsgesellschaft und an private Fischereikonzerne 5,4 Mio. Kronen gezahlt, ausschließlich für den Bau von Trawlern für den Garnelenfang.

Eine der großen Schranken, die der Ausplünderung der Rohstoffe durch die EG-Kapitalisten noch gesetzt ist, ist die unzureichende Energie. In einer Werbebroschüre des EG-Informationsbüros heißt es dazu: „Im Frühling 1978 ist ein Bericht über die Möglichkeiten der Ausnutzung von Wasserkraft auf Grönland erstellt worden. Es gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, aber setzt voraus, daß Milliardeninvestitionen zu günstigen Bedingungen getätigt werden. Leider ist es unwahrscheinlich, daß die dänische Wirtschaft das allein schafft; man muß deshalb internationales Kapital einsetzen ... Die erklärte Zielsetzung der EG, die Mitgliedsländer ökonomisch zu entwickeln, kann die Gewähr für risikowilliges Kapital zu günstigen Bedingungen bieten, wo die Aussichten für multinationale Konzerne nicht verlockend genug sind."

Siumut hat 1975 einen Änderungsvorschlag zum dänisch-grönländischen Rohstoffabkommen gemacht, in dem es heißen sollte: „Alle mineralischen Rohstoffe und andere Reichtümer Grönlands gehören der fest auf Grönland wohnenden Bevölkerung. Die Erforschung und Nutzung dieser Rohstoffe sind der grönländischen Landesregierung (Landsraad) vorbehalten." Die Landesregierung nahm den Antrag einstimmig an. Aufgrund von Drohungen der dänischen Regierung wurde der Vorschlag später, auch mit Zustimmung Siumuts, zu einem Vetorecht abgeschwächt. Die Forderungen der grönländischen Volksmassen sind jedoch die gleichen geblieben, und sie haben diesen Forderungen mit vielen Aktionen Nachdruck verliehen. 1977 fand der erste große Streik in der Geschichte von Kalatdlit Nunat statt: die Arbeiter der Blei- und Zinkmine Schwarzer Engel in Marmorilik, im Besitz des kanadisch-dänischen Greenex-Konzerns, kämpften für gleichen Lohn für grönländische und ausländische Arbeiter. Kürzlich wurden die Probebohrungen nach Öl an der Westküste der Insel eingestellt, Ergebnis unter anderem des jahrelangen Kampfes besonders der Fischer und Fänger. Auch der unverschämte Plan der russischen Sozialimperialisten, eine grönländisch-sowjetische Gesellschaft zur gemeinsamen Ausbeutung der restlichen Fischbestände zu bilden, scheiterte am Widerstand der grönländischen Eskimos.

schen Eskimos.

Trotz jahrhundertelanger Unterdrückung durch fremde Kolonialisten hat die grönländische Nation niemals ihre Tradition des kollektiven Eigentums an den Naturschätzen und den Produktionsmitteln aufgegeben. Das sind gute Voraussetzungen für die vollständige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Kalatdlit Nunat.

Seit acht Wochen Streik irischer Postarbeiter – Regierung plant neues Lohnabkommen

z.rül.London. Seit acht Wochen streiken über 20000 Postarbeiter der Republik Irland für eine Lohnerhöhung zwischen 31 und 37%. Gegenwärtig verdienen sie zwischen 55 und 63 Punt brutto die Woche, das sind etwa 920 bis 1050 DM im Monat. Nach Steuern und Sozialabgaben verbleiben ihnen etwa 800 DM. Der Streik wird von allen Lohnabhängigen unterstützt. Die größte Gewerkschaft des Landes, die Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft ITGWU (150000 Mitglieder bei 900000 Lohnabhängigen im Land) erklärte, daß sie die Postarbeiter wenn nötig auch finanziell unterstützen wird. Die britische Postarbeitergewerkschaft schickte bereits 5000 Pfund (ca. 20000 DM). Vor einer Woche haben die Kranfahrer im Hafen von Dublin einen Streik begonnen für die Erhöhung ihrer Löhne von 71 auf 120 Punt, unterstützt von den Lotsen und Schlepperbesatzungen. Wenn die Hafenverwaltung bis Dienstag kein akzeptables Angebot vorlegt, wollen alle Hafenarbeiter streiken: 17000 Mitglieder der „Vereinigung irischer Bankangestellter" führen eine Urabstimmung durch über Streik für 30% mehr Lohn.

Die Regierung versucht, diese Streiks zu zerschlagen, um mit einer erneuten Lohnsenkung den Imperialisten Höchstprofite zu sichern. Im letzten Jahr hatte sie den Gewerkschaften ein Lohnabkommen aufgedrückt, das die Lohnerhöhungen auf die offizielle Inflationsrate von 8% begrenzte. Jetzt haben die Imperialisten zusätzlich Steuerfreiheit auf alle Exportgewinne bis 1990 erreicht und danach maximal 10% Steuer auf alle Profite. Mit der Führung des Gewerkschaftsbundes ICTU versucht die Regierung währenddessen, ein neues Lohnabkommen auszuhandeln, das diese Woche einem Sonderkongreß des ICTU vorliegen soll. Ihr Plan ist, einen Teil der Facharbeiter abzuspalten, so das Abkommen durchzukriegen und dann die Streiks zu zerschlagen. Ihre Aussichten, mit diesem Manöver durchzukommen, sind mit den Demonstrationen und Streiks gegen die Steuerausplünderung beträchtlich gesunken. Die Dubliner Gewerkschaften haben bereits einen erneuten Generalstreik am 1. Mai an-



3000 Postarbeiter demonstrierten am 5. April in Dublin für ihre Forderungen.

gekündigt, wenn die Regierung bis dahin nicht eine drastische Senkung der Lohnsteuer zusagt.

EG-Sonderzoll für griechischen Warmbreitbandstahl

z.elb. Mitte März beschloß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, mit sofortiger Wirkung einen Sonderzoll auf Warmbreitbandstahl aus Griechenland zu erheben. Im Februar hatte sie die gleiche Maßnahme für die Einfuhr warm gewalzter Stahlbleche und Profile aus Eisen und Stahl aus Spanien getroffen. Tatsächlich lagen die Einfuhrpreise dieser Produkte unter den von der EG festgesetzten Mindestpreisen. Die EG-Imperialisten, die selber mit Dumpingpreisen größere Weltmarktanteile erobern wollen – man erinnere sich an den Krach mit den USA –, verfolgen mit diesen Sonderzöllen zwei Ziele: Zum einen versuchen sie, ihren eigenen Markt von Stahlimporten möglichst freizuhalten. Hauptsächlich aber beabsichtigen sie, die 1977 mit 700000 t Jahresproduktion in Ansätzen sich entwickelnde griechische Stahlindustrie (EG: 126 Mio. t) niederzuhalten und dabei insbesondere die verarbeitende Stahlindustrie. Das gleiche gilt für Spanien, das mit 11 Mio. t Rohstahlproduktion ein ernstzunehmender Konkurrent für die EG-Imperialisten ist. Während der griechische Stahlexport in die Länder der Dritten Welt ausschließlich aus weiterverarbeiteten Produkten bestand, betrug ihr Anteil am Export in die EG ganze 13,4%. Höherer Stahlexport nach Griechenland, deren Anteil an verarbeiteten Produkten 1977 97% ausmachte, die Eroberung des gesamten Stahlmarktes ist die Absicht der EG-Imperialisten.

Frankreich: Regierung will Schwarzarbeiter „jagen"

z.pel.Paris. Stoléru, Staatssekretär im französischen Arbeitsministerium, will „einen entscheidenden Schlag gegen die Schwarzarbeit" landen. (Figaro, 6.4.) Das Vorhaben: Verschärfung der Strafen auf Grundlage des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit (bisher Höchststrafe zwei Jahre Gefängnis und 10000 F), Intervention bei den Banken zwecks Sperren des Kredits für Vorhaben mit vermuteter Schwarzarbeit, Einsatz von 500 Teilnehmern der Arbeitsbeschaffungsprogramme „zur systematischen Jagd". „Die Schwarzarbeiter stehlen den Handwerkern das Brot aus dem Mund", auf dieser Linie will die Bourgeoisie spalten. Der Großteil der 800000 Schwarzarbeiter rekrutiert sich aus dem Heer der 1,3 Mio. Arbeitslosen, von denen 60% nicht mehr als 500 F/Monat erhalten. Der Schwerpunkt liegt in den Bereichen Bau, Textil, Autoreparatur, Friseure. 3% der Gesamtlohnsumme – 13 Mrd. F – entgehen der Steuer- und Abgabenplünderung durch den Staat, Umsätze von 40 Mrd. jährlich sind seinem Zugriff entzogen. „Jetzt haben sie mehr Einkünfte als bei regulärer Arbeit", giftet Stoléru. Was die Bourgeois fuchst, ist die Verminderung des Drucks auf den Lohnstandard der Arbeiterklasse, weil sich ein Teil der Verelendung durch Arbeitslosigkeit entzieht.

Verhaftungswelle gegen „subversive Vereinigung"

z.ulg.Rom. Am vorletzten Samstag hat die italienische Justiz 15 führende Mitglieder der spontaneistischen „Arbeiterautonomie" verhaften lassen. Weitere sieben, gegen die ebenfalls Haftbefehl erlassen worden ist, sind rechtzeitig untergetaucht. Nach dem faschisti-

Tarif schon abgelaufen – noch nicht ausgezahlt

Italien: Hartnäckige Kämpfe gegen dauernde Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst

z.ulg.Rom. Für den kommenden Freitag haben die italienischen Gewerkschaften zu einem eintägigen Streik im gesamten öffentlichen Dienst aufgerufen, um die Regierung zur Einhaltung der Anfang November getroffenen Vereinbarungen zu zwingen. Unter dem Druck der Streikbewegung an den Krankenhäusern hatte sich die Regierung im Herbst bequemen müssen, endlich über die noch offenen Punkte der Tarifverträge für die Laufzeit 1976/78 abzuschließen.

Der Abschluß entsprach bei weitem nicht den Forderungen der Krankenhausbeschäftigten, doch der Dienstherr versucht sich jetzt um die Einhaltung selbst seiner geringen Zugeständnisse zu drücken – mit schlichtem Betrug. Das zur Auszahlung der Lohnerhöhung nötige Gesetz werde sofort ins Parlament eingebracht, hatte die Regierung im November versprochen. Jetzt ist April, das Parlament ist aufgelöst, und das Gesetz ist bis heute nicht verabschiedet. Die Tarifverträge, deren parlamentarische Ratifizierung aussteht, sind zum Teil bereits abgelaufen, der Rest läuft in den nächsten Monaten aus.

3,5 Millionen sind in Italien in öffentlichen Diensten beschäftigt, fast ebensoviele wie in Westdeutschland, doch das relative Gewicht ist noch größer. Jeder vierte Lohnabhängige – in der BRD jeder sechste – ist in öffentlichen Diensten, insgesamt mehr als halb so viel wie in der Industrie. Ein wirklicher Einbruch bei den Löhnen hier kann nicht ohne tiefgreifende Wirkung auf das gesamte Lohnniveau bleiben. Seit Jahren bemüht sich die Finanzbourgeoisie, diesen Einbruch zuwegezubringen, und die Ergebnisse sind unverkennbar.

Von 1975 bis Mitte 1978 sind die Nominallöhne in der Industrie um 73%, im öffentlichen Dienst dagegen nur um knapp 48% gestiegen. Daß dabei auch die Industriearbeiter den Reallohn bestenfalls knapp halten konnten, haben wir in dieser Zeitung schon mehrfach gezeigt. In dem abgedruckten Schaubild haben wir – gemessen am Metallarbeitereckiohn – die Lohnkonten zweier Lohngruppen des einfachen und des mittleren Dienstes, wo die Hauptmasse der Beschäftigten eingruppiert ist, abgetragen. In den letzten Jahren sinken die Lohnkonten scheinbar unaufhaltsam ins Minus.

Begünstigt wird die Lohnsenkung durch die Zersplitterung des Tarifwesens und der Gewerkschaften. Sieben verschiedene Tarifverträge gibt es zur Zeit im öffentlichen Dienst, verwandte Bereiche, wie den Flugverkehr, noch gar nicht mitgerechnet. Unaufhörlich versucht der Dienstherr, zwischen den Lohnabhängigen der einzelnen Dienstzweige zu spalten. Die klassenversöhnlerische Linie der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer ermöglicht den berufsständischen „autonomen" Gewerkschaften, zusätzlich zu spalten und sich gegenüber den Gewerkschaftsbünden als kämpferische Interessenvertretung aufzuspielen.

In zahlreichen, meist zersplittert und oft ohne Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen geführten Streiks haben sich die Belegschaften gegen die dauernden Lohnsenkungen zur Wehr gesetzt: von den Eisenbahnern zu den Flugassistenten, von den Lehrern bis zu den Krankenpflegern. In der letzten Woche haben die Angestellten der Datenverarbeitungsabteilung der Sozialversicherung einen „selektiven Streik" durchgeführt: Die Auszahlung der Renten wurde gesichert, doch die Verbuchung der eingehenden Beiträge ebenso bestreikt wie die Versendung der Einkommenssteuererklärungen an die Rentner.

Ende März hatten die Flugassistenten nach dem Abschluß der bürgerlichen Gewerkschaftsführer mit den Fluggesellschaften ihren mehr als fünfwöchigen Streik vorerst ausgesetzt. Am letzten Montag rief das Kampfkomitee der Flugassistenten erneut zu einem 60stündigen Streik auf. In Rom ließ der Verkehrsminister Polizei einsetzen, um Versammlungen der Streikenden im Alitalia-Gebäude zu verhindern.

Noch ist der Abschluß weder, wie üblich und von den Flugassistenten gefordert, in einer Versammlung abgestimmt noch durch die von den Gewerkschaftsführern geplante geheime Urabstimmung gebilligt worden, und schon rufen die Revisionisten und Reformisten selbst zum Bruch des Tarifvertrags auf. Darin ist festgelegt, daß die Flugzeuge von den Heimatflughäfen nur mit der tariflich vereinbarten Besatzung starten dürfen. Um den neuen Streik zu brechen, forderten die Gewerkschaftsführer jetzt die Mitglieder auf, „zur Not" auch mit halber Besatzung zu fliegen. Der Streik ist gescheitert: Nur etwa ein Drittel der Stewards und Stewardessen hat sich beteiligt, 90% der Alitalia-Flüge konnten stattfinden.

Mit einem „Rahmengesetz", zu dem die vorige Andreotti-Regierung einen Entwurf für die nächste Legislaturperiode hinterlassen hat, will die Finanzbourgeoisie die Lohnsenkung in den öffentlichen Diensten künftig noch systematisieren. U.a. sollen danach die abgeschlossenen Tarifverträge spätestens einen Monat später durch Dekret in Kraft gesetzt werden. Dieses „Zugeständnis", auf *offenen* Betrug künftig zu verzichten, wird von der Föderation der Gewerkschaftsbünde prompt als „eine Initiative von fundamentaler Bedeutung" gefeiert. Doch im selben Gesetz soll verfügt werden, daß die Tarifverhandlungen sich nur im Rahmen eines vorweg in der mehrjährigen Finanzplanung festgelegten Volumens bewegen dürfen. Dieses Volumen wird natürlich *klein* sein. Von 1973 bis 1977 ist der Anteil der „Personalausgaben" am Staatshaushalt bereits von 34 auf 26% gedrückt worden. Wichtige Fragen wie Einstellung und Kündigung sollen nach dem Regierungsentwurf auch weiterhin nicht tariflich, sondern einseitig durch Gesetz geregelt werden.

Die Politik der Revisionisten und Reformisten in den Gewerkschaften arbeitet den Absichten der Finanzbourgeoisie direkt in die Hände. Kürzlich haben die Führer der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst auf einem Seminar Richtlinien für die Forderungen im anstehenden Tarifkampf diskutiert. Zur „Lohnpolitik" heißt es in dem veröffentlichten Einleitungsreferat:

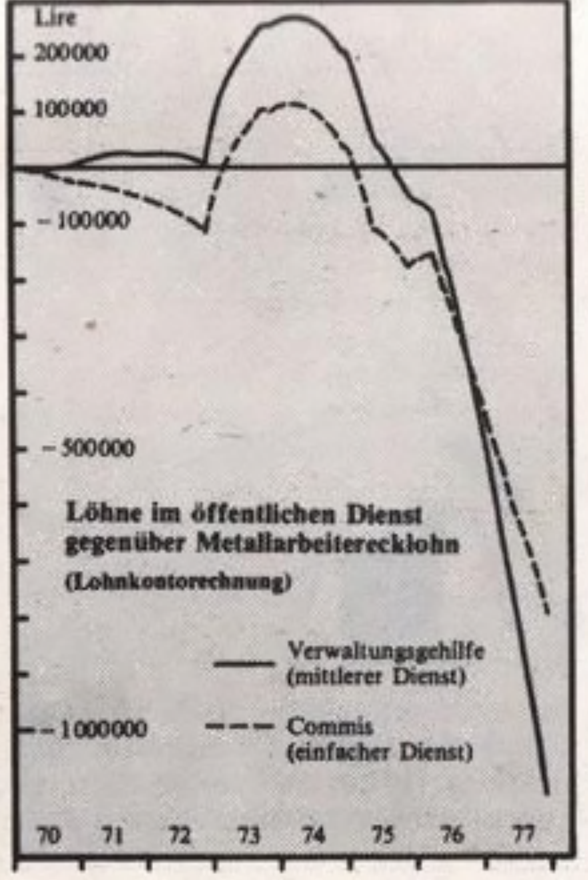
„Erstens ist es notwendig, einen möglichst homogenen Lohngruppenfächer festzulegen, durch den einerseits die Würdigung der in den einzelnen Dienstzweigen tatsächlich vorhandenen Professionalität wiederhergestellt, andererseits eine harmonischere und ausgeglichenere Verteilung der Lohngruppen verwirklicht wird." Vergrößerung des Abstandes zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohngruppe von einem Verhältnis von 100 zu 220 auf 100 zu 300 war bereits in den Abschlüssen des letzten Herbstes vereinbart worden. „Würdigung der Professionalität" ist wirklich ein schönes Wort für die Schmierung der Dienstaufsicht!

Das also „erstens". Und „zweitens"? „Weiter muß das heute bestehende Verhältnis zwischen Lohn und Automatismen revidiert werden." Mit „Automatismen" sind die Alterszuschläge gemeint. Gegenwärtig gibt es in den ersten 20 Dienstjahren in fünf Abschnitten Zuschläge von jeweils 16%, danach alle zwei Jahre je 4,5% des Grundlohns. Mit den nächsten Tarifverträgen, heißt es weiter, soll „das Kriterium der schrittweisen Reduzierung des Anteils der Automatismen am Tariflohn" verwirklicht werden.

Und wie? Indem die Alterszuschläge einfach *gekürzt* werden. Zunächst dadurch, daß weder die nächste Tariferhöhung noch die inzwischen aufgelaufenen Inflationszuschläge in die Berechnungsgrundlage einbezogen werden. Zusammen sind das über 200000 Lire (440 DM), in den unteren Lohngruppen die Hälfte des Lohns. Ein Zuschlag von 16% schrumpft damit bereits auf weniger als 10% zusammen. Weiter sollen die Zuschläge nach dem 16. Dienstjahr künftig nicht mehr steigen. All das, *ohne* daß eine entsprechend hohe Lohnforderung aufgestellt wird. Diese soll sich vielmehr auf dem Niveau der Forderungen in der Industrie halten, also bei 25000 bis 30000 Lire (55 – 66 DM).

In der geplanten „Selbstreglementierung" des Streikrechts, mit der die Revisionisten die Gewerkschaften des entscheidenden Kampfmittels, bis zur *Durchsetzung* einer Forderung zu streiken, berauben wollen, findet diese Sorte „Tarifpolitik" ihr notwendiges Gegenstück. Doch trotz der Schützenhilfe der Revisionisten, wird die Finanzbourgeoisie die dauernden Lohnsenkungen weiter gegen die Belegschaften durchsetzen können?





Mehr als fünf Wochen streikten die Flugassistenten für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Imperialisten planen Uranabbau in Nabarlek – Demonstrationen in Melbourne und Sydney

z.cht.Sydney. Australien hat geltende Verträge mit den USA, der EG und Japan über Uranlieferungen von insgesamt 100000 Tonnen, 6 – 7000 Tonnen jährlich. Die Imperialisten drängen darauf, daß die bekannten Vorräte – nach Angaben der australischen Bundesregierung ein Fünftel der Vorräte der westlichen Welt – endlich erschlossen werden. Vor zwei Wochen vereinbarte die Queensland Mines Ltd. einen Kredit mit zwei japanischen Energiekonzernen über 75 Millionen Dollar, der die gesamten Erschließungskosten für das Uranbergwerk Nabarlek im Northern Territory abdecken soll. Gleichzeitig wird über die Lieferung von 3000 Tonnen zusätzlich zu den schon vereinbarten 3500 Tonnen verhandelt. Die Erschließung soll mit Ende der Regenzeit Mai/Juni beginnen. Innerhalb von 6 Monaten soll das gesamte Gestein auf eine Halde zusammengetragen und in den folgenden 8 bis 10 Jahren zu jährlich 1100 Ton-
8 bis 10 Jahren zu jährlich 1100 Ton-
nen U308 verarbeitet werden. Damit hoffen die Imperialisten, gegenüber der breiten Widerstandsbewegung schnell vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Hauptkraft im Kampf gegen den Uranabbau sind die schwarzen Australier. Auf ihrem ererbten und von den Siedlern geraubten Land liegen die Uranvorkommen. Sie kämpfen gegen die Zerstörung ihres Landes und dafür, daß sie als die rechtmäßigen Besitzer anerkannt werden. Sie konnten bis heute die Erschließung der Uranfunde, die Anfang der siebziger Jahre von verschiedenen Gesellschaften entdeckt wurden, verhindern. 1972 errichteten sie vor dem Regierungsgebäude in Canberra eine eigene Botschaft in einem Zelt und zwangen die Labour-Regierung mit Demonstrationen, ihnen Landrechtgesetze in Aussicht zu stellen und bis auf weiteres alle neuen Bergwerkprojekte ruhen zu lassen. Die britischen Imperialisten setzten 1975 durch ihren Generalgouverneur diese Regierung ab, zwei Wochen, nachdem sie im Parlament einen Gesetzentwurf über Landrechte der schwarzen Aus-



tralier eingebracht hatte. Die darauffolgende Regierung der Liberalen Partei gab sofort grünes Licht für den Abbau von Bauxit und anderen Mineralien und hat jetzt mit Nabarlek das
lien und hat jetzt mit Nabarlek das
zweite neue Uranbergwerk genehmigt. Das erste genehmigte Bergwerk Ranger wagt die Gesellschaft nicht in Betrieb zu nehmen. Der dafür notwendige Vertrag zwischen der Regierung und dem Northern Land Council, der die schwarzen Australier des Gebietes vertreten soll, ist in Geheimsitzungen und unter erpresserischen Drohungen zustandegekommen und wird von den dort lebenden Oenpelli nicht anerkannt.

Die Oenpelli organisieren jetzt den Widerstand und schicken Delegationen durch ganz Australien, um breite Unterstützung für ihren Kampf zu gewinnen. Der Gewerkschaftsbund ACTU hat sich gegen Uranabbau ausgesprochen, wenn nicht Garantien für Umweltschutz und für die Rechte der schwarzen Australier gegeben werden. Am 6. und 7. April demonstrierten 7000 in Melbourne und 12000 in Sydney unter der Forderung: „Schluß mit dem Uranbergbau jetzt".

---

schen „Codice Rocco", den die italienische Bourgeoisie vorsichtshalber unverändert in die „aus dem Widerstand geborene Republik" übernommen hat, ist schon bisher jede revolutionäre Tätigkeit und Organisation für vogelfrei erklärt. Mit den Verhaftungen soll jetzt ein weiterer Schritt zu ihrer *tatsächlichen* Illegalisierung gemacht werden. Die Verhafteten werden der Bildung einer „subversiven Vereinigung", eben der „Arbeiterautonomie" beschuldigt. Nach dem Strafgesetzbuch ist das eine „Vereinigung, die auf die gewaltsame Errichtung der Diktatur einer sozialen Klasse über andere", also auf die proletarische Revolution, „gerichtet ist". Den neun Hauptbeschuldigten, darunter dem wichtigsten Theoretiker der „Arbeiterautonomie" Toni Negri, wird außerdem die Bildung einer „bewaffneten Bande" vorgeworfen: sie sollen den Generalstab der Roten Brigaden darstellen. Haupt„beweis"mittel: Artikel und Broschüren der „Autonomen", in denen sie für die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes eingetreten sind – und die Taktik der Roten Brigaden kritisierten. Die Bourgeoisie will den Druck des Opportunismus auf die revolutionäre Bewegung verstärken, mit „Kritik am Terrorismus" revolutionärer Gewalt überhaupt abzuschwören.

Imperialistische „Gleichberechtigung": Nachtarbeit für Frauen

z.hef.London. Am 27. März veröffentlichte die von der Labour-Regierung eingesetzte „Equal Opportunities Commission" (Kommission für Chancengleichheit) ihren Bericht über die Auswirkungen der Fabrikgesetzgebung auf die Chancengleichheit der Frauen. Seit 1920 ist den Kapitalisten die Ausbeutung von Frauen in Nachtschichten verboten, Frauen dürfen nicht vor 7 Uhr und nicht nach 20 Uhr (und deshalb nicht im Zweischichtbetrieb) und nicht länger als 54 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Diese Regelungen gelten *nur* für die 1,33 Mio. Fabrikarbeiterinnen (von insgesamt 10 Mio. weiblichen Lohnabhängigen), und für ⅓ dieser Arbeiterinnen erreichten die Kapitalisten schon Ausnahmeregelungen. Das ist ihnen nicht genug. Die Kommission fand unter Vorsitz der Baroness Lockwood heraus, die Chancengleichheit der Arbeiterinnen sei gefährdet: „Insbesondere empfehlen wir, daß die Nachtarbeits-, Zweischicht- und Wochenstundenbestimmungen entfernt werden". Und sie stellt fest: „Die oben durchgeführte Analyse zeigt, daß die Erweiterung der Beschränkungen auf Männer einen ungünstigen Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum haben würde".

Österreich: Kinderarbeit legal, auch sonntags und nach 22 Uhr

z.anb.Wien. „Während der Schulferien sind die Kinder von jeder Beschäftigung freizuhalten", lautete der §7 des österreichischen „Jugendbeschäftigungsgesetzes" (!), der – zu Weihnachten absichtsvoller Vorwand für ein Auftrittsverbot der Wiener Sängerknaben – am 15. März vom Parlament beseitigt wurde. Zu Ostern dürfen sie singen, feiertags und nach 22 Uhr. Es sei keine „Lex Sängerknaben", betont die Regierung Kreisky. Den „Skandal" hatte es ja auch nicht etwa gegeben, weil das Gesetz von 1948 *Kinderarbeit* legalisiert – ab dem 12. Lebensjahr, „Unterricht eingerechnet", bis zu 7 Stunden täglich. Nein, die *Beschränkung* sollte fallen, weil es den Kapitalisten darum geht, die Arbeitskraft schärfster Konkurrenz auszusetzen und den Lohnstandard unter *die* historische Marke zu drücken, die durch die Ausbildungskosten gesetzt ist. Man erkennt ihre Taktik deutlich an der Kluft, die zwischen den 15- bis 16-Jährigen und den 17- bis 18-Jährigen aufreißt: während letztere den Großteil der Lehrlinge stellen – wobei ihre steigende Zahl auf immer zahlreichere Aussiebung aus den weiterführenden Schulen herrührt – wird bei ersteren bereits jeder dritte Jugendliche als Jungarbeiter ausgebeutet, vor allem im Gaststättengewerbe, Österreichs „ausbildungsfreundlicher" Branche.

Erstes Wörterbuch der Zigeunersprache in Jugoslawien

z.lik. In Vorbereitung des Dritten Weltkongresses der Zigeuner 1980 in Belgrad erarbeiten die jugoslawischen Zigeuner das erste Wörter- und Grammatikbuch ihrer Sprache. Gleichzeitig wird in Maribor, Slowenien, ein Lehrstuhl für Zigeuner-Sprache eröffnet. Der Weltkongreß ist einberufen worden durch die Romani Union, die internationale Organisation der Zigeuner aus über 30 Ländern, die seit März konsultatives Mitglied des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) ist. – Die über 78000 in Jugoslawien lebenden Zigeuner werden durch die Verfassung als nationale Minderheit anerkannt. „Dem Bürger ... ist die Freiheit der Entwicklung seiner Kultur sowie Anwendung seiner Sprache und Schrift verbürgt", heißt es in der Verfassung der Teilrepublik Serbien. Die durch die Verfassung garantierten elementaren demokratischen Rechte sind Ergebnis des gemeinsamen Kampfes aller Nationalitäten Jugoslawiens, darunter auch der Zigeuner, gegen die faschistischen Besatzer. Die soziale Lage der Zigeuner in Jugoslawien ist jedoch immer noch entscheidend von ihrem niedrigen Ausbildungsstand geprägt, sie stellen in der Mehrzahl die ungelernten Arbeiter. Unterstützt durch die Regierung machen die Zigeuner jetzt bewußte Anstrengungen, um durch das Wörter- und Grammatikbuch die Voraussetzungen für Unterricht in der Nationalsprache zu schaffen, in der es bislang keinerlei Unterrichtsmaterial gibt.

„Solidarität der Arbeitnehmer in Europa“ entwickelt sich – das ja, aber auf ihre Weise

z.scc. „Die deutschen Gewerkschaften erstreben seit ihrer Wiedergründung nach dem Krieg ein politisch und wirtschaftlich geeinigtes Europa“, schreibt der DGB in seinem Mai-Aufruf 1979. Natürlich ist Vetter und seinesgleichen klar, daß die europäische Arbeiterklasse für die „Europäische Gemeinschaft“ schwerlich zu gewinnen ist. Ist nicht ihre grundlegende Erfahrung, daß jeder Schritt „europäische Einigung“ der Imperialisten den Konkurrenzdruck auf die westeuropäischen Arbeiter ungeheuerlich verschärft? „Was sie nicht wollen“, fährt der Mai-Aufruf fort, „ist ein Europa der Konzerne und des großen Geldes. Die Gewerkschaften wollen, daß in Europa Vollbeschäftigung und Mitbestimmung, soziale Sicherheit und eine humane Arbeitswelt die Richtlinien der Politik sind.“

Das „Europa der Arbeitnehmer“ ist die Parole der Reformisten. „Eine europäische Sozialpolitik“, umreißt die französische CFDT, „muß vorrangig die wichtigen Probleme der Arbeitslosigkeit, der Arbeitszeit, der Einkommen, der Lebens- und Arbeitsbedingungen angreifen... Harmonisierung im Fortschritt der sozialen Gesetze und Vorteile und Förderung der Verhandlung und des Abschlusses von europäischen Rahmenabkommen und Tarifverträgen in den Fragen, die Gegenstand der Forderungen und Kämpfe der Arbeiter sind.“

Können die Finanzbourgeois die Arbeitskraft in Italien für Niedrigstlohn haben, werden die westdeutschen Arbeiter einen verhältnismäßig höheren Lohn auf Dauer nicht verteidigen können. Gelingt es den belgischen Stahlkapitalisten, „ihre“ Arbeiter für zwei arbeiten zu lassen, werden ihre französischen Konkurrenten nicht ruhen, bevor ein Arbeiter nicht das schafft, was vorher zweieinhalb erledigten. Und schließlich drücken die über 6 Millionen Arbeitslosen in der EG als schwere Last auf die Lage der 86 Millionen Beschäftigten.

Als bürgerliche *Gewerkschafts*führer haben die Reformisten durchaus kein Interesse an ungezügelter Konkurrenz unter den westeuropäischen Arbeitern. Ihre Beschwörung der „Solidarität der Arbeitnehmer in Europa“ ist ihr – eben *bürgerlicher* – Versuch, diese Konkurrenz einzudämmen: „Aufteilung der verfügbaren Arbeitszeit unter alle beschäftigten Arbeitnehmer“; „ausgewogene Verteilung des Einkommens“ usw. Gleichzeitig öffnen sie als Propagandisten des Freihandels, des imperialistischen Kapital- und Warenexports (s. die Dokumente des EGB und des TUC) der gesteigerten Konkurrenz zwischen der westeuropäischen und den übrigen Abteilungen des internationalen Proletariats Tor und Tür.

Tatsächlich entwickelt sich in den Kämpfen der westeuropäischen Arbeiter die „Solidarität der Arbeitnehmer“, wenngleich anders, als die Reformisten sich das denken. Grundlegend dabei ist, daß sich in allen Ländern der EG das Heer der ausgebeuteten Lohnarbeiter zu einer Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen formt, deren *einheitlicher* Charakter sich über alle nationalen Besonderheiten hinweg immer deutlicher herausbildet.

Der Streik der Fordarbeiter in *Großbritannien* für 20 Pfund pro Woche Lohnerhöhung für alle gleich erschütterte die sozialdemokratische 5%-Lohnleitlinie und führte über in den großen Kampf der Beschäftigten der öffentlichen Dienste gegen die Niedrigstlöhne, für Erhöhung der Mindestlöhne auf 60 Pfund. In *Frankreich* weitet sich die Bewegung für einheitlich 300 F mehr Lohn, eingeleitet im letzten Sommer durch die Postarbeiter, zusehends aus; nicht zuletzt streiken dafür in verschiedenen Werken die Stahlarbeiter. In den *Niederlanden* zogen die Metallarbeiter unter der Forderung nach 20 hfl mehr für alle in den Tarifkampf. In *Belgien* sind nach den ACEC-Arbeitern (s.S.5) und anderen letzte Woche auch die Arbeiter bei Renault u.a. für die Lohnforderung von 6 bfr in den Streik getreten. In *Italien* streikten und demonstrierten in den vergangenen Wochen Hunderttausende Metallarbeiter für eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 30000 bei einem einheitlichen Sockelbetrag von 20000 Lire. In *Westdeutschland* wie auch in *Dänemark* vermochten die Reformisten einheitliche Lohnforderungen bisher noch zu verhindern; aber hier erstarkt im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen die Bewegung für Lohnforderungen in Mark und Pfennig von Jahr zu Jahr.

In heftiger Konkurrenz um höchstmögliche Ausbeutung der Arbeiter vereinigen die westeuropäischen Imperialisten ihre Anstrengungen, alle Schranken ihres Profits niederzureißen. Der gesteigerten Konkurrenz unter den westeuropäischen Arbeitern entspricht zugleich die Vereinheitlichung ihrer Erfahrungen, ihrer Kampfbedingungen, ihrer Kampfaufgaben. Ob im Kampf gegen den hemmungslosen Raubbau an der Arbeitskraft die belgischen Arbeiter Überstunden fast gänzlich verweigern, Arbeiterinnen einer französischen Fabrik die Akkordarbeit bestreiken, die britischen Arbeiter zäh die zwischen Kapitalisten und Reformisten ausgehandelten Produktivitätsabkommen bekämpfen – drei Beispiele für viele –, all diese Kämpfe verlangen und ermöglichen ihre einheitliche Zusammenfassung unter den Forderungen nach Verbot der Akkordarbeit, der Nacht- und Schichtarbeit, der Arbeit an Sonn- und Feiertagen, der Überstunden, nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden.

Nur durch Verfolgung dieser – und anderer – Aufgaben, durch tatkräftige gegenseitige Unterstützung, durch Vereinigung mit dem internationalen Proletariat und den unterdrückten Völkern – nicht durch das „Europa der Arbeitnehmer“ in Gestalt von Vetter und Co. im Europaparlament – können die westeuropäischen Arbeiter die Konkurrenz untereinander *aufheben*. Enden würden sie im anderen Fall schließlich als Kanonenfutter für die westeuropäischen Imperialisten, die ihren Anspruch auf gewichtigere Teilhabe an der Weltherrschaft gewaltsam geltend machen.

Internationale Organisation der Arbeiterklasse ist notwendig. Aber die EG ist nicht der Rahmen

z.lup. Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes war – neben der Herstellung eines gemeinsamen Waren- und eines gemeinsamen Kapitalmarktes – eine der Hauptabsichten der Römischen Verträge, mit denen die EG am 25. März 1957 gegründet wurde. Der entsprechende Artikel 48 der Römischen Verträge lautet:

„Spätestens bis zum Ende der Übergangszeit wird innerhalb der Gemeinschaft die Freizügigkeit der Arbeitnehmer hergestellt. Sie umfaßt die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen. Sie gibt – vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen – den Arbeitnehmern das Recht,
a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;
b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen,
c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben,
d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in Durchführungsverordnungen festlegt.“

Angeblich geht es hier um Rechte des „Arbeitnehmers“, sich über die Grenzen des eigenen Staates frei auf dem gesamten westeuropäischen Arbeitsmarkt zu bewegen, und darum, staatliche Schranken zu beseitigen, die dem Verkauf der Arbeitskraft in anderen Ländern der EWG entgegenstehen. Die Bedingungen, unter denen die Ware Arbeitskraft verkauft werden kann, werden aber durch ökonomische Gesetze und die Entwicklung des Klassenkampfes geregelt, vornehmlich dadurch, in welchem Umfang die kapitalistische Produktionsweise eine industrielle Reservearmee produziert und in welchem Umfang es der Bourgeoisie gelungen ist, mit Hilfe dieser Reservearmee Druck auf den Arbeitsmarkt auszuüben, den Verkauf der Arbeitskraft unter ihrem Wert zu erzwingen und zu Bedingungen, unter denen die Arbeitskraft übermäßig verschlissen wird. Der Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erfolgte, weil die Grenzen der Mitgliedstaaten für die Akkumulation des Kapitals zu eng geworden waren und weil ohne die Herstellung einer Zollunion und eines gemeinsamen Kapitalmarktes die westeuropäischen Imperialisten keine Chance hatten, gegenüber der US-imperialistischen und später auch der sozialimperialistischen Supermacht ihre eigenen räuberischen Interessen zu behaupten.

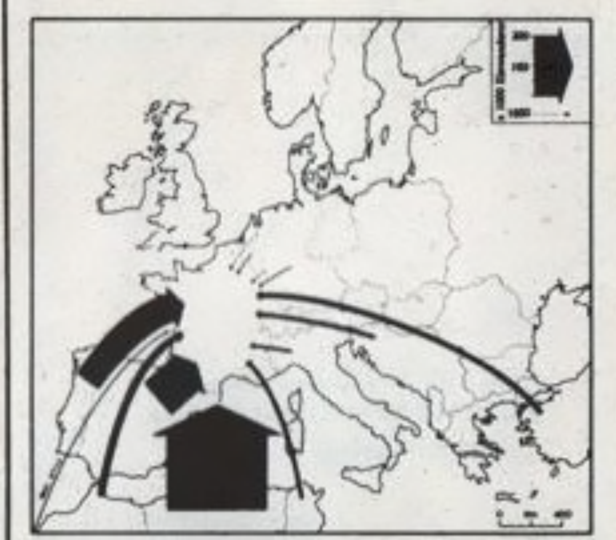
Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes, der zunächst 50 und mit der EWG-Erweiterung 80 Millionen Lohnabhängige umfaßte, war notwendiger Bestandteil der Schaffung eines gemeinsamen Kapitalmarktes. Das bedeutet, daß das Kapital nicht bloß überall angelegt werden kann, wo Profit winkt, sondern daß es auch überall Arbeitskraft ankaufen kann und sodann dorthin schaffen, wo sie profitabel angewandt werden soll. Die so zu Wanderungen gezwungenen Arbeitermassen unterliegen aber – zusätzlich zu der gewöhnlichen Rechtlosigkeit in den einzelnen EG-Staaten – einer Reihe von zusätzlichen Knebelungen und Entrechtungen, die um so mehr auf die gesamte Arbeiterklasse wirken, je massenhafter die Wanderungen werden, die das Kapital in Gang setzt. Der Hebel, der diese Wanderungen erzwang, war die durch die kapitalistische Akkumulation produzierte industrielle Reservearmee.

Hauptquelle dieser industriellen Reservearmee war die Vernichtung der kleinen selbständigen Produzenten, vor allem der kleinen Bauern. Betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in der EG (einschließlich Großbritannien, Irland und Dänemark) 1960 noch 17,0%, so war er 1975 bereits auf 8,7% im Durchschnitt gefallen. Die größte Wirkung hatte dieser durch die EG-Kommission planmäßig geförderte Vernichtungsfeldzug in Italien, wo 1960 noch 32,9% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, 1975 aber bloß noch 15,8%. Italien wurde auch zum Hauptreservoir überschüssiger Arbeitskräfte innerhalb der EG. In der BRD ging der Anteil von 22,4% auf 11,3% zurück, in Frankreich von 22,4 auf 12%, in Großbritannien von 4,2 auf 2,8%. Insgesamt wurden in der gesamten EG in diesem Zeitraum 9 Millionen ehemals in der Landwirtschaft Beschäftigte auf den Arbeitsmarkt gedrückt, davon aus der BRD 1,13 Mill. aus Italien 3,6 Mill., aus Frankreich 1,8 und aus Großbritannien 0,35 Mill. Die andere Quelle der industriellen Reservearmee ist die kapitalistische Akkumulation selbst. So hat zum Beispiel das Kapital in der Textilindustrie zwischen 1960 und 1970 allein eine halbe Million Arbeiter ausgespuckt, während die Elektroindustrie und der Maschinenbau im gleichen Zeitraum 1,5 Millionen Arbeitskräfte eingesaugt haben.

Die Schaffung einer industriellen Reservearmee innerhalb der EG und ihre Verfügbarmachung für Ausbeutung und Druck auf den Arbeitsmarkt sind aber unterschiedliche Dinge. Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes der EG und die Beseitigung der staatlichen Schranken, die dem im Wege standen, wurde 1968 abgeschlossen.

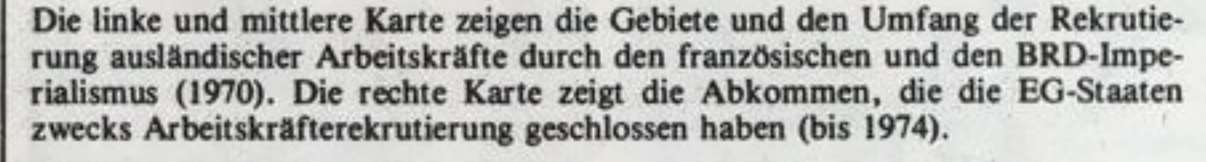
Gleichzeitig wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die den Zugriff der Kapitale auf den gesamteuropäischen Arbeitsmarkt sicherstellen und die Mobilität der Arbeitskraft erhöhen sollten. Dazu gehört vor allem die Schaffung „besonderer Dienststellen“, die die „Zusammenführung und den Ausgleich von Stellenangeboten“ innerhalb der EWG, später EG, sicherstellen sollen und die auf die Schaffung eines europaweiten Arbeitsamtes hinauslaufen, unter Kontrolle der imperialistischen Bourgeoisien.

1976 waren in allen Ländern der EG insgesamt 5,715 Mill. Ausländer beschäftigt, davon 1,586 Mill. aus anderen EG-Staaten, 4,128 Mill. aus Drittländern. Die Zahl derer, die innerhalb der letzten 25 Jahre gezwungen waren, zwecks Verkaufs ihrer Arbeitskraft quer durch Europa zu wandern, wird








Die linke und mittlere Karte zeigen die Gebiete und den Umfang der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte durch den französischen und den BRD-Imperialismus (1970). Die rechte Karte zeigt die Abkommen, die die EG-Staaten zwecks Arbeitskräfterekrutierung geschlossen haben (bis 1974).

Aktionsprogramme und Grundsatzerklärungen der westeuropäischen Gewerkschaftsbünde

Europäischer Gewerkschaftsbund: „Sichere Beschäftigung – Sicheres Einkommen“

... Das vorrangige Problem besteht darin, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, um allen Arbeitnehmern eine Beschäftigung... zu sichern. Zu diesem Zweck schlägt der Europäische Gewerkschaftsbund folgendes vor:
1. Eine koordinierte Politik des Wiederaufschwungs
... Das vorrangige Ziel ist die Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck fordert der EGB eine geplante und koordinierte Expansionspolitik, deren Schwerpunkt auf dem öffentlichen Sektor und auf der Schaffung neuer Arbeitsplätze liegt. Notwendig ist auch die zwischenstaatliche Koordinierung der Wiederbelebungsmaßnahmen, um jeden Versuch zur Beeinträchtigung der auf den Verträgen und auf anderen gültigen Verpflichtungen beruhenden Freiheit des Handels zu verhindern.
(...)
5. Lösungen zur Vermeidung einer Wiederholung der derzeitigen Schwierigkeiten.
... In Anbetracht des Grades der gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung ist die auf die nationalen Grenzen beschränkte Betrachtungsweise unzulänglich und in sich selbst unwirksam. Was an Instrumenten bereits auf Gemeinschaftsebene vorhanden ist, muß besser verwendet und durch neue ergänzt werden.
Der EGB gibt zu, daß er für einige der nachstehenden Bereiche Lösungen weltweiten Formats vorzieht. Wie das Abkommen von Lomé bewiesen hat, kann die Gemeinschaft wirksam dazu beitragen, die Suche nach Lösungen im weltumspannenden Rahmen zu beschleunigen.
(...)
Die internationale Zusammenarbeit und der internationale Handel müssen mithelfen, das Gleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern und den Entwicklungsländern wiederherzustellen. Dies erfordert in erster Linie eine echte Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der Entwicklungsländer, aber nicht minder auch eine Versorgungsgarantie für die europäischen Länder. Die Umwandlung des herrschenden Wirtschaftstrends in eine wirksame internationale Arbeitsteilung verlangt von der Europäischen Gemeinschaft, daß sie ihre Maßnahmen auf die Entwicklung von Industrien mit einem hohen technologischen Niveau konzentriert und – parallel dazu – für die Förderung arbeitsintensiver Wirtschaftsbranchen eintritt.

Verabschiedet am 14.11.1975 durch den Exekutivausschuß des EGB

Frankreich: „Die CFDT und Europa“

Eine (europäische) Sozialpolitik muß vorrangig die wichtigen Probleme der Arbeitslosigkeit, der Arbeitszeit, der Einkommen, der Lebens- und Arbeitsbedingungen angreifen. Sie muß Fortschritte in der Lösung der Probleme der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien und in der Reduzierung der Ungleichheiten aller Art zwischen den Kategorien (von Arbeitern und den Regionen, d. Übersetzer) ermöglichen... Harmonisierung im Fortschritt der sozialen Gesetze und Vorteile und Förderung der Verhandlung und des Abschlusses von europäischen Rahmenabkommen und Tarifverträgen in den Fragen, die Gegenstand der Forderungen und Kämpfe der Arbeiter sind...
Die Verträge und Abkommen im Stil der Konvention von Lomé oder der Abkommen mit den Mittelmeerländern müssen weiterverfolgt werden, um zu einer für die Entwicklung dieser Länder positiven Kooperation zu kommen... Es ist besonders notwendig, energisch daran zu arbeiten, daß Europa dazu beiträgt, die Verschlechterung der Austauschbedingungen (Terms of Trade) zu stoppen und eine befriedigende Lösung zum kapitalen Problem des gerechten Preises für Rohstoffe beizutragen. Aber dieser Wille zur Zusammenarbeit Europas muß auch die anderen industrialisierten Länder und die Länder des Ostens betreffen...

Notes et Documents du BRAEC, janv. - mars 1979

Italien: „Für eine Wende in der Wirtschaftspolitik und in der Entwicklung der Gesellschaft und der Demokratie“

Positiv stellt eine hohe und stabile Wachstumsrate die unverzichtbare Bedingung für die Verwirklichung der großen von der Gewerkschaftsbewegung und den demokratischen Kräften angegebenen Ziele dar: Vollbeschäftigung und Entwicklung im Mezzogiorno und im Lande, Realisierung eines neuen Entwicklungsmodells in Produktion und Konsumtion, Modernisierung der Strukturen der Wirtschaftszweige, der Verwaltung und der Gesellschaft, Verbesserung der Umwelt und der Qualität des Lebens. Schließlich ergibt sich – weiterhin unter diesen Bedingungen – die Möglichkeit, eine Festlegung unserer Rolle im Rahmen einer veränderlichen internationalen Arbeitsteilung zu verfolgen. Schließlich würde eine hohe und stabile Expansion erlauben, jene Gesamtheit von defensiven Strategien zu überwinden, in die sich die sozialen Gruppen, die Gewerkschaft manchmal nicht ausgeschlossen, flüchten, wenn Stagnation und Rezession drohen.
Auf diesem Gebiet verbinden sich die Forderungen und Kämpfe der italienischen Werktätigen mit denen der Werktätigen der anderen europäischen Länder, die ebenfalls auf eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung zielen, sich gegen die andauernde deflative Politik der Regierungen wenden und stattdessen für eine Politik des Wiederaufschwungs und der Expansion eintreten.
(...)
Initiative der Regierung gegenüber den Organen der EWG für die Durchfüh-

vom IFO-Institut auf 20-30 Millionen geschätzt, sie dürfte eher darüber liegen. Allein in die BRD sind in den 13 Jahren von 1964-1976 insgesamt 8,5 Millionen Ausländer eingewandert, während im gleichen Zeitraum ca. 6 Millionen wieder ausgewandert sind.

Die größten Ankäufer ausländischer Arbeitskraft innerhalb der EG sind die BRD (1,9 Mill.), Großbritannien (1,665 Mill.) und Frankreich (1,58 Mill.). Dabei bezieht Großbritannien seine ausländischen Arbeitskräfte im wesentlichen aus den alten Commonwealth-Ländern sowie aus Irland, Frankreich vor allem aus den Ländern Nordafrikas, die es einst kolonial unterworfen hatte (550000) sowie Spanien, Portugal, Griechenland und Italien (700000), und die BRD vor allem aus den europäischen Mittelmeerländern Italien, Spanien und Portugal, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei (1,46 Mill.). Obwohl das Gebiet, welches die EG-Imperialisten in eine Reserve ihres Arbeitsmarktes verwandelt haben, sich weit über die Grenzen der EG hinaus erstreckt, war die Schaffung eines westeuropäischen Arbeitsmarktes grundlegend, um die rasche Akkumulation des Kapitals zu sichern und Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben. In den letzten 20 Jahren hat es dabei verschiedene Wanderungsbewegungen gegeben. Zunächst hat das französische Kapital in den 50er Jahren – abgesehen von der Zufuhr von Arbeitskraft aus Nordafrika – vor allem Arbeitskräfte aus Italien eingesaugt, worin es 1960 vom westdeutschen Kapital überrundet wurde. Seit den 60er Jahren hat sich das französische Kapital dann mehr auf die iberische Halbinsel konzen-
auf die iberische Halbinsel konzen-
triert, um schließlich die Zufuhr von Arbeitskräften aus Nordafrika noch einmal zu beschleunigen. Der BRD-Imperialismus hat sodann ebenfalls seine Arme auf den spanischen Arbeitsmarkt ausgestreckt, aber bis 1969 nur 219000 spanische Arbeitskräfte eingeführt, während in Frankreich zum gleichen Zeitpunkt bereits 617000 Spanier arbeiteten. Der BRD-Imperialismus hat sich auf Südosteuropa, vor allem die Türkei, konzentriert, und zwischen 1970 und 1976 jährlich im Schnitt 160000 türkische Arbeitskräfte eingesaugt und gleichzeitig 80000 im Jahresdurchschnitt wieder ausgestoßen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländer in der BRD betrug 1974 – abgesehen von einer geringen Zahl von Ausländern mit einer mehr als 10-jährigen Aufenthaltsdauer – im Schnitt 4 Jahre. Gleichzeitig unterscheidet sich die Altersstruktur der Ausländer deutlich von der der westdeutschen Einwohner: Der Anteil der zwischen 20 und 40 Jahre Alten betrug 1974 bei den Ausländern 70%, bei den Westdeutschen 45,4%. Es geht der Bourgeoisie darum, eine Reservearmee verfügbar zu haben, deren Arbeitskraft in verhältnismäßig jungem Alter in einem kurzen Zeitraum durch gewaltige Intensität rasch verschlissen werden kann, sodaß dadurch nicht nur Druck auf den allgemeinen Lohnstandard ausgeübt werden kann, sondern auch Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, die zu frühem Tod führen.

Während sie die Freizügigkeit auf dem EG-Arbeitsmarkt hergestellt haben, haben die westeuropäischen Monopolbourgeoisien zugleich dafür gesorgt, daß die durch Europa wandernden Arbeiterarmeen einem Zustand der besonderen politischen Entrechtung ausgesetzt werden, der die EG insgesamt mehr und mehr in ein Völkergefängnis verwandelt. In diesem Sinne haben die Römischen Verträge wohl die Gleichheit der Arbeiter der EG-Staaten in bezug auf den Verkauf der Arbeitskraft proklamiert, nicht aber die Gleichheit der Rechtsverhältnisse in bezug auf die imperialistischen Staaten der EG und schon gar nicht die gleichen Staatsbürgerrechte. Ist der mit den Kapitalisten geschlossene Arbeitskontrakt nicht auf eine längere Periode als ein Jahr abgeschlossen, so kann auch die Aufenthaltserlaubnis, die gewöhnlich für mindestens fünf Jahre ausgestellt werden soll, entsprechend befristet werden. Sowieso ist festgelegt: „die Mitgliedsstaaten dürfen nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit von den Bestimmungen dieser Richtlinie abweichen", die die Aufenthaltserlaubnis zwecks Verkauf der Arbeitskraft regeln. Auch Arbeitslosigkeit kann zum Entzug der Aufenthaltserlaubnis führen, jedenfalls dann, wenn sie nicht „unfreiwillig" zustandekommt, sondern zum Beispiel durch „Störung des Betriebsfriedens verschuldet" wurde. Immerhin ist diese politische Entrechtung noch beschränkt, verglichen mit der Rechtlosigkeit der Arbeitermassen, die aus Nicht-EG-Staaten kommen und die dem Ausländergesetz zumeist uneingeschränkt unterworfen sind.

Die sozialdemokratische Fraktion des DGB hat dessen diesjährigen Mai-Aufruf unter die Losung gestellt: „DGB: Arbeit für alle – Für ein Europa des sozialen Fortschritts". Die Schaffung einer industriellen Reservearmee ist gesetzmäßiges Produkt der kapitalistischen Akkumulation, und die EG sorgt bloß dafür, daß sich diese Gesetzmäßigkeit auf gewaltigerer Stufenleiter auswirken kann. „Garantie des Grundrechts auf Arbeit" kann da bloß auf Einführung von Zwangsarbeit hinauslaufen, was die imperialistischen Bourgeoisien in allen EG-Staaten auch betreiben. Das bedeutet aber, daß der ökonomische Zwang, der ganze Arbeiterarmeen quer durch Europa treibt, durch politische Zwangsgewalt ergänzt wird, die den Arbeiter das Recht nimmt, seinen Arbeitskontrakt mit dem Kapitalisten aufzukündigen und ihn dazu zwingt, sich zu jeder Bedingung ausbeuten zu lassen. In Wirklichkeit macht es aber der europäische Arbeitsmarkt um so dringender, in jedem einzelnen Staat dieses westeuropäischen Völkergefängnisses gewerkschaftliche und politische Rechte zu erkämpfen. Streikrecht, Versammlungsfreiheit und vor allem Organisationsfreiheit, und zwar für die gesamte Arbeiterklasse einschließlich der ausländischen Arbeiter. Vor allem aber kommt es darauf an, die selbständige Organisation der Arbeiterklasse aufzubauen, mit der die Arbeiterklasse allein ihren internationalen Zusammenschluß herstellen und festigen und mit der sie auch das große Völkergefängnis, das die westeuropäischen Imperialisten zusammenzimmern, durch Revolution sprengen kann.

Unter Loderers Präsidentschaft – IMB für „internationale Arbeitsteilung"

z.gek. Die Metallarbeitergewerkschaften haben innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes das größte Gewicht. Sie sind selbst traditionell, genau seit 1893, im „Internationalen Metallarbeiterbund" (IMB) zusammengeschlossen. Gegenwärtiger Vorsitzender ist der Vorsitzende der IG Metall, Loderer. Im IMB sind heute aber auch Gewerkschaften aus Entwicklungsländern organisiert. Daher ist die Forderung nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung" pflichtgemäß Programmpunkt des IMB. Wirklich?

In dem unten zitierten Dokument des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit dem Titel „Sichere Beschäftigung – sicheres Einkommen" heißt es, „eine echte Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der Entwicklungsländer, aber nicht minder auch eine Versorgungsgarantie für die europäischen Länder" sei erfordert. Versorgungsgarantie wofür? Gemeint ist natürlich: mit Rohstoffen und Halbwaren. Und dies sollen die Entwicklungsländer der EG *garantieren!* Aber weiter: „eine wirksame internationale Arbeitsteilung verlangt von der Europäischen Gemeinschaft, daß sie ihre Maßnahmen auf die Entwicklung von Industrien mit einem hohen technologischen Niveau konzentriert und – parallel dazu – für die Förderung arbeitsintensiver Branchen eintritt".

Diese arbeitsintensiven Branchen sollen zu einem noch wachsenden Teil in die Länder der dritten Welt verlegt werden: „Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß die Massenprodukte mehr und mehr dort hergestellt werden, wo sie vergleichsweise kostengünstiger hergestellt werden können..." (Der Gewerkschafter 9/78)

Dies sind auch die Positionen, die die IG Metall-Führung im Rahmen des IMB vertritt. So gießt der Wirtschaftsredakteur der IGM, W. Schmidt, gallige Bemerkungen über den Beschluß der UNIDO-Konferenz von Lima aus, in dem die Länder der dritten Welt sich das Ziel gesetzt haben, bis zum Jahr 2000 wenigstens 25% der Weltstahlproduktion zu erzeugen: „Ein gefährliches Konzept". „Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, so gab er (der IMB) zu bedenken, könne kein Vorbild sein, da sie auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft beruhte. Heute, da die soziale Entwicklung in der dritten Welt mit der ökonomischen gleichen Schritt halten muß, sind Kapital und technologisches ‚know how' vor allem durch die Industrieländer aufzubringen." (Der Gewerkschafter 4/77)

Die EG-Imperialisten können sich beglückwünschen, von den Gewerkschaften der Metallarbeiter aufgefordert zu werden, für die große Mehrheit der Weltbevölkerung „das Kapital... aufzubringen". Die Metallarbeiter der beteiligten Länder sollen sich allerdings für diese reaktionäre imperialistische Blaupausenidylle nicht so begeistern: Eine Konferenz des IMB mit Gewerkschaftern aus 60 Ländern, die die Arbeiter der Feinblechindustrien vertraten, hat von den Monopolen die Einschränkung der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit auf das absolute Minimum gefordert, sowie die Zahlung gleicher Löhne für gleiche Arbeit in den Werken der Entwicklungs- und der „Industrie-" Länder.




Loderer und Adlatus Rebhahn, Sekretär des IMB, lassen sich bei Volkswagen Südafrika blauen Dunst über die Arbeitsbedingungen vormachen

Hauenschild: Bloß kein Klassenkampf im „Europa der Arbeitnehmer"!

z.bep. Hauenschild, Kandidat der SPD-Liste zum Europa-Parlament, zieht gegenwärtig in einer Interview-Serie gegen die Aufnahme der CGT in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) auf dessen Kongreß im Mai zu Felde. Zwei Gründe veranlassen Hauenschild, dagegen mit dem Auszug des DGB zu drohen. Erstens. „Eine Gewerkschaft, die, wie die französische CGT derart eng an den kommunistischen Weltgewerkschaftsbund, an die Kommunistische Partei Frankreichs und an die Moskauer Parteizentrale angebunden ist, kann nicht Mitglied einer internationalen Organisation freier Gewerkschaften werden, solange diese Bindungen fortbestehen" (Welt der Arbeit, 12.4.). Die CGT betreibt unter dem Einfluß der PCF eine sozialchauvinistische Propaganda der Stärkung Frankreichs und der Anlehnung an die Sowjetunion und wendet sich gegen die „Europäische Integration". Ein gefährliches Hindernis also für die westdeutsche Sozialdemokratie, die versucht, den EGB ebenso wie die II. Internationale zu ihrem Einflußorgan zu machen. Zweitens. „Wir sind nicht für den Klassenkampf", verkündet Hauenschild schon in der Überschrift seines Interviews. „Das Grundsatzprogramm des DGB ist ausgerichtet auf Integration der Arbeitnehmer in Staat und Gesellschaft... Wir bleiben dabei, daß Kooperation angesichts unserer vielen staatlichen und wirtschaftlichen Probleme vernünftiger ist als Konfrontation... Bei Entscheidungen im Bereich „Arbeitnehmerpolitik" kann es deshalb zwischen freien Gewerkschaften keine unterschiedlichen Auffassungen geben, gleichgültig ob sie als Sozialdemokraten, Christdemokraten oder als freie Demokraten dem Europäischen Parlament angehören." Für klassenkämpferische Gewerkschaften ist also kein Platz im EGB und im „Europa der Arbeitnehmer". Die Gewerkschaftsbewegung der italienischen und französischen Arbeiter hat sich nicht auf dem Weg der „Kooperation" mit Kapitalisten und Staat halten lassen. Die sozialdemokratische Gewerkschafterriege im EGB und im Europäischen Parlament soll Druck auf die italienischen und französischen Gewerkschaften machen. Sie wird sich auch dazu hergeben, Maßnahmen des mit „erweiterten Befugnissen" versehenen Europäischen Parlaments zur Erzwingung dieser „Integration" zu unterstützen – vielleicht in Richtung der in der BRD erprobten allseitigen Einschnürung des Streikrechts?

In einem der erwähnten Interviews hat sich Hauenschild über das Programm, auf das er die Gewerkschaften verpflichten will, ausgelassen. *Die Welt:* „Sie sehen eine Energielücke kommen?" *Hauenschild:* „Damit muß man rechnen. Wenn es eine Lücke gibt, werden sich die privaten Verbraucher Einschränkungen gefallen lassen müssen. Ich halte das für so schlimm nicht, ich gehöre zur Kriegsgeneration." (Die Welt, 7./8.4.)



Gemeinsame Aktion von CGT und CFDT bei einem Streik der Postangestellten.

Unternehmen „Spaltung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung"

z.rua. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Portugal ist der höchste in Westeuropa. 80% aller Arbeiter und Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert. Sie sind jedoch in 492 Einzelorganisationen zersplittert. Insgesamt 1,8 Mio. Arbeiter und Angestellte in 223 Einzelorganisationen (80% aller Gewerkschaftsmitglieder) gehören dem Dachverband Intersindical an.

Die Zersplitterung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung ist Resultat der faschistischen Herrschaft, in der jeglicher Zusammenschluß verboten war. In der Illegalität konnten nur in Ansätzen gewerkschaftliche Kampforganisationen gebildet werden. Nach dem Sturz des Faschismus wurde die 1971 gegründete Intersindical legalisiert und als Gewerkschaftsdachverband aufgebaut. In ihr schlossen sich die in der Revolution geschaffenen Arbeiterkommissionen zusammen. Sie erkämpften, daß Streikrecht, Tarifautonomie und Kündigungsschutz in die Verfassung von 1975 aufgenommen wurden.

Die westeuropäischen Sozialdemokraten basteln unter Führung der SPD an einem „Marshall-Plan", mit dem Portugals Wirtschaft saniert und EG-reif gemacht werden soll. Voraussetzung hierfür ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Beseitigung ihrer erkämpften Rechte. Das geht nur, wenn die Gewerkschaftsbewegung weiter zersetzt wird. Die von der SPD in die Welt gesetzte Sozialistische Partei (PS) wurde mit dieser Aufgabe betraut. Daß die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften Einfluß erzielen, ist vor allem der revisionistischen PCP geschuldet, die die Führungsgremien der Intersindical besetzt hält. Im letzten Jahr hat sie zahlreiche Lohnkämpfe in die Niederlage geführt.

Die portugiesischen Sozialdemokraten greifen auf die Taktik der deutschen Sozialdemokratie zurück, die 1948 unter Schirmherrschaft der US-Imperialisten mit der Gründung des DGB die deutsche Gewerkschaftsbewegung gespalten hat. Sie propagieren gegen die Intersindical die Schaffung von „freien" Gewerkschaften, in denen die „Entfaltung der internen Demokratie gestärkt" werden solle. Unter Verweis auf die „allen gut bekannten ‚Freiheiten' in den Ländern des Ostens", die im Weltgewerkschaftsbund organisiert sind, an den sich die Intersindical anlehnt, wollen sie die Arbeiter vom Kampf um die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes abhalten.

Unter Schirmherrschaft des DGB wurde im Oktober 1978 die Allgemeine Arbeiterunion (UGT) unter Führung der PS gegründet. Ebenfalls beteiligt sind die sozialdemokratische PSD und die christlich-reaktionäre CDS. Nach eigenen Angaben sind in der UGT 49 Einzelorganisationen mit 450000 Mitgliedern, vorwiegend höhere Beamte und Bankangestellte, organisiert. Auf ihrem ersten Kongreß im Januar, an dem Vertreter des DGB teilnahmen, wurde als oberstes Ziel die Beschleunigung des Integrationsprozesses in die EG beschlossen. Ein Gesetzentwurf zur „Demokratisierung der Gewerkschaften" soll demnächst vorgelegt werden. Während die PS im Parlament scheinheilig die Lohnleitlinie von 18% ablehnte, rühmte der Generalsekretär der UGT, Couto, auf einer Pressekonferenz die maßgebliche Beteiligung der UGT an der Niederwerfung des Telefonarbeiterstreiks im Februar, deren Lohnforderung von 19% „gegenüber der aktuellen wirtschaftlichen Situation viel zu überhöht" sei.

---

rung der Dreierkonferenz über die Gemeinsame Agrarpolitik, um dort auf schrittweiser, aber neuer Grundlage sowohl das Programm der Verteidigung und Qualifizierung der Mittelmeerproduktion angesichts des Beitritts neuer Länder des Mittelmeerbeckens zum gemeinsamen Markt als auch das Problem der Grenzausgleichsbeträge, die die nationale Viehzucht vernichten, zu behandeln.

Verabschiedet von der Funktionärskonferenz in der EUR, Rom, 13./14.2.1978

Großbritannien: „Trades Union Congress Economic Review 1979"

Es gibt die eindeutige Gefahr, daß die Gemeinschaft in zwei Hälften zerfällt, die eine Hälfte mit den reicheren Mitgliedsstaaten und die andere mit den Ländern, deren Bruttosozialprodukt unter dem Durchschnitt liegt...
Im Moment hält die Gemeinschaft die Mitgliedsstaaten davon ab, auf nationaler Ebene Industrie- und Beschäftigungsprozesse einzurichten, weil dies die freie Konkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten störe und damit der EWG-Wettbewerbspolitik entgegenlaufe. Die Kommission ist sehr aktiv, solche Politik durchzusetzen, wenn sie der Ansicht ist, daß sie von den Mitgliedsstaaten gebrochen wird. Auf der Gemeinschaftsebene hat die EWG jedoch politische Maßnahmen ergriffen, die einen Sektor der europäischen Wirtschaft stark bezuschussen – die Landwirtschaft. Indem sie andere Bereiche vernachlässigt und Mitgliedsstaaten daran hindert, ihre eigene Industrie- und Beschäftigungspolitik zu verfolgen, bezuschußt die EWG effektiv die Arbeit, die in der Landwirtschaft beschäftigt ist, auf Kosten anderer Gruppen von Arbeitern.
(...)

Die Gemeinschaft sollte die Ausgaben für die Entwicklung in Übersee ausweiten. Es ist die Politik des TUC, einen substantiellen Transfer von Ressourcen in die Länder der Dritten Welt zu unterstützen. Solch ein Schritt könnte gleichfalls die Wirtschaften der Geberländer erheblich stimulieren, indem der Bedarf für ihre Produkte in den Entwicklungsländern erhöht wird. Dies hat deshalb den zweifachen Vorteil, beizutragen zu einer mehr gleichmäßigen Verteilung der Welt-Ressourcen und eine Erholung der Welt-Rezession zu stimulieren.

Herausgegeben vom TUC, Februar 1979

Hafenarbeiter kämpfen für neuen Manteltarif

r.obj. Zum 31.12.79 werden der Lohntarif, der Rahmentarif und die örtlichen Sonderbestimmungen, sowie der Eingruppierungsvertrag für die Seehafen-arbeiter gekündigt. Der Hauptvorstand der ÖTV und die Bundestarifkommission der Abteilung Seehäfen führen in der Woche nach Ostern in Westberlin eine Arbeitstagung durch, um Vorschläge für den neuen Rahmentarif zu erarbeiten, die dann in den Seehäfen erörtert werden sollen, vor der endgültigen Beschlußfassung. 50 Hafenarbeiter aus der Einteilungsstelle des Gesamthafenbetriebs Hamburg haben an ihre in Westberlin tagenden Funktionäre einen Brief geschrieben, in dem sie auffordern, folgende Vorschläge aufzunehmen: 1) *Für den Siebenstundentag an 5 Werktagen. Sofortige Abschaffung der Pflichtarbeit an den Sonnabenden.* 2) *6 Wochen Urlaub.* 3) *Verbot der dritten Schicht.* 4) *Senkung des Rentenalters auf 55.* 5) *Abschaffung der Lohngruppe 2.* Sie wollen diese Forderungen auch am 1. Mai auf der gewerkschaftlichen Demonstration erheben. Etwa 40 Kollegen der Stauerei Tiedemann haben einen ähnlichen Brief geschrieben. Dieser frühe Zusammenschluß und Kampf für die Einheit ist dringend nötig, weil die Kapitalisten nicht dran denken, diese Forderungen zu erfüllen, sondern sogar bestehende Tarife rückgängig machen wollen.

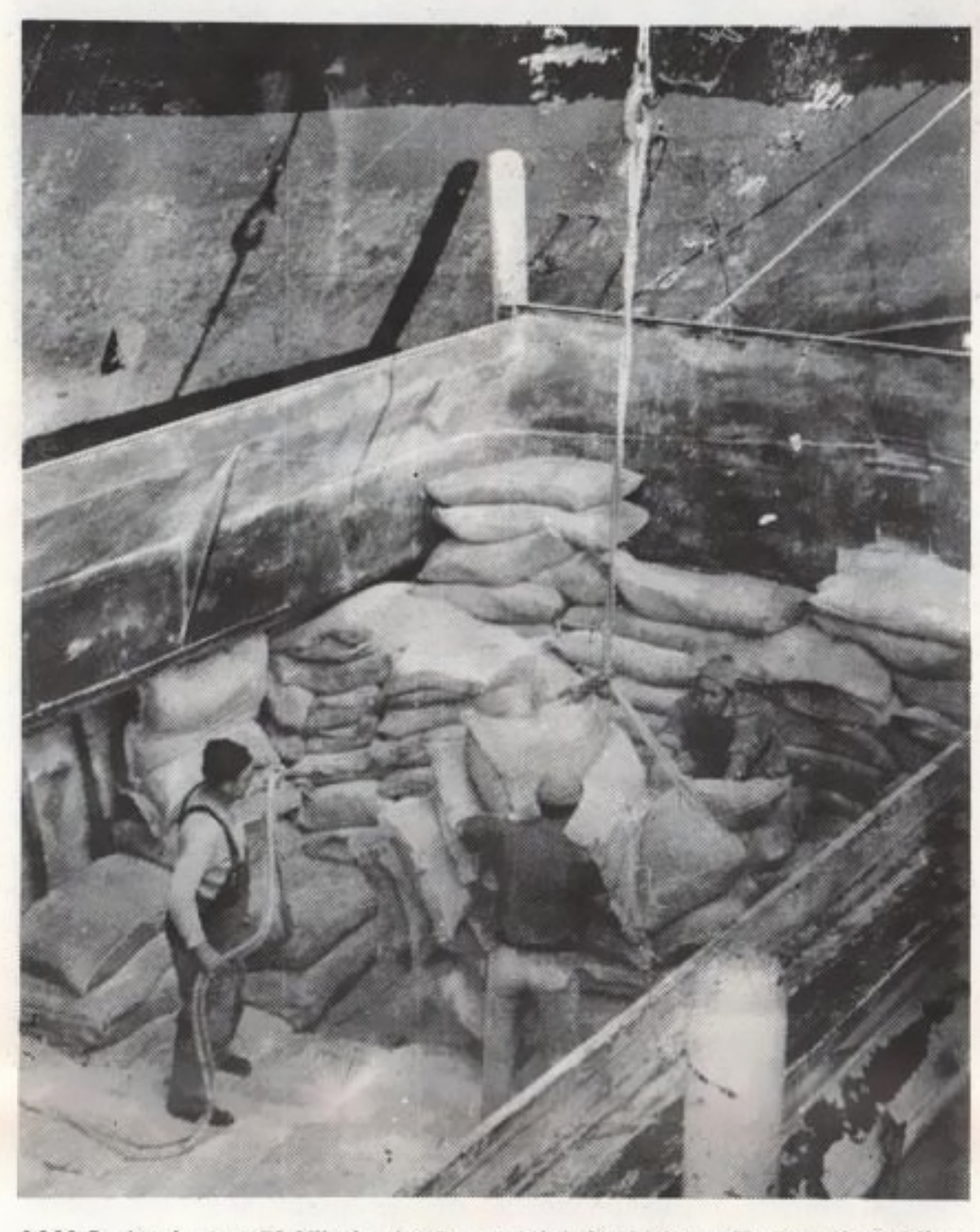
Im letzten vorliegenden Jahresbericht des Hafenschiffahrtsverbandes Hamburg e.V. (Stand 30.4.78) ist die Marschrichtung der Kapitalisten bereits deutlich vorgezeichnet. ,,Das im Hafen Hamburg geltende Schichtsystem wurde von der Hafenschiffahrt wiederholt als für ihre Betriebe ungeeignet abgelehnt... Das Gewerbe wird die Frage aufgreifen müssen und zum Gegenstand... von Verhandlungen mit der ÖTV machen. Ziel dieser Vereinbarung muß eine vom Schichtsystem der Landbetriebe unabhängige Arbeitszeitregelung sein."

Der Hafenschiffahrtsverband sagt es ganz offen: ,,daß die im Hafen als Frachtführer auftretenden Binnenschiffahrtsfirmen zu erheblich niedrigeren Personalkosten tätig werden können, da die vom Arbeitgeberverband für die deutsche Binnenschiffahrt mit der ÖTV vereinbarten tariflichen Bestimmungen günstiger sind als die tarifvertraglichen Regelungen, an die die Hafenschiffahrtsbetriebe gebunden sind." Also Lohnsenkung und Vernutzung der Arbeitskraft auf dem Niveau der Tarife für die Binnenschiffahrt ist das Ziel. Das würde für die in der Hafenschiffahrt tätigen Hafenarbeiter bedeuten, daß sie 12 bis 14 Stunden täglich zur Arbeit gezwungen werden können und daß die Mehrarbeit nicht in Schichten, sondern in Stunden berechnet wird. Bisher ist im Rahmentarif geregelt, daß nur bei ,,Schiff-Fertigmachen" drei Überstunden abgeleistet werden müssen. Die Verpflichtung zur Mehrarbeit nach der 2. Schicht ist im Hamburger Hafen bereits durch Sonderbestimmungen abgeschafft. Wenn die Hafenkapitalisten die Mehrarbeit nicht bis 18.00 Uhr abschließen können, sondern das Schiff erst bis 18.30 fertig wird, so muß der Schichtlohn für die ganze 2. Schicht bezahlt werden, obwohl bereits um 18.30 Uhr Feierabend ist. Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalisten demgegenüber von den Binnenschiffertarifen träumen, zumal die auch lohnmäßig etwa 200 bis 300 DM niedriger sind. Monatlicher Garantieverdienst laut Lohntabelle: Matrose: 1287 bis 1473 DM; Steuerleute mit Patent und 2. Maschinisten: 1648,80 bis 1707,40 DM.

Wie uns zu Ohren gekommen ist, droht nun der Hafenschiffahrtsverband mit seinem Austritt aus dem Unternehmensverband Hafen Hamburg und Übertritt zum Binnenschifferverband und damit mit Auflösen der tarifvertraglichen Regelungen für die Arbeiter nach Auslaufen der Verträge, wenn die ÖTV nicht folgender Arbeitszeitregelung zustimmt: ,,Die Arbeitszeit beträgt in der Woche 40 Stunden und verteilt sich auf Montag bis Freitag von 6.00 bis 16.00 und samstags 6.00 bis 14.00 Uhr je nach Arbeitsanfall." Ein größerer Hafenschiffahrtsbetrieb, Eckelmann, soll bereits zum 31.12.78 aus dem Hafenschiffahrtsverband ausgetreten sein.

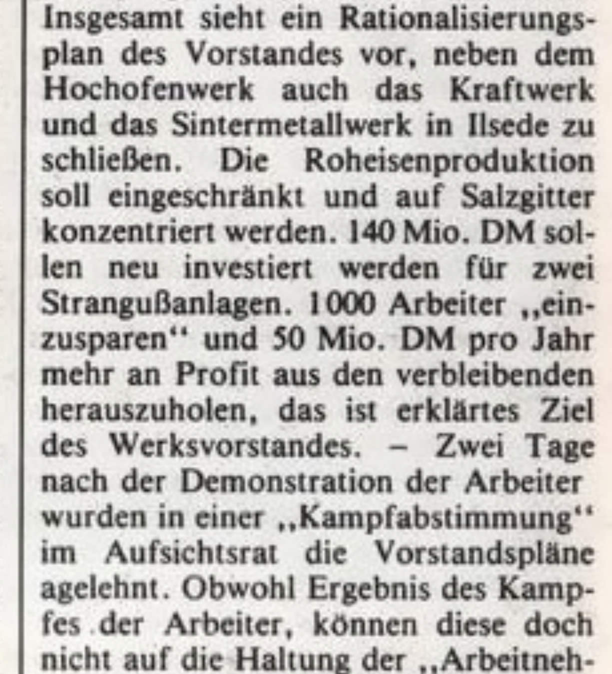
Es ist nicht zufällig, daß sich die Auseinandersetzung zuspitzt auf die Regelung der Arbeitszeit. Die Hafenarbeiter wollen der Vernutzung ihrer Arbeitskraft rund um die Uhr und auch am Wochenende Grenzen setzen, weil sie das bezahlen müssen mit weniger Lebensjahren. Die Kapitalisten bestehen auf der Ausnutzung ihrer Anlagen, Kräne, Containerbrücken, Schuten usw., weil sie auf den Höchstprofit aus sind. Ganz offenherzig ist hier auch der Hafenschiffahrtsverband in seinem letzten Jahresbericht gegen das Hamburger Garantielohnabkommen aufgetreten, das den Hafenarbeitern den Lohn der ersten Werktagsschicht garantiert an den Tagen, an denen ihm keine Arbeit zugeteilt werden kann. Es heißt dazu: ,,Dies bedeutet eine erhebliche Kostensteigerung für die Hafenwirtschaft, da infolge der starken Beschäftigungsschwankungen die Doppelschichten zwangsläufig anfallen und durch Freizeit abgegolten werden müssen. Eine Einschränkung der Abgeltungspraxis führt notwendigerweise zu höheren Lohnkosten, ohne Gegenleistung, wenn keine Beschäftigung vorliegt und mit Freizeit nicht mehr abgegolten werden darf." Dreist gehen die Kapitalisten vor, obwohl sie im Rückblick auf den Streik 1978 feststellen: ,,Das Streikende mußte von der Hafenwirtschaft teuer erkauft werden." Die Hafenkapitalisten können sicher sein, daß sie so billig das nächste Mal nicht davonkommen werden.

Sackgutumschlag im Hafen



2200 Sack mit etwa 70 Kilo ist das Pensum für die 4 Mann. Kraft und vor allem große Geschicklichkeit sind erforderlich. Das Mehl wird vom Kran aus der Schute geholt und in das dahinterliegende Seeschiff ,,gedreht". Schlechte Hieven schießen aus, das ist lebensgefährlich, weil man kaum ausweichen kann. Der Stropp für die nächste Hieve liegt schon in der Hand.

P&S: Kampf gegen Stillegung und Rationalisierung



r.erk. Am 4. April demonstrierten über 1000 Arbeiter des Stahlwerkes Peine und Salzgitter gegen die beabsichtigte Stillegung des Hochofenwerkes Ilsede. Insgesamt sieht ein Rationalisierungsplan des Vorstandes vor, neben dem Hochofenwerk auch das Kraftwerk und das Sintermetallwerk in Ilsede zu schließen. Die Roheisenproduktion soll eingeschränkt und auf Salzgitter konzentriert werden. 140 Mio. DM sollen neu investiert werden für zwei Stranggußanlagen. 1000 Arbeiter ,,einzusparen" und 50 Mio. DM pro Jahr mehr an Profit aus den verbleibenden herauszuholen, das ist erklärtes Ziel des Werksvorstandes. – Zwei Tage nach der Demonstration der Arbeiter wurden in einer ,,Kampfabstimmung" im Aufsichtsrat die Vorstandspläne agelehnt. Obwohl Ergebnis des Kampfes der Arbeiter, können diese doch nicht auf die Haltung der ,,Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat bauen. In Wirklichkeit war von prinzipieller Ablehnung der Rationalisierungspläne überhaupt nicht die Rede. Vielmehr haben ,,... die Arbeitnehmervertreter deutlich gemacht, daß Voraussetzung für eine Zustimmung zum Vorstandskonzept die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist". Also grundsätzlich Ja zur Rationalisierung, aber etwas Zeitgewinn, einige Versprechungen. Spaltung der Front gegen Rationalisierung und Stillegung ist der Hauptzweck des Manövers. Steuergelder für die ,,Erhaltung von Arbeitsplätzen" zu kassieren ein weiterer.

Remmers greift Einspruchsrecht der Personalräte an

r.woh. Mindestens verdoppeln will Remmers in diesem Jahr die Zahl der sog. Feuerwehrlehrer. Die Haushaltsmittel dazu hat er schon – 12 Mio. DM gegenüber 5,2 Mio. DM 1978. – ,,Im Jahre 1977 wurden von den 5,2 Mio. DM für dasselbe Ziel 4 Mio. DM nicht in Anspruch genommen" (Remmers), weil die Einstellung der sog. Feuerwehrlehrer der Zustimmung der Lehrerbezirkspersonalräte bedarf – die haben aber dieses Programm rigoros abgelehnt, entsprechend der Forderung der GEW nach Einstellung aller Lehrer auf vollen Planstellen. – Der jetzt Anfang Februar von Remmers vorgelegte Erlaß soll ,,vorrangig in den Gebieten zum Einsatz kommen, in denen der Unterrichtsausfall nicht durch Feuerwehrlehrer abgedeckt werden kann" (Remmers). Also überall dort, wo die Personalräte ablehnen. ,,Der Erlaß ist doch ein großer Fortschritt. Dem Einspruchsrecht der Personalräte kann ja jetzt viel wirkungsvoller begegnet werden" (Otto Gellers, Landtagsabgeordneter, CDU). Nach dem neuen Erlaß sollen die voll ausgebildeten Lehrer, auf 12 Monate befristet, mit einem BAT⅔-Vertrag eingestellt werden. Nur noch offiziell an einer bestimmten Schule eingestellt, unterstehen sie direkt den Bezirksregierungen, denen sie zum wechselnden Einsatz an beliebigen Schulen zur Verfügung stehen sollen. Da es sich jetzt nicht mehr um Neueinstellungen, sondern um Abbeordnungen handelt, hält Remmers das Einspruchsrecht der Personalräte nun für aus dem Weg geräumt. ,,Wenn wir dieses Programm nicht gemeinsam durchsetzen, heben wir uns einen Bruch", hat Remmers auf der Landtagssitzung am 15. Februar 1979 prophezeit. Den muß er bekommen.



2200 Sack mit etwa 70 Kilo ist das Pensum für die 4 Mann. Kraft und vor allem große Geschicklichkeit sind erforderlich. Das Mehl wird vom Kran aus der Schute geholt und in das dahinterliegende Seeschiff ,,gedreht". Schlechte Hieven schießen aus, das ist lebensgefährlich, weil man kaum ausweichen kann. Der Stropp für die nächste Hieve liegt schon in der Hand.

tarifvertraglichen Regelungen, an die die Hafenschiffahrtsbetriebe gebunden sind." Also Lohnsenkung und Vernutzung der Arbeitskraft auf dem Niveau der Tarife für die Binnenschiffahrt ist das Ziel. Das würde für die in der Hafenschiffahrt tätigen Hafenarbeiter bedeuten, daß sie 12 bis 14 Stunden täglich zur Arbeit gezwungen werden können und daß die Mehrarbeit nicht in Schichten, sondern in Stunden berechnet wird. Bisher ist im Rahmentarif geregelt, daß nur bei ,,Schiff-Fertigmachen" drei Überstunden abgeleistet werden müssen. Die Verpflichtung zur Mehrarbeit nach der 2. Schicht ist im Hamburger Hafen bereits durch Sonderbestimmungen abgeschafft. Wenn die Hafenkapitalisten die Mehrarbeit nicht bis 18.00 Uhr abschließen können, sondern das Schiff erst bis 18.30 fertig wird, so muß der Schichtlohn für die ganze 2. Schicht bezahlt werden, obwohl bereits um 18.30 Uhr Feierabend ist. Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalisten demgegenüber von den Binnenschiffertarifen träumen, zumal

auch der Hafenschiffahrtsverband in seinem letzten Jahresbericht gegen das Hamburger Garantielohnabkommen aufgetreten, das den Hafenarbeitern den Lohn der ersten Werktagsschicht garantiert an den Tagen, an denen ihm keine Arbeit zugeteilt werden kann. Es heißt dazu: ,,Dies bedeutet eine erhebliche Kostensteigerung für die Hafenwirtschaft, da infolge der starken Beschäftigungsschwankungen die Doppelschichten zwangsläufig anfallen und durch Freizeit abgegolten werden müssen. Eine Einschränkung der Abgeltungspraxis führt notwendigerweise zu höheren Lohnkosten, ohne Gegenleistung, wenn keine Beschäftigung vorliegt und mit Freizeit nicht mehr abgegolten werden darf." Dreist gehen die Kapitalisten vor, obwohl sie im Rückblick auf den Streik 1978 feststellen: ,,Das Streikende mußte von der Hafenwirtschaft teuer erkauft werden." Die Hafenkapitalisten können sicher sein, daß sie so billig das nächste Mal nicht davonkommen werden.

Remmers greift Einspruchsrecht der Personalräte an

r.woh. Mindestens verdoppeln will Remmers in diesem Jahr die Zahl der sog. Feuerwehrlehrer. Die Haushaltsmittel dazu hat er schon – 12 Mio. DM gegenüber 5,2 Mio. DM 1978. – ,,Im Jahre 1977 wurden von den 5,2 Mio. DM für dasselbe Ziel 4 Mio. DM nicht in Anspruch genommen" (Remmers), weil die Einstellung der sog. Feuerwehrlehrer der Zustimmung der Lehrerbezirkspersonalräte bedarf – die haben aber dieses Programm rigoros abgelehnt, entsprechend der Forderung der GEW nach Einstellung aller Lehrer auf vollen Planstellen. – Der jetzt Anfang Februar von Remmers vorgelegte Erlaß soll ,,vorrangig in den Gebieten zum Einsatz kommen, in denen der Unterrichtsausfall nicht durch Feuerwehrlehrer abgedeckt werden kann" (Remmers). Also überall dort, wo die Personalräte ablehnen. ,,Der Erlaß ist doch ein großer Fortschritt. Dem Einspruchsrecht der Personalräte

„Antisemitismus-Forschung"

r.müm. An der TU-Westberlin im Fachbereich 01 (Geschichte) soll ein Zentrum für Antisemitismus-Forschung aufgebaut werden. Der damalige TU-Präsident Berger und der Zionist Galinsky, Sprecher der jüdischen Gemeinde, wollten ein fachbereichsunabhängiges Zentralinstitut. Der akademische Senat legte jedoch Wert darauf, daß bei einem solchen Institut die ,,Einigkeit von Forschung und Lehre" gewahrt werden müsse, und daher müsse neben der Forschungskonzeption auch die Lehrkonzeption enthalten sein. In diesem Sinn ist dieses Projekt jetzt auch mit dem neuen TU-Präsidenten Starnick beschlossen. Prof. Rürup, bereits tätig am Fachbereich 01 soll dieses Projekt leiten. In seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen behauptet er, Antizionismus sei eine Form des Antisemitismus. Diese Behauptung wendet sich direkt gegen den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Zionismus und Imperialismus und gegen die Unterstützung der westdeutschen Arbeiterklasse. Das Antisemitismus-Institut soll diese Behauptung ,,wissenschaftlich" vertiefen.

Der Boykott muß als Kampf für Selbstverwaltung der Studentenwerke und Bezahlung durch den Staat geführt werden

r.drf. ,,Das Studentenwerk untersteht der Rechtsaufsicht des Ministers... Die Aufsicht erstreckt sich auch darauf, daß die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit beachtet werden" (§136 NHG). Das ist geschehen. Wissenschaftsminister Pestel hat im Juni 1978 für die Studenten an 16 niedersächsischen Hochschulen die Erhöhung der Studentenwerksbeiträge um durchschnittlich 8 auf 20 DM verordnet, bei gleichzeitiger Verringerung der ,,Leistungen" der Studentenwerke. An acht Hochschulen ist noch im Wintersemester der Boykott der erhöhten Beiträge organisiert worden, an fast allen ist er für das Sommersemester 1979 beschlossen. In Osnabrück waren die Beiträge bereits seit 1974 unter der Forderung nach Bezahlung der Studentenwerke durch den Staat verweigert worden. Inzwischen ist der Boykott, der den Willen der Studentenmassen ausdrückt, der Plünderei einen Riegel vorzuschieben, an fast allen Hochschulen für das Wintersemester abgebrochen worden. Es war nicht gelungen, die Zersplitterung der Boykottbewegung über die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften aufzuheben. In Kenntnis des von der Bourgeoisie gestrickten Systems der Abhängigkeit der Studentenmassen konnte Pestel drohen: keine Beiträge: keine Rückmeldung, kein BAFöG. An der Musikhochschule Hannover hat er sogar den *Eltern* der Studenten den Gerichtsvollzieher auf den Hals gehetzt und so die boykottierten Beiträge eintreiben können.

Das wollten Reformisten und Revisionisten den Studentenmassen natürlich nicht zumuten und haben allerorts zum Abbruch des Boykotts geblasen. Das ,,Prinzip", aus dem man gegen das NHG und die Beiträge sei, muß dagegen natürlich zurücktreten, und im nächsten Semester kann man ja von vorn... Dort, wo der Boykott nicht abgebrochen ist, wie in Göttingen, suchen sie die einheitlichen Aktionen zur Durchsetzung der Rückmeldungen herauszuschieben und zu verhindern. Als wenn nicht klar gewesen wäre, daß die Landesregierung alles tun würde, den Boykott zu unterdrücken.

Die Landeszuschüsse an die Studentenwerke sind seit 1974 *relativ* immer weiter zurückgegangen, der Anteil der Studentenwerke an der Deckung des ,,Defizits" hingegen von knapp 10% 1975 auf über 15% 1977 gestiegen. Allein das Studentenwerk Göttingen hat 1976/77 über 400000 DM an Landeszuschüssen ,,unverbraucht" zurückgeschoben. Weit über eine halbe Million sollen die Studentenmassen jetzt *mehr* bezahlen pro Semester. Unter seiner Kontrolle hat Pestel die Studentenwerke seit Verabschiedung des NHG. Finanziert werden sie noch nicht vollständig durch Plünderung der Studentenmassen. Erst dann aber sind die ,,Grundsätze der Wirtschaftlichkeit" in höchster Reinheit verwirklicht.

Alle möglichen Musterprozesse ist es den Reformisten wert gewesen, die politische Einheit der Studentenmassen für Selbstverwaltung der Studentenwerke und Bezahlung durch den Staat zu untergraben. In Göttingen z.B. gehen sie damit hausieren, Pestel habe sie nicht ,,gehört" vor der Erhöhung. Pestel hat sehr wohl ,,gehört", nur der AStA weigerte sich damals beharrlich, öffentlich gegen die Erhöhung Stellung zu nehmen.

Die KNS hat auf ihrer letzten Sitzung, der die Revisionisten gleich ferngeblieben sind, die Unterstützung von Boykottaktionen beschlossen. An verschiedenen Hochschulen wird der Boykott für das Sommersemester vorbereitet. In Braunschweig z.B. sind bisher von 220 Studenten die AStA-Beiträge selber eingesammelt worden, weit mehr haben sich in die Boykottlisten eingetragen. Die Studentenmassen drängen darauf, Bedingungen herzustellen, die die Fortsetzung des Boykotts sichern. Dazu gehört in erster Linie, daß die ASten ihn organisieren. Nur dann kann sich die Aktionseinheit der Studentenmassen auch tatsächlich gegen die Landesregierung durchsetzen. Mit Beschlüssen der Fachschaftsräte und der Instituts- und Basisgruppen müssen die ASten dazu genötigt werden.

Arbeitslose Hochschulabgänger brauchen Arbeitslosengeld

r.kab. Nach den letzten Untersuchungen des Landesarbeitsamtes Niedersachsen / Bremen waren im Untersuchungszeitraum September 1978 2844 Arbeitslose mit Hochschulausbildung gemeldet, davon 899 Absolventen (ohne bisherige Berufstätigkeit). Unter den Absolventen 425 Lehrer, 172 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und ein bis zwei Ingenieure. Diese Zahlen umfassen nur die arbeitslosen Hochschul- und Fachschulabgänger, die sich in der Hoffnung auf eine Stellenvermittlung oder mit dem Anspruch auf Arbeitslosenhilfe beim Arbeitsamt gemeldet haben – die Gesamtzahl der arbeitslosen Hochschulabgänger liegt wesentlich höher: Laut ,,Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (Nr. 2/78) wurden 1978 mehr als doppelt so viele Hochschulabgänger produziert wie von Industrie und Staatsapparat benötigt werden. Ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld und in der Regel auch ohne Anspruch auf Arbeitslosenhilfe melden sich die meisten erst gar nicht arbeitslos, sondern suchen gleich einen anderen Job.

Bildungsminister Schmude hat in seinen ,,Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" im Juni 1978 die Richtung angegeben: ,,Ein erheblicher Teil der Absolventen wird... auch Beschäftigungen übernehmen, die... der ursprünglichen Ausrichtung der Erstausbildung nicht oder nicht voll entsprechen." Für arbeitslose Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler führt das Arbeitsamt in Bremen und Hannover zur Zeit ein- bis sechsmonatige Fortbildungsmaßnahmen durch (Kurse in Steuerrecht und EDV-Lehrgänge). Wer diese Fortbildungsmaßnahme beantragen will, muß vorher mindestens sechs Monate arbeitslos gemeldet sein. Die Erwartung ist, nach der Fortbildungsmaßnahme nicht mehr als Hochschulabgänger mit Gehaltsstufe BAT IIa, sondern als Programmierer mit Gehaltsstufe BAT IVa oder Va für 400 bis 800 DM weniger vermittelt zu werden. Kein Wunder, daß einige der Kurse erst gar nicht zustande gekommen sind.

Um dieser planmäßigen Lohnsenkung Schranken zu setzen, ist die Durchsetzung der Forderung nach Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Hochschulabgänger dringend.

„Von jeder Mark bleiben 78 Pf"

Frech gelogen, um den Kampf gegen die Steuerausplünderung zu spalten

Mit unten abgebildetem Schaubild überraschte die GP (Zeitung der IG-Chemie-Papier Keramik) ihre Leser just zu dem Zeitpunkt, als der 4,3 %-Abschluß unter Dach und Fach war. 78 ganze Deutsche Pfennig sollen von jeder „zusätzlich verdienten Mark bleiben". Der Leser ist geneigt, die Redakteure für Spinner zu halten, denn die Erfahrung der Arbeiter ist doch eine ganz andere: Es steigt die Progression



Die Steuererleichterungen 1978 und 1979 schlagen sich spürbar in den Portemonnaies der Arbeitnehmer nieder. Von jeder zusätzlich verdienten Mark bleiben in diesem Jahr nach Abzug aller Abgaben 78 Pfennig übrig. 1978 ließen Steuer und Sozialversicherung den Arbeitnehmern sogar 82 Pfennig von jeder Mark Lohnerhöhung. Dabei handelt es sich allerdings um eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsrechnung. Die persönliche „Bilanz" kann von diesem Durchschnittswert abweichen.

bei jeder verdienten Mark und es bleibt immer weniger.

Die Sozialdemokraten der IG-Chemie-Führung sind jedoch keine Spinner, hinter ihrer Rechnung steht eine handfeste Absicht. Es ist die Handschrift der sozialdemokratischen Bundesregierung, die mit der Steuerreform zu Anfang des Jahres ein gezieltes Manöver gegen den Lohnkampf initiierte. Sie dämpfte die Steuerplünderung etwas ab: Für die Masse der Arbeiter um ganze 7 Mark im Monat und für einige in der Steuerklasse III um 15 DM und einige Abteilungen der Lohnabhängigen (Ledige, dieüber 2100 DM verdienen) um 30 bis 40 DM. Die Antreiber ab 3500 DM schmierte sie gleich mit einem Hunderter gut ab. Das Manöver war gegen den einheitlich geführten Lohnkampf unter Festgeldforderungen gerichtet. Was an Reformertrag herauskam, soll durch die Mehrwertsteuererhöhung ohnehin wieder reingeholt werden. Deshalb sind jetzt nach den Lohnraubabschlüssen neue Manöver nötig. Die Steuerprogression sei doch wieder erheblich gemindert worden. Und schon gar nicht sei ein Kampf gegen die Steuerausplünderung nötig. Die Tabelle „beweist" das doch schlüssig oder nicht? Wenn 78 Pfg. von jeder Mark übrig bleiben, wer will sich da noch beschweren? Forderungen nach Erhöhung des Grundfreibetrages, wie sie immer häufiger aufgestellt werden, seien doch wirklich nicht nötig. Spricht diese Absicht nicht eindeutig aus der Tabelle?

Die Abgefeimtheit dieser Sorte Beweisführung sticht nicht gleich ins Auge. Wir haben's nachgerechnet und in unten abgedruckter Tabelle dargestellt.

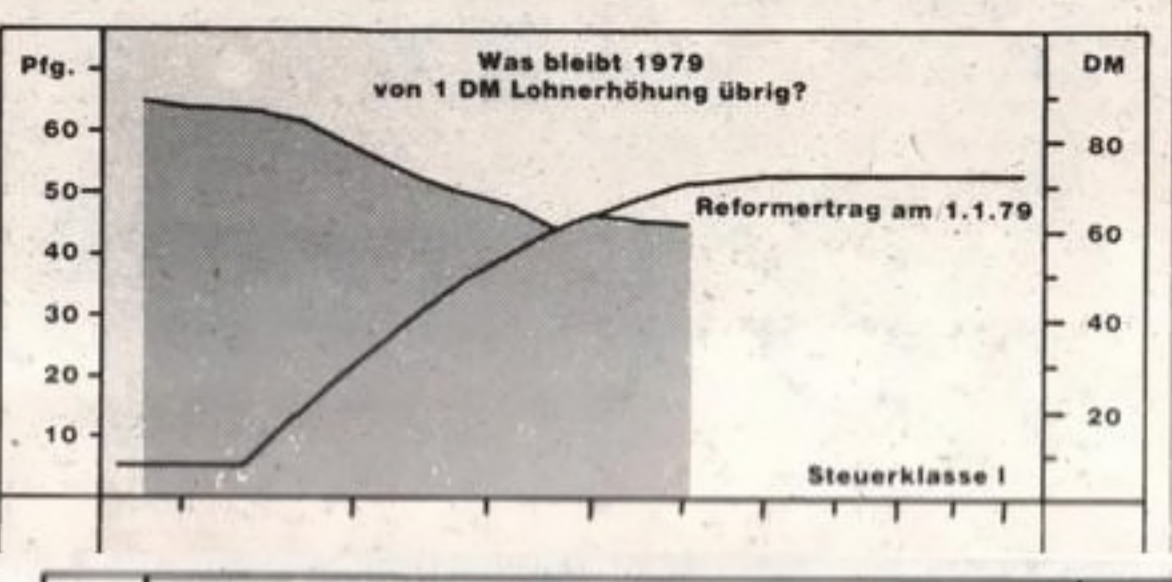
Von jeder DM Lohnerhöhung der Chemietarife bleiben den Arbeitern und Angestellten je nach Steuerklasse zwischen 64 Pfg. und 42 Pfg.. Kommt man über die Beitragsbemessungsgrenze bei Krankenkassen (3000 DM) und bei der Rentenversicherung (4000 DM) hinaus, so steigen die Beträge wieder auf 68 Pfg. und mehr.

Liegt man unterhalb dieser Bemessungsgrenze, gilt auf jeden Fall: Von jeder Mark wird abgezogen:
Rentenversicherung: 9 %
Krankenversicherung: 6,35 %
Arbeitslosenversicherung: 1,5 %
unddazu mindestens in der Proportionalzone: 22 % Lohnsteuer. Das macht 38,85 %, die von jeder Mark abgezogen werden, also bleiben 61 Pf übrig.

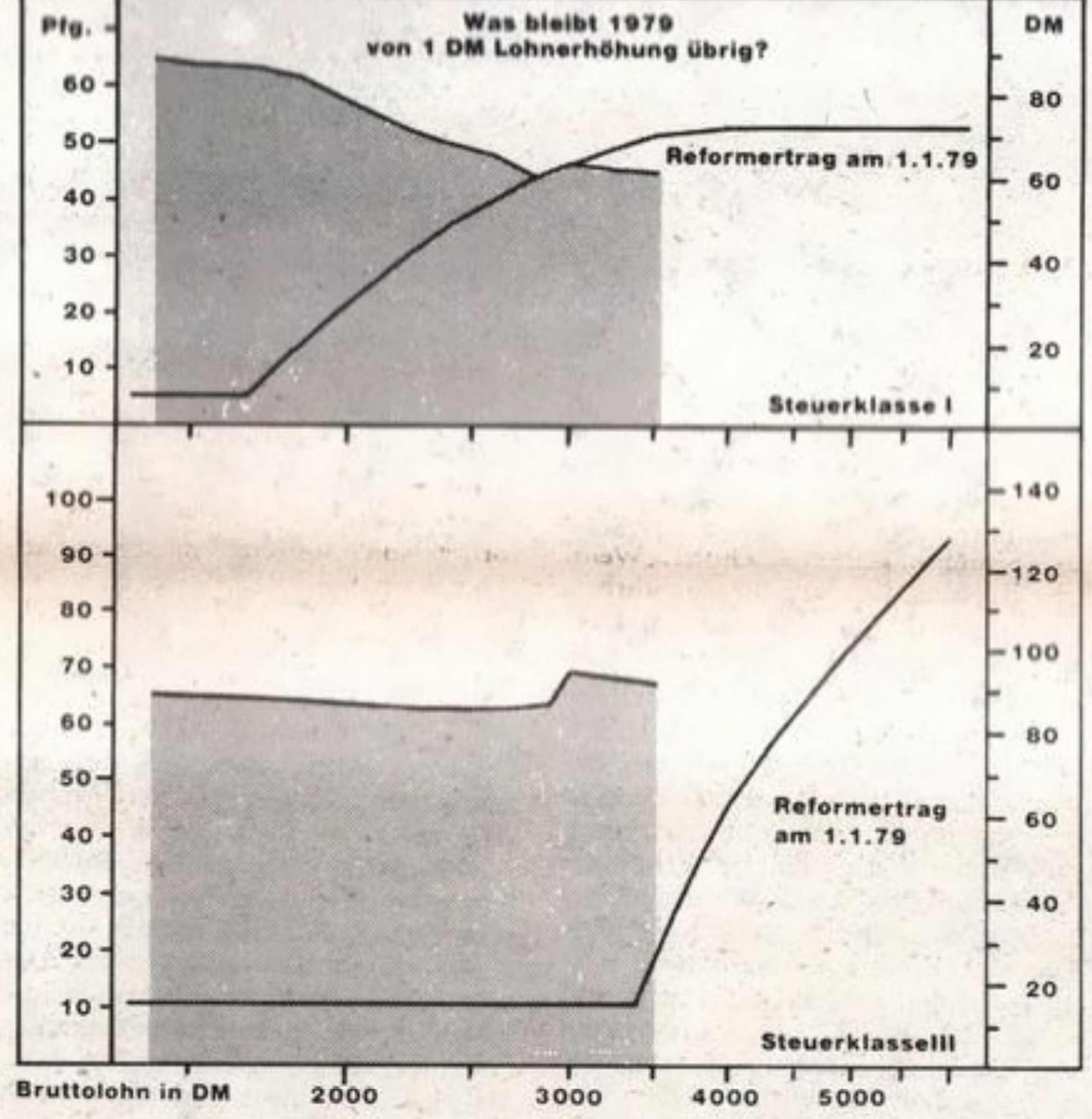
Die 64 Pf in unserem Schaubild ergeben sich durch verschiedene Freibeträge, die in die Lohnsteuerjahrestabelle eingearbeitet sind.

Aber mehr als 64 PF kann nun wirklich niemand von jeder „zusätzlich verdienten DM" übrigbehalten. Eher eben weniger, wie das Schaubild zeigt.

Wie aber kommen die 78 Pf zustande? Die Redakteure der GP zählen zu den Pfennigen, die von jeder Mark übrigbleiben, einfach den Reformertrag vom Anfang des Jahres dazu (in der Tabelle eingetragen) und kommen so zu der Rechnung, daß bei einer Lohn-erhöhung von 4,3 % 78 Pf übrigbleiben müßten. Im Durchschnitt wohlgemerkt. Ein schäbiger Hinweis zum Schluß, daß der Arbeiter in die Irre führen soll. Weil es doch jeder gleich merkt, daß er offensichtlich unter diesen 78 Pf liegt. Die Arbeiter von HAW haben auf der Mitgliederversammlung der IG-Chemie zum 1. Mai die Forderung aufgestellt: Weg mit der Mehrwertsteuererhöhung! Erhöhung des Grundfreibetrages von 2000 DM im Monat und 1500 DM steuerfrei im Monat. Am 1. Mai werden diese Forderungen auf der Demonstration erhoben.



in den Portemonnaies der Arbeitnehmer nieder. Von jeder zusätzlich verdienten Mark bleiben in diesem Jahr nach Abzug aller Abgaben 78 Pfennig übrig. 1978 ließen Steuer und Sozialversicherung den Arbeitnehmern sogar 82 Pfennig von jeder Mark Lohnerhöhung. Dabei handelt es sich allerdings um eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsrechnung. Die persönliche „Bilanz" kann von diesem Durchschnittswert abweichen.



Auf der Tabelle ist aufgetragen, wieviel Pfennig von jeder DM Lohnerhöhung den Chemiearbeitern bei den Hamburger Aluminiumwerken bleibt. Die Lohnerhöhung bei den Chemiearbeitern beträgt 4,3%. In der Lohngruppe II sind das 69,20 DM brutto und in der Lohngruppe IV 72,60 DM. Von jeder DM Lohnerhöhung bleiben den Arbeitern zwischen 42 und 65 Pfennig. Über der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung steigt dieser Betrag auf über 70 Pfg. Das ist nicht mehr aufgetragen. Zu dieser Summe haben die Sozialdemokraten einfach den Reformertrag der neuen Steuergesetzgebung vom 1.1.79 zugezählt und sind dann bei einer Lohnerhöhung von 4,3% zu den 78 Pfg, die im Durchschnitt von jeder DM bleiben sollen, gekommen.

Vertrauensleutewahlen bei NRI: Zusammenschluß für Beseitigung der unteren Lohngruppen

b.mis.Stade. Die Metallarbeiter führen zur Zeit Vertrauensleutewahlen durch. Notwendig ist es den Zusammenschluß der Belegschaften gegen die Kapitalisten zu stärken, jetzt schon die Reihen zu schließen, um in den nächsten Tarifauseinandersetzungen den Kapitalisten eine Niederlage zu bereiten.

Bei National Rejector Inc. (NRI) in Buxtehude wurde von der Belegschaft der Kapitalist zur Anerkennung der Tarifverträge gezwungen. Seit Januar gelten die Tarife Mit Einführung der Tarife haben die NRI-Kapitalisten beständig versucht, die tiefe Spaltung der Belegschaft und die starke Belegung unterer Lohngruppen aufrechtzuerhalten. Große Teile der Belegschaft sollten in LG 2 und 3 eingestuft werden. Der Betriebsrat hat abgelehnt, und ein Programmpunkt der Vertrauensleute ist es, für die völlige Streichung der unteren Lohngruppen einzutreten und die Belegschaft dafür zusammenzuschließen. Der Metalltarif läßt den Spaltungsbemühungen der Kapitalisten Raum: auf den Grundlohn werden im Lohngruppendurchschnitt 16% Leistung tariflich abgesichert. Wer kriegt wieviel Prozente, wer nicht; ein weites Feld der Spaltung. Dagegen ist es schon ein Fortschritt, wenn erkämpft wird, daß diese Leistungszulage dann auch jeder gleich bekommt, wie es die Vertrauensleute fordern. Dies bedeutet Stärkung der Belegschaft für den nächsten Tarifkampf. Die Vertrauensleute haben beschlossen, die Forderungen nach Streichung der unteren Lohngruppen und Festgeld auf einem Transparent bei der Maikundgebung des DGB in Stade zu erheben.

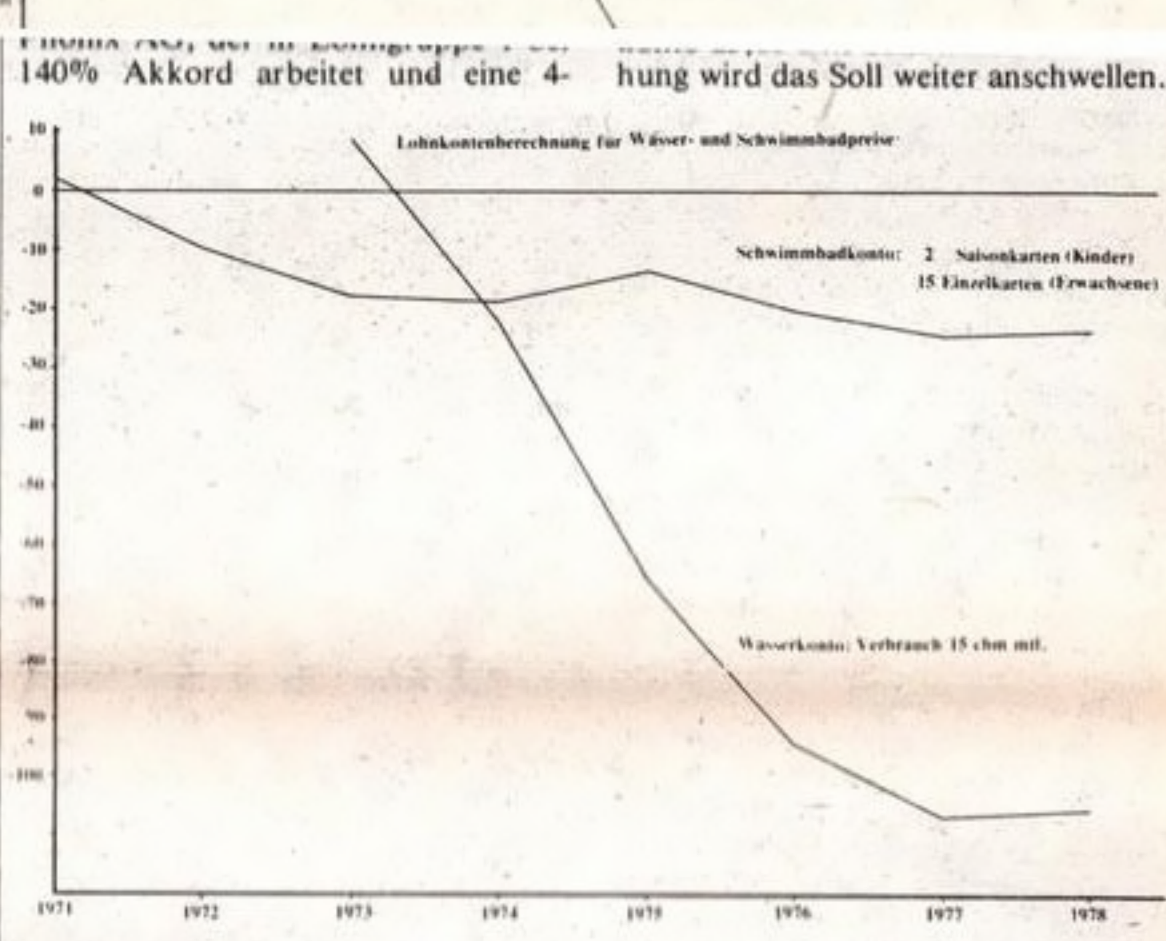
Wasser- und Schwimmbadpreiserhöhung: Lohnkontenplünderung durch den Senat

b.are.Hamburg. Der Hamburger Senat hat die Erhöhung der Wasser- und Schwimmbadpreise beschlossen. Er rühmt sich damit, daß er dreieinhalb Jahre auf Schröpfung der Massen verzichtet habe. Mit einem „Serviceangebot" soll die Erhöhung der Preise den Massen schmackhaft gemacht werden.

Am Beispiel eines Arbeiters bei der Phönix AG, der in Lohngruppe 1 bei 140% Akkord arbeitet und eine 4-köpfige Familie versorgen muß, haben wir eine Lohnkontenberechnung durchgeführt. Wir nehmen an, daß die Familie jeden Monat (ab 1971 bzw. 1973) einen bestimmten Prozentanteil des Lohnes für Wasser und Schwimmen (bezogen auf die Saison) zurücklegt und ein Konto bildet. Auf dem Wasserkonto wären Ende 1978 105,32 DM Soll und auf dem Schwimmbadkonto 23,60 DM Soll. Durch die Erhöhung wird das Soll weiter anschwellen.



140% Akkord arbeitet und eine 4- hung wird das Soll weiter anschwellen.



6000 DM Strafe für Flugblätter der Studenten zum 1.Mai und Hafenarbeiterstreik

b.ana. Nachdem der AStA der Universität im Januar dieses Jahres 40000 DM hat bezahlen müssen, wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats, sind in der vergangenen Woche erneut Urteile „rechtskräftig" geworden. Weitere 10000 DM raubt der bürgerliche Staat von den Geldern der Studentenmasssen, davon 2000 DM für einen Aufruf des AStA von April 1977, am 1.Mai zu demonstrieren und 4000 DM für 2 Flugblätter, die die Studenten über den Hafenarbeiterstreik 1977 unterrichten. Seit Jahren verlangt die Studentenbewegung die Anerkennung der Organe der Verfaßten Studentenschaft und ihr Recht, sich zu allen Belangen zu äußern, um dieses Recht zu nutzen, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Die heftigen Angriffe des bürgerlichen Staates richten sich genau dagegen.

Die Zermürbungstaktik des Hamburger Senats gegen den Juso/DKP-AStA zeigt bereits Wirkung. Der AStA hat dem zuständigen Senator Sinn versichert, sich künftig an „die gesetzlichen Bestimmungen" zu halten. Beschlußfassung an der Universität, am 1.Mai zu demonstrieren und ein Brief von den Hafenarbeitern werden auch dem AStA den Rücken stärken.

Veranstaltungskalender
Bezirk Flensburg Westküste

Mittwoch, 18. April

Redaktion für die Kasernenausgabe. Herausgegeben von der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, 19 Uhr im Büro des KBW.

Samstag, 21. April

Probe: Sprechgesang „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten". Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, 18 Uhr im Büro des KBW.

Bezirk Kiel-Holstein

Mittwoch, 18. April

Verfahren gegen Manfred Lohnstein wegen übler Nachrede gegenüber dem Kreis Pinneberg. Elmshorn, Amtsgericht Raum 16. 10 Uhr.

Donnerstag, 19. April

Verfahren gegen Brigitte Balzer wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher. Kiel, Amtsgericht Raum 106. 8 Uhr.

Verfahren gegen Joachim Grässner wegen Verleumdung Ehrenbergs. Kiel, Amtsgericht, Raum 112. 9 Uhr.

Öffentliche Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und auch nicht anderswo" Die Bourgeoisie betreibt planmäßig die Ruinierung der Bauern. Das zwingt sie zum kompromißlosen Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung. Kiel, Gaststätte „Ellerbeker Kegelbahnen", Ostring. 20 Uhr.

Montag, 23. April

Wahlsendung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Fernsehregionalprogramm NDR/Radio Bremen. 19.45 Uhr

Bezirk Hamburg-Unterelbe

Mittwoch, 18. April

Probe des Spielmannszuges. Einübung des Sprechgesangs: „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten." Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6. 19.00 Uhr.

Donnerstag, 19. April

Mitgliederversammlung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten. Thema: „Die beiden Supermächte verschärfen ihre Rivalität um den Iran. Entwicklung des Kapitalismus. ‚Weiße Revolution'. Der US-Imperialismus klammert, die SU möchte einsickern." Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6. 19.30 Uhr.

Freitag, 20. April

Bauerntag – Afghanisches Neujahrsfest. Mit Liedern, afghanischem Tanz, Spezialitäten und Theaterstücken. „Nieder mit dem sozialfaschistischen Taraki-Regime, Handlanger des Sozialimperialismus." Studentenwohnheim Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str. 16. 19.30 Uhr.

Sonntag, 22. April

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai

Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. Die Einheit der Arbeiterklasse mit der industriellen Reservearmee. Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten! 10.00 Uhr
Flensburg, Hotel Fruerlund
Schleswig, Hotel Matthiesen, Friedrichstraße
Husum, Bahnhofsgaststätte
Es spricht: Dirk Steenken, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW
Heide, Grund- und Hauptschule
Es spricht: Susanne Lambrecht, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW
Kiel, Gaststätte Kleinkes Eck, Elisabethstraße. Es spricht Christel Cerny, Bezirksleitung Holstein, Kandidat des KBW für den Wahlkreis 14.
Rendsburg, Gaststätte „Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg
Es spricht: Ilse Pape, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW
Neumünster, Hotel „Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße
Es spricht: Maria Behrend, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW
Segeberg, Gaststätte „Zur Bergenhalle", Oldesloher Straße
Es spricht: Oltmann Schröder, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Bezirksleitung Holstein, Kandidat des KBW für den Wahlkreis 13
Preetz, Gaststätte „Schützenhof"
Es spricht: Stephan Kammann, Mitglied der Bezirksleitung Holstein des KBW, Kandidat für den Wahlkreis 24
Lübeck, Gaststätte „Mozartstuben", Ziegelstraße
Es spricht: Helga Rosenbaum, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW
Eutin, Gaststätte „Zur Bergquelle", Langer Königberg 4
Es spricht: Karl Qualmann, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW, Kandidat für den Wahlkreis 37
Ahrensburg Gaststätte„Zum Birkenhof", Stormarnstraße 13
Es spricht: Dirk Meier, Mitglied der Bezirksleitung Holstein des KBW, Kandidat für den Wahlkreis 32
Itzehoe, Gaststätte „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg 55
Elmshorn, Gaststätte „Birkenhof" Hainholz, Plinkstraße
Es spricht: Ulrich Weigelt, Mitglied der Bezirksleitung Holstein des KBW, Kandidat für den Wahlkreis 25
Hamburg, 10.00 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus.
Harburg, 10.00 Uhr, Zur Goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43.
Bergedorf, 10.00 Uhr, Pilzstube, Berliner Landstr. 13.
Stade, 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße
Lüneburg, 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor
Uelzen, 10.00 Uhr, An den zehn Eichen, Hauenriede.

Gemeinsame Vorankündigungen

Reihe des KBW zum 1. Mai

4. Die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Einheitsschule unter Volkskontrolle! 29. April, 10.00 Uhr. An den genannten Orten.

5. Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution. 1. Mai, 19.30 Uhr

b.ulh.Hamburg. **Beschlüsse zur Vorbereitung des 1.Mai.** Der Schülerrat der G16 ruft zur 1.Mai-Demonstration des DGB auf. Als Transparente wurden beschlossen: Ausbildung raus aus Unternehmerhand – Einheitliche Ausbildung bis mindestens zum 18.Lebensjahr! Ein Bildtransparent, das Grolle als Handpuppe der Kapitalisten darstellt. Hamburger Berufsschüler gegen Kurssystem und Stufenausbildung: Streikrecht für Schüler und Lehrlinge! – Kollegen von AEG N4 beschlossen, unter Festgeldforderungen und 35Stunden-Woche zum 1.Mai zu mobilisieren. In einem Vorschlag, dem schon mehrer Kollegen zugestimmt haben, wird dazu gefordert: Festgeld und zwar 8% mindestens 170 bis 180 DM; keine Mehrwertsteuererhöhung, 1500 DM Grundsteuerfreibetrag; 35Stundenwoche. – Der KJA Hamburg mußte neben sozialdemokratischen Forderungen aufstellen: 60% vom Facharbeiterlohn, das braucht ein Lehrling schon. 35 Stunden sind genug geschunden, 7 Stunden wollen wir, darum sind wir heute hier. Wir kämpfen viele Runden, für 35 Stunden. Weg mit dem Kurssystem. Als zentrales Transparent der DGB-Jugend wurde beschlossen: 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich – sofort! – Die GEW-Betriebsgruppe des Hauptseminars Klein am Studienseminar Hamburg hat beschlossen, ein Transparent mit den Forderungen: Einstellung aller Lehrer und 40-Stundenwoche für Lehrer auf der 1.Mai-Demonstration mitzutragen. – Die GEW-Betriebsgruppe Corvey-Gymnasium hat beschlossen, zum 1.Mai aktionsmäßig die Arbeitsbelastung der Lehrer zu untersuchen und unter dem Transparent „für 40Stundenwoche auch für Lehrer" an der 1.Mai-Demonstration teilzunehmen. – Die Vertrauensleuteversammlung der GEW hat u.a. folgende Forderungen zum 1.Mai beschlossen: Für das politische Mandat der ASten. Keine Einschränkung der Rechte der Arbeitslosen durch AFG. Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer. – Die Mitgliederversammlung der Wohnungswirtschaft in Hamburg beschloß zum 1.Mai die Forderung 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 6 Wochen Urlaub für alle auf Transparenten mitzutragen. – Der Kreisjugendausschuß des DGB ruft am 1.Mai die Frauen unter folgenden Losungen auf: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Weg mit den unteren Leichtlohngruppen. – Die Jugendgruppe der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten fordert: 35Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Der Jugendarbeitskreis der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat beschlossen : Keine Politikzensuren in den Zwischen- und Gesellenprüfungen – Weg mit den Politikzensuren.

men. – Die Vertrauensleuteversammlung der GEW hat u.a. folgende Forderungen zum 1.Mai beschlossen: Für das politische Mandat der ASten. Keine Einschränkung der Rechte der Arbeitslosen durch AFG. Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer. – Die Mitgliederversammlung der Wohnungswirtschaft in Hamburg beschloß zum 1.Mai die Forderung 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 6 Wochen Urlaub für alle auf Transparenten mitzutragen. – Der Kreisjugendausschuß des DGB ruft am 1.Mai die Frauen unter folgenden Losungen auf: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Weg mit den unteren Leichtlohngruppen. – Die Jugendgruppe der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten fordert: 35Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Der Jugendarbeitskreis der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat beschlossen : Keine Politikzensuren in den Zwischen- und Gesellenprüfungen – Weg mit den Politikzensuren.

b.klw.Flensburg. **Die Stornokapitalisten wollen durch Aufhebung der Akkordarbeit den Lohn senken.** Der Akkordlohn soll auf Zeitlohn umgestellt werden. Offiziell hat die Geschäftsleitung noch nichts verlautbart und läßt die Belegschaft im Ungewissen. In Kürze soll in der Spulenabteilung mit der Umstellung begonnen werden. Die Arbeiterinnen, die im Einzelakkord arbeiten, befürchten hohe Lohneinbußen bei gleichbleibender Arbeitsleistung. Ist es bisher so, daß Arbeiterinnen, die durch große Kraftanstrengung hoch im Akkord liegen, bis zu 1600 DM netto bekommen – bei 200% Akkord mit Lohngruppe II gleich 7,04 DM –, so ist nun die Rede von einem festen Stundenlohn von 8,17 DM, was eine Lohneinbuße von bis zu 600 DM bedeuten würde. Ebenfalls wird von verschiedenen Eingruppierungen geredet.

b.uwh. Hamburg. **Am 10.April hat die Gewerkschaft HBV den neuen Gehaltstarif für Bankangestellte abgeschlossen.** Er sieht eine 4,5%ige Gehaltserhöhung vor, außerdem strukturelle Verbesserungen, z.B. Fortfall des 11.Berufsjahres in den ersten 3 Tarifgruppen, wodurch die Gehälter in den übrigen Berufsjahren um mehr als 4,5% steigen. Zusätzlich wurden mehr Urlaub, eine höhere Schichtzulage, verbesserter Kündigungsschutz für ältere Kollegen und eine Verkürzung der Arbeitszeit bei Arbeitsbereitschaft vereinbart. Die Auszubildenden erhalten zwischen 30 und 36 DM mehr. Besonders die ersten Berufsjahre der unteren Lohngruppen kommen mit der Erhöhung zwischen 63 und 76 DM brutto viel zu schlecht weg und müssen weiteren Lohnraub einstecken. Gemessen allerdings an dem, was die Bankkapitalisten zum Beginn der Tarifrunde vorhatten, ist dieser Abschluß ein Erfolg des Kampfes der Angestellten. Bei der Deutschen Bank in Hamburg hatten die Kollegen des Rechenzentrums bereits am 30.3. einen Warnstreik durchgeführt. Am 10.4. dem nächsten Verhandlungstag wurde erneut gestreikt. Die 13 Uhr Schicht nahm die Arbeit erst gar nicht auf und verteilte stattdessen über 2000 Flugblätter auf der Straße. Ihre zusätzliche Forderung nach 50 DM Zulage für alle Schichtangestellten wurde auf der gleichzeitig stattfindenden Betriebsversammlung durch eine Resolution unterstützt. Wie sehr den Bankkapitalisten der Streik im Rechenzentrum, dem Herzstück der Bank in die Glieder gefahren ist, sieht man daran, daß sie diese Forderung ohne Abstrich akzeptierten, obgleich sie zunächst gar nicht im Forderungskatalog enthalten war. Die Beschäftigten der Wohnungswirtschaft eschlossen auf ihrer Mitgliederversammlung 7% mindestens 160DM. Für den 14.Mai ist eine erneute Versammlung angesetzt, wo die Durchsetzung der Forderungen beraten wird. Außerdem stehen die Verhandlungen zum Manteltarif an. Die Beschäftigten bestehen auf getrennten Verhandlungen – gegen den Willen der Kapitalisten – und fordern 6 Wochen Urlaub und Verbot der Überstunden.

b.std. Brunsbüttel. **Verschiedene Bürgerinitiativen und Parteien rufen auf zum 21.4. zur Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brunsbüttel.** Sie fordern die Stillegung des Kernkraftwerkes. Die Demonstration geht ursprünglich aus von verschiedenen Bürgerinitiativen, die die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes verhindern wollen. Der KB-Nord, der bekannterweise an den Wahlen in Schleswig-Holstein teilnehmen wollte, aber scheiterte, sprang auf, um diese Bewegung zu spalten. Er will jetzt eine deutliche Wahlempfehlung für die SPD abgeben. Das gleiche die KPD und die KPD/ML. Den politischen Gewinn dieser Demonstration verspricht sich daher auch die SPD, die sich durch die Jungsozialisten, Landesverband Schleswig-Holstein, und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Landesvorstand, in der Demonstration vertreten läßt. Der reaktionäre Charakter der Absichten ist für jedermann ersichtlich. Nicht wundern muß man sich, wenn auch noch Mathiessen teilnimmt, der sich in letzter Zeit für das Energieprogramm der Bundesregierung stark macht, bloß Kohleverflüssigung will statt Kernenergie. Diese Masche ist direkt bei Hitler abgeguckt. Daß ganze Manöver stinkt. Die Interessen der Arbeiter und Bauern werden sich so nicht durchsetzen.

gung zu spalten. Er will jetzt eine deutliche Wahlempfehlung für die SPD abgeben. Das gleiche die KPD und die KPD/ML. Den politischen Gewinn dieser Demonstration verspricht sich daher auch die SPD, die sich durch die Jungsozialisten, Landesverband Schleswig-Holstein, und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Landesvorstand, in der Demonstration vertreten läßt. Der reaktionäre Charakter der Absichten ist für jedermann ersichtlich. Nicht wundern muß man sich, wenn auch noch Mathiessen teilnimmt, der sich in letzter Zeit für das Energieprogramm der Bundesregierung stark macht, bloß Kohleverflüssigung will statt Kernenergie. Diese Masche ist direkt bei Hitler abgeguckt. Daß ganze Manöver stinkt. Die Interessen der Arbeiter und Bauern werden sich so nicht durchsetzen.

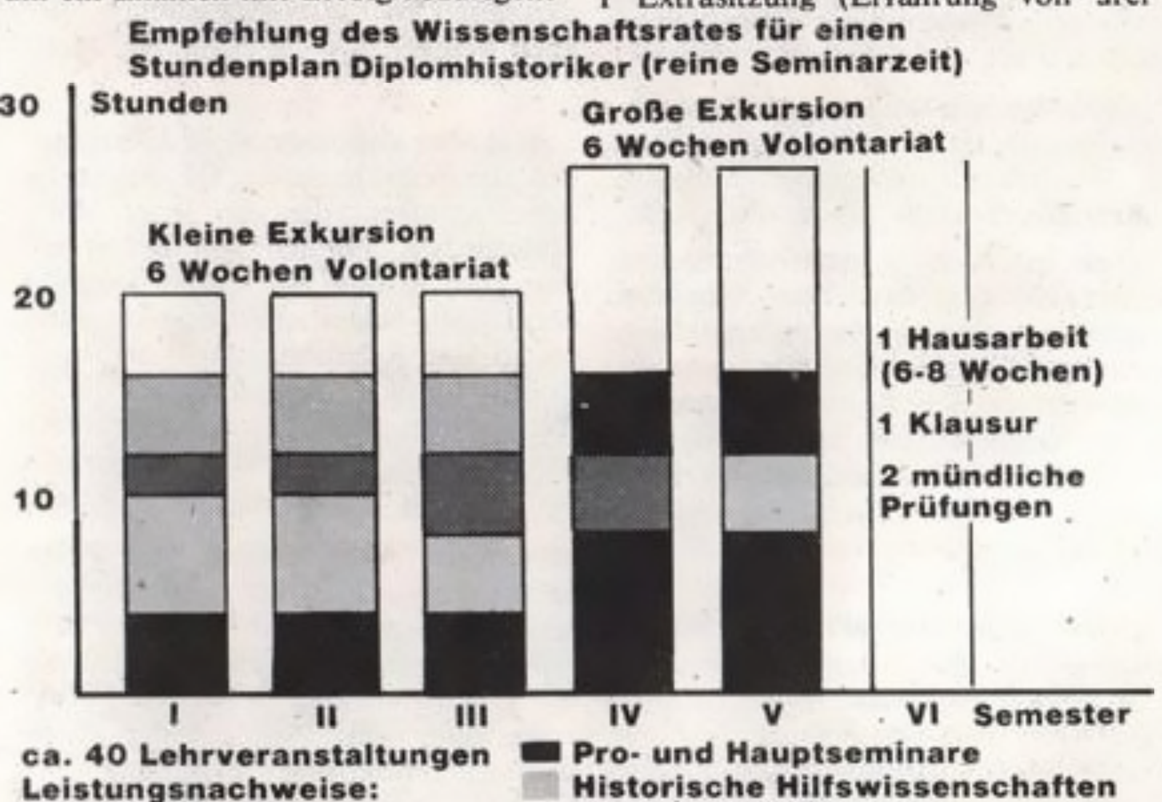
Hamburg, 9.4.79. DGB Jugend Hamburg fordert die sofortige Aufhebung aller Gefängnisstrafen, Haftbefehle und Schadensersatzforderungen. Der Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg fordert die sofortige Stillegung aller Kernkraftwerke anläßlich des Atomunfalls in Harrisburg/USA. Gleichzeitig wird gefordert in einer Presseerklärung, daß kein AKW Gegner wie HELMUT OLDEFEST u.a. ins Gefängnis müssen, weil ihre Aktionen gerecht waren. Die Aufhebung der Urteile und Haftbefehle, die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren und die Aufhebung der Schadensersatzforderungen wird von der Gewerkschaftsjugend gefordert.

b.stk. Neumünster. **Auf einer Betriebsversammlung bei VAW hat ein Vertreter der Berufsgenossenschaft einen Vortrag über die Ursache von Arbeitsunfällen gehalten.** Die Hauptursache sei menschliches Versagen und lasse sich den Kategorien „nicht wissen, nicht können, nicht wollen" zuordnen, wobei „nicht wollen" am häufigsten vorkomme. Die Schuld soll den Arbeitern zugeschoben werden, damit die Kapitalisten nicht zahlen brauchen. Seit über einem Jahr führt ein Kollege den Kampf, um die Anerkennung eines Unfalls als Arbeitsunfall.

b.san.Kiel **Am 10.April fand in Kiel ein landesweites Treffen von über 60 Krankenpflegeschülern aus 8 Krankenpflegeschulen zur geplanten Verschlechterung ihrer Ausbildung statt.** Dreh- und Angelpunkt ist die Anrechnung im Planstellenplan. Der von der Jugendvertretung der Universitätskliniken Kiel verabschiedete Fragebogen zur Erfassung, daß die Auszubildenden nur als billige Arbeitskräfte auf den Stationen eingesetzt werden, soll gemeinsam mit einem Briefvorschlag an das entsprechende Bundesministerium an alle Krankenpflegeschulen verschickt werden. Außerdem wurde eine Resolution verabschiedet, die zu gewerkschaftlichen 1.Mai-Demonstrationen in allen Kreisstädten Schleswig-Holsteins aufruft.

Semesterbeginn: 40-Stundenwoche – Bezahlung der Arbeitskraft!

b.ana. Gegen die maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit der Studenten durch neue Studien- und Prüfungsordnungen muß eine allgemein verbindliche Beschränkung der Arbeitszeit durchgesetzt werden, innerhalb derer die Studenten das Nötigste studieren können, um ein Examen mit Erfolg abzulegen.



Dieser Stundenplan erfaßt weder die Zeit für Arbeitsgruppen, noch die Vor- und Nachbereitungszeit, nicht die Zeit für die Scheine, also Referate etc. und auch nicht die Zeit, in der die Studenten, um studieren zu können, Geld beschaffen müssen durch Lohnarbeit.

Arbeitszeitberechnung für das Hauptseminar von Professor Grothusen „Europas Weg in den ersten Weltkrieg – die orientalische Frage":

11 Seminarsitzungen a 1,5 Stunden = 16,5 Stunden

1 Extrasitzung (Erfahrung von drei Hauptseminaren) = 1,5 Stunden

2 Bücher, die zu Beginn des Semesters gelesen sein sollen: Stadtmüller, Geschichte Südosteuropas, 530 Seiten = 26,5 Stunden; Kann, Geschichte der Habsburgmonarchie, 640 Seiten (engl.) = 64 Stunden; Lesezeit 20 Seiten pro Stunde/ bei englischer Lektüre 10 Seiten pro Stunde.

11 Seminarvor- und Nachbereitungen a 2 Stunden = 22 Stunden (das nur, wenn ein oder zwei Bücher zur Grundlage des Seminars gemacht werden)

2 Sprechstunden (davon 3 Stunden warten) = 4 Stunden

1 Thesenpapier a 2 Seiten (für die Vorbereitung einer Seminarsitzung), 4 Arbeitsgruppensitzungen a 2 Stunden = 8 Stunden; 300 Seiten Lektüre = 15 Stunden; formulieren und tippen = 12 Stunden

1 Hauptseminararbeit, Grothusen verlangt 20 Seiten, bibliographieren = 4 Stunden; Quellenlektüre 200 Seiten / Darstellungen 1000 Seiten = 60 Stunden; formulieren / tippen = 90 Stunden

Das macht 323,5 Stunden und bei 12 Wochen im Sommersemester = 26,9 Semesterwochenstunden. Entweder brechen die Studenten das Studium ab. Das ist auch beabsichtigt, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verschärfen und die Löhne zu senken. Oder, die Studenten verlängern das Studium, die Referate werden hinausgeschoben und in den Semesterferein gemacht. Das geht auf die Zeit, die zum Jobben vorgesehen war: Am Ende fehlt das Geld für die Winterschuhe oder die nötige Autoreparatur. Nur mit einer Steigerung ihrer gewerkschaftlichen Organisation werden sich die besitzlosen Studenten in den kommenden Auseinandersetzungen behaupten.

Lumoprint: Verschärfung der Arbeitshetze und die unteren Lohngruppen werden bekämpft

b.sul. Kaum ist die Kurzarbeit zu Ende, werden bei Lumoprint neue Arbeiterinnen eingestellt, weil ab Mai die Produktion am Band 1 von bisher 21 Stück auf 31 Geräte erhöht werden soll. Die Pelikan-Kapitalisten die das Werk Ende letzten Jahres übernommen haben, sind mit dem Fotokopierer auf dem Weltmarkt vorgerückt und sie haben noch einiges vor, bis „bei jedem Pelikan-Stempelkissen in der Welt auch ein Lumo-Kopierer steht" (Betriebsführung auf der letzten Betriebsversammlung). Deshalb will die Betriebsführung die Lohnstückkosten senken, zu „noch intensiverem Einsatz anspornen", d.h. für die Erhöhung der Produktion um 50% werden nur 30% mehr Arbeiterinnen eingestellt. Die Arbeitsvorbereitung hat das so ausgerechnet, aber das heißt nicht, daß

duktionszeiten für das Gerät ständig gesenkt worden. (siehe Grafik)

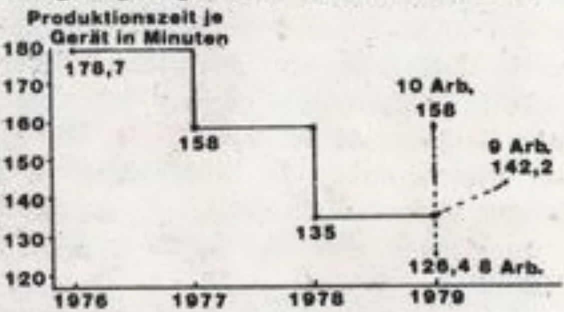
In der Grafik ist die ständig gestiegene Arbeitsintensität aufgezeichnet. Die tägliche Arbeitszeit von 475 Minuten wurde durch die Stückzahl geteilt, um die Taktzeit zu erhalten, die dann mit der Anzahl der Arbeiterinnen malgenommen wurde, um die Montagezeit je Gerät zu errechnen.

Für den Halleningenieur ist die Steigerung der Arbeitsintensität nur eine Frage der „Gewöhnung". Für die Arbeiterinnen bedeutet es weitere Ruinierung der Gesundheit. Schon jetzt haben praktisch alle ständig Rückenschmerzen. Gelenkentzündungen sind keine Seltenheit. Selbst nach 8 Stunden Schlaf vergeht die Müdigkeit nie. Das kommt auch von der Bandarbeit, die

DM (je Steuerklasse) verloren. Werden Urlaubstage genommen oder im Krankheitsfall tritt weiterer Verlust ein, weil der Durchschnitt der letzten drei Monate gerechnet wird, und der Kurzarbeitsmonat voll mitzählt. So wurde die Kündigung der Lohngruppenschlüssel begrüßt und damit die Möglichkeit, in dem Tarifkampf Festgeld oder wenigstens Mindestforderungen durchzusetzen und die unteren Lohngruppen vor dem Absinken in eine elende Lage zu schützen. Für die sofortige Streichung der Lohngruppe 2 und eigentlich auch der Lohngruppe 3 treten die Arbeiterinnen aber jetzt schon ein und haben den Betriebsrat aufgefordert, dies betrieblich zu regeln. Der Betriebsrat verhandelt schon über ein Jahr über die Anhebung des einen oder anderen Arbeitsplatzes.So

Lumoprint: Verschärfung der Arbeitshetze und die unteren Lohngruppen werden bekämpft

b.sul. Kaum ist die Kurzarbeit zu Ende, werden bei Lumoprint neue Arbeiterinnen eingestellt, weil ab Mai die Produktion am Band 1 von bisher 21 Stück auf 31 Geräte erhöht werden soll. Die Pelikan-Kapitalisten die das Werk Ende letzten Jahres übernommen haben, sind mit dem Fotokopierer auf dem Weltmarkt vorgerückt und sie haben noch einiges vor, bis „bei jedem Pelikan-Stempelkissen in der Welt auch ein Lumo-Kopierer steht" (Betriebsführung auf der letzten Betriebsversammlung). Deshalb will die Betriebsführung die Lohnstückkosten senken, zu „noch intensiverem Einsatz anspornen", d.h. für die Erhöhung der Produktion um 50% werden nur 30% mehr Arbeiterinnen eingestellt. Die Arbeitsvorbereitung hat das so ausgerechnet, aber das heißt nicht, daß
es so funktioniert. Die Arbeiterinnen am Band haben gegenüber dem Meister und dem Betriebsrat erklärt, daß sie damit nicht einverstanden sind. Der Betriebsrat jedenfalls hat Unterstützung zugesagt. Seit 1976 sind die Pro-



duktionszeiten für das Gerät ständig gesenkt worden. (siehe Grafik)

In der Grafik ist die ständig gestiegene Arbeitsintensität aufgezeichnet. Die tägliche Arbeitszeit von 475 Minuten wurde durch die Stückzahl geteilt, um die Taktzeit zu erhalten, die dann mit der Anzahl der Arbeiterinnen malgenommen wurde, um die Montagezeit je Gerät zu errechnen.

Für den Halleningenieur ist die Steigerung der Arbeitsintensität nur eine Frage der „Gewöhnung". Für die Arbeiterinnen bedeutet es weitere Ruinierung der Gesundheit. Schon jetzt haben praktisch alle ständig Rückenschmerzen. Gelenkentzündungen sind keine Seltenheit. Selbst nach 8 Stunden Schlaf vergeht die Müdigkeit nie. Das kommt auch von der Bandarbeit, die
immer die gleichen Handbewegungen abzwingt, und die völlige Ausschaltung des eigenen Willens und der eigenen Initiative verlangt. Diese Unterdrückung macht die Arbeit unmenschlich schwer. Die Kapitalisten nennen es aber „leichte" Arbeit und zahlen dafür die Lohngruppe 2, 8,33 bis 8,76 DM die Stunde. Auch damit sind die Arbeiterinnen am Band nicht mehr einverstanden. Die letzte Tariferhöhung von 4,3% haben sie auf dem Lohnzettel nicht bemerkt. Durch die Kurzarbeit ist Lohn von 200 bis 400

DM (je Steuerklasse) verloren. Werden Urlaubstage genommen oder im Krankheitsfall tritt weiterer Verlust ein, weil der Durchschnitt der letzten drei Monate gerechnet wird, und der Kurzarbeitsmonat voll mitzählt. So wurde die Kündigung der Lohngruppenschlüssel begrüßt und damit die Möglichkeit, in dem Tarifkampf Festgeld oder wenigstens Mindestforderungen durchzusetzen und die unteren Lohngruppen vor dem Absinken in eine elende Lage zu schützen. Für die sofortige Streichung der Lohngruppe 2 und eigentlich auch der Lohngruppe 3 treten die Arbeiterinnen aber jetzt schon ein und haben den Betriebsrat aufgefordert, dies betrieblich zu regeln. Der Betriebsrat verhandelt schon über ein Jahr über die Anhebung des einen oder anderen Arbeitsplatzes.So
wurden vor 3 Jahren die Einstufung der Arbeiterinnen in der Kontrolle von 2 auf Lg 3 angehoben. Das hat aber nur die Spaltung der Arbeiterinnen am Band zur Folge gehabt.

Solche Spaltungsmanöver sind gefährlich, weil sie die Einheit für die Vorbereitung des Lohnkampfes unter einheitlichen Forderungen erschweren. Damit die Belgschaft sie zurückschlagen kann und um sich einen Überblick zu verschaffen, verlangen die Arbeiterinnen vom Betriebsrat die Veröffentlichung der Lohnverteilung.

b.irm.Neumünster. **Zwangsweise Wegnahme des Kindes gleich nach der Geburt auf Antrag des Jugendamtes.** Die Dreistigkeit in der Bespitzelung und Unterdrückung des Jugendamtes Neumünster findet nur noch in der Dreistigkeit der Vormundschaftsrichterin eine Parallele, die offiziellen Kindesraub durch den bürgerlichen Staat anordnet. Nach den §§ 43 und 36 FGG (Gesetz über die Freiwillige Gerichtsbarkeit) können in Kindschaftssachen vorläufige Maßnahmen angeordnet werden, die die Wegnahme eines Kindes gleich nach der Geburt zulassen. Voraussetzung ist, daß nach § 1666 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) auf Antrag des Jugendamtes der Mutter das Sorgerecht entzogen worden sein muß. Dies wiederum ist zulässig, wenn eine Gefährdung des Kindeswohles bei der Mutter zu erwarten sei. Das Jugendamt hatte zur Begründung für seinen Antrag auf Erlaß der einstweiligen Anordnung angeführt:„Die Frau hat schon sieben Kinder, die in schmutzigen Verhältnissen leben. Das Kind war körperlich gefährdet."

b.uwh.Hamburg. **Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) stellt sein Streckennetz um.** Ab 20.April soll die neue S-Bahn-Linie 11 in Betrieb genommen werden. „Wenn Sie von Wedel und den Elbvororten mit der S-Bahn zum Jungfernstieg wollen, können Sie es in Zukunft"(Bild)...können S-Bahn-Fahrgäste von Blankenese ...zur Reeperbahn...durchfahren."

(Welt) Na, bitte. Den Bourgeois in den Puff, sie in die Boutique. Wenn das nichts ist! Die restlichen Umbauarbeiten werden zwischen dem 19. und 24. stattfinden. Dabei werden in knochenharter Schichtarbeit rund um die Uhr 700 cbm Boden und 2500 cbm Schotter bewegt und 1300 m Gleise und Schienen abgebaut, bez. verlegt, sowie Weichen und Signale angeschlossen. Während dieser Zeit sollen die zigtausende Arbeiter, die an den Bahnhöfen Altona und Holstenstraße jeden Tag verladen werden, früher aufstehen müssen, denn zwischen diesen Bahnhöfen wird nur Buspendelverkehr abgewickelt. Die Fähigkeit der Bourgeoisie solche Angelegenheiten zu organisieren kann man sich so hinlänglich vorstellen, daß man sich auf das blanke Chaos einrichten muß. Geplant ist außerdem, die Buslinie 188 ersatzlos zu streichen. Tansportiert werden dort fast ausschließlich Hafen- und Werftarbeiter, sowie die Bewohner von Altona, Ottensen, St. Pauli und Lurup, was auch nahezu alles Arbeiter sind. Kann man heute noch ohne umzusteigen von Lurup zum Hafen gelangen, wird man das ohne Linie 188 gleich 2 Mal tun müssen.

b,mis.Stade. **KVG Stade ist eine der wenigen Nahverkehrsunternehmen, die mit Profit fahren, rühmt sich Stüttgen.** Durch ständige Fahrpreiserhöhungen und maximale Auslastung der Busse wird dies garantiert: erst im Berufsverkehr, danach im Schülertransport. Verspätungen, Überfüllungen sind häufig. Lehnen sich die Schüler dagegen auf, werden sie oft genug aus dem Bus gewiesen.

b.res.Hamburg. **Die Ausländerbehörde will die Frau des türkischen Phönixarbeiters Benli, die seit 8 Jahren in Westdeutschland lebt, abschieben.** Im Frühjahr 1978 war Frau Benli wegen einer schweren Krankheit der Schwiegermutter in die Türkei gefahren und war im September zurückgekehrt. In der Türkei kriegte sie ihr 5.Kind Die Wohnung der Familie in Harburg sei nun zu klein, deshalb kriegt die Frau keine Aufenthaltsgenehmigung durch die Ausländerbehörde.

,,Proletenpassion" oder
,,Wir sind unsere eigenen Befreier"

b.mak.Hamburg. Zur gewerkschaftlichen 1. Mai-Veranstaltung in Hamburg hat die IG DruPa die ,,Schmetterlinge" für die Aufführung ihrer ,,Proletenpassion" eingeladen. Gleichzeitig soll auf dieser Veranstaltung eine Sammlung zur Unterstützung der ZANU durchgeführt werden. diese Sammlung drückt die Fortschritte des Volkes von Zimbabwe im gerechten Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime und die breite Solidarität der westdeutschen Volksmassen mit diesem revolutionären Kampf aus.

,,Wir sind unsere eigenen Befreier!" Das ist die Losung der ZANU in diesem Kampf, und sie wird durch die Spendensammlung unterstützt.

Gerade gegen diese revolutionäre Linie bietet sich die ,,Proletenpassion" an, zu deutsch ,,Leidensweg des Proletariats", um die Erfahrung aus der Geschichte der Klassenkämpfe wieder zu verwischen, daß in allen revolutionären Kämpfen die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen gar keinen anderen Weg hatten, als sich auf die eigene Kraft zu stützen, und genau dies auch getan haben. Die ,,Passion" will aus den Niederlagen in diesen Kämpfen das Gegenteil beweisen, statt die Ursachen dieser Niederlagen zu untersuchen und aus ihnen zu lernen.

Die erste Station in der ,,Passion" behandelt die Bauernkriege, nach zahllosen vorangegangenen einzelnen Aufständen der Bauern gegen die Feudalherren in ihren Schlössern und Klöstern, die mit Frondienst und Steuerauspressung immer schwerer auf den Bauern lasteten, erhoben sich die Bauern 1525 in ganz Süddeutschland und Österreich und schlossen sich zu immer größeren Truppen zusammen. Daß es schließlich zur Niederlage in diesem Kampf kam, der auf die Enteignung des feudalen Eigentums und die vollständige Zerschlagung der feudalen Ausbeuterordnung zielte, hatte seine Ursache zum einen darin, daß das besitzende städtische Bürgertum sich alsbald von der Aufstandsbewegung abspalten ließ, an die Seite des Adels drängte und die Verbindung zwischen den Bauern und dem städtischen Proletariat verhinderte. Zum anderen darin, daß die Bauern in Norddeutschland sich den Kämpfen nicht anschlossen:

die Privilegien der bäuerlichen Kolonisatoren in den eroberten slawischen Gebieten östlich der Elbe gegenüber den verknechteten Slawen und Pruzzen waren noch wirksam genug, um die Verbindung mit den Bauern in West- und Süddeutschland zu verhindern.

Luther wurde zum Sprachrohr des Verrats ,,Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern".

Andere Führer der Bauern wie Thomas Münzer hielten aber an den revolutionären Zielen fest und wichen der Entscheidungsschlacht mit der feudalen Reaktion nicht aus.

Was wird bei den Schmetterlingen aus den revolutionären Kämpfen der Bauern? Sie ziehen eine ausgeklügelte Spaltungslinie zwischen den Führern wie Münzer und der Masse der Bauern, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gar nicht begriffen, sich kurzsichtig am Blut des Adels berauschte und schließlich selber schuld an der Niederlage war:

> ,,Und während die verstreuten Rotten tanzten,
> kam ein Pastor auf im Thüringer Land,
> der sehr dagegen war, daß wir uns so zerfransten,
> der Münzer mit dem Hammer wurde er genannt.
> Berausch dich an den kleinen Siegen, Bauer,
> und neu beginnt dein alter Jammer,
> nur Einigkeit gibt deinem Sieg die Dauer,
> sprach der Thomas Münzer mit dem Hammer."

Der Sprecher weiß zu berichten: ,,Im Siegetaumel tanzte der kleine Mann mit der Marketenderin." Und im Schlußsong ,,Lehren der Bauern":

> ,,Wenn sie uns jetzt brechen in der letzten Schlacht
> fallen wir an den Schwächen, die wir selbst gemacht. . . .
> Statt sie abzuschaffen, ihren ganzen Spuk,
> schwangen wir die Waffen doch nicht ernst genug."

In allen Stationen der ,,Passion" werden die revolutionären Massen als der ,,kleine Mann" verhöhnt, der nie zum selbständigen Klassenkampf findet, für den die Bourgeoisie letztlich das Handeln diktiert; in allen Stationen wird das Ziel der revolutionären Kämpfe verwischt und geleugnet: die Enteignung der herrschenden Klasse und der Sturz ihres Staatsapparates.

Die Lehre aus den Niederlagen früherer Kämpfe wird stockreaktionär: ihre eigenen Befreier können die unterdrückten Klassen doch nicht sein. Klassenversöhnung ist der Weg. Konsequent verläuft sich die Geschichte der Klassenkämpfe in trübe Propaganda für die Parolen des abgewrackten Willy Brandt:

> ,,In jedem vierten Jahr ein Kreuzchen schreiben,
> das ist doch nicht der Gipfelpunkt der Volksherrschaft.
> Oh nein, ihr Herrn, wir sind nicht so bescheiden,
> wir wollen mehr, und das mit aller Kraft.
> Wir wollen mehr, mehr, mehr Demokratie!"

Um ihre ,,Lehren" an den Mann zu bringen, ziehen die Schmetterlinge musikalisch alle Register: verschiedene Stile der Rockmusik, moritatenähnlicher Sprechgesang, Chöre und Sprecher wechseln einander ab. Sie dienen als lockende Verpackung, ohne die der reaktionäre Inhalt kaum zu verkaufen wäre. Um die Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse zu unterstützen, werden die Musikzüge der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten am 1.Mai Sprechgesänge aufführen zum Thema: ,,Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten."

Afrika-Verein zieht Bilanz seiner Plünderung

Helle Aufregung über Nigerias Preisprüfungsverfahren seit 1.1.1979

b.uwh.Hamburg. Ende März fand die Jahreshauptversammlung des Afrika Vereins Hamburg statt. ,,Europa und Afrika sind natürliche Partner und aufeinander angewiesen", sprach Kräner, der Hauptgeschäftsführer. Es war nicht die einzige Lüge. Importe seien gesunken, Exporte seien ,,trotz scharfer Konkurrenz auf 15,9 Mrd. DM gestiegen" (Krämer in Welt). Grund für die gefallenen Importe soll sein : ,,geringere Erdölbezüge aus Lybien, Algerien und v.a. Nigeria". Auch weniger Kaffee sei an Land gekommen. Bezüglich des Exports aber ist die Krämerseele zufrieden :,,Die deutsche Position als Lieferant hatte sich gefestigt. Vor allem Südafrika ist wieder in den Vordergrund gerückt."

Man braucht nicht zu meinen, die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen der dritten Welt durch die BRD-Imperialisten hätte nachgelassen. Im Gegenteil: ,,*Wertmäßig* sanken die Einfuhren von Ölfrüchten und Kaffee um 15,3%, bzw. um 31,3%. der *mengenmäßige* Import ist gegenüber 77 erheblich, bzw. leicht gestiegen. Auch beim Erdöl war der Importrückgang überwiegend preisbedingt." (Aus Hamburger Wirtschaft, März 79).

Im Klartext heißt das nichts anderes als verstärkte Ausplünderung – mehr Ware für weniger Geld. Und wenn die Imperialisten von Problemen mit dem Afrikahandel reden, dann meinen sie die Schläge, die ihnen die afrikanischen Völker Tag für Tag versetzen. In hellen Aufruhr sind sie z.B. geraten, als Nigeria, zum 1.1.79 ein Preisprüfungsverfahren für Einfuhren bestimmt hat. ,,Das Preisprüfungsverfahren beweist leider wieder einmal, daß die Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Wirtschaft häufig allzu schnell bereit sind, ihr Heil in marktwirtschaftsfremden Eingriffen zu suchen." (HW, Feb. 79) ,,Die Betroffenen sind darüber verärgert, daß sie ihre gesamten Kalkulationsunterlagen der prüfenden Firma vorlegen müssen." (ebd.)

Vorgenommen haben sich die EG-Imperialisten jetzt die Verlängerung der Konvention von Lomé. 1975 wurde diese ,,Konvention" zum ersten Mal zwischen den EG-Ländern und ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und im Pazifik geschlossen. sie soll die bilateralen Beziehungen festlegen, daß heißt, die Entwicklungsländer vertraglich knechten. Damit der Vertrag auch so richtig gut wird, haben sich auf Initiative der Hamburger Industrie und Handelskammer, die entsprechenden Kammern aus mehreren Nordseeküstenstädten getroffen, um der Verhandlungskommission die entsprechenden Instruktionen mit auf den Weg zu geben. ,,Obwohl sich die AKP-Staaten (Vertragsstaaten der dritten Welt, Anm. der Red.) im Grundsatz zu einer nicht diskriminierenden Behandlung von Staatsangehörigen und Gesellschaften der EG verpflichtet haben, ist in der Praxis die Gleichbehandlung und Gegenseitigkeit in diesem Bereich nicht gewährleistet." Die Herren vermissen die abendländische Etikette – wen wunderts?

Vorgeschlagen wird unter anderem: ,,Finanzmittel sollen weitgehend als Kredite vergeben werden (...) Stabilisierung soll auf die Rohstoffe beschränkt bleiben und nicht auf höhere Verarbeitungsprodukte ausgedehnt werden, wie dies von seitens der AKP-Länder gefordert wird." (Hamburger Wirtschaft, 1/79) Des weiteren werden Garantien zur ,,Abdeckung nicht kommerzieller Risiken" gefordert. Man merkt, wie diesem Ausbeuterpack das Wasser im Arsch kocht – völlige Unterwerfung brauchen sie – jede selbstständige Entwicklung der Wirtschaft soll unterdrückt werden. Sie jammern darüber, daß ihnen der Kapitalexport zu langsam geht. Insgesamt 2,47 Mrd. haben sie 78 in die Entwicklungsländer investiert. Den Löwenanteil davon aber mußten sie im noch ,,heimischen" Südafrika abwickeln. Da ist es noch am sichersten. Nach Ansicht des Afrika-Vereinskrämers ist Schuld daran die zunehmende ,,Afrikanisierung" auf dem Kontinent. Da hat er nicht unrecht. Die Tage der Imperialisten in Afrika sind gezählt, daran ändert ihre Dreistigkeit auch nicht mehr.

Hafenschiffahrtkapitalisten wollen den Arbeitstag verlängern

b.obj. Die Hafenschiffahrtskapitalisten schreien sich die Kehle heiser über ihre so beeinträchtigte Konkurrenzlage gegenüber den Binnenschiffern, weil die so niedrige Löhne zahlen und länger arbeiten lassen können. Aber es geht ihnen gar nicht darum, daß die Binnenschaffahrtskapitalisten etwa ihren Seeleuten den Lohn entsprechend dem Lohntarif für die Seehafenarbeiter zahlen und auch der Rahmentarif für sie bindend sei. Nein, sie wollen auch so günstig ausbeuten und auch so lange und wollen in den Genuß des für die Arbeiter weit schlechteren Tarifwerks kommen. In der Tat haben die Hafenschiffahrtskapitalisten in den letzten Jahren ständig Einbußen hinnehmen müssen hinsichtlich des Stück- und Sackgutes und konnten einen leichten Zuwachs nur verbuchen, weil der Massengutumschlag zugenommen hat.

Es geht ihnen darum ihre Schuten und Schlepper maximal zum Einsatz zu bringen. D.h. aber, daß es mit ihrem Profitinteresse nicht vereinbar ist, wenn eine Schute um 15.00 Uhr zu Schichtende der ersten Schicht noch zu Hälfte voll ist, sie bis zum nächsten Morgen am Schiff liegt, nur weil die Ewerführer keine Überstunden machen wollen oder weil der Rest nicht in 2 Überstunden zu schaffen ist. Das muß anders werden. Sie denken an den Binnenschiffahrtstarif, wo bis zu 12 Überstunden in der Woche in der Zeit bis 20.00 angeordnet werden können und dafür lediglich eine pauschale Vergütung von 23% auf den niedrigen Binnenschifferlohn gezahlt wird.

Entwicklung des Umschlags in der Hafenschiffahrt

Jahr	Mio. Tonnen	Stück- und Sackgut*	Massengut*	Arbeiter in der Hafenschiffahrt
1971	5,447	1,853	3,624	1173
1972	5,184	1,670	3,513	1099
1973	5,564	1,742	3,822	1011
1974	5,806	1,695	4,110	986
1975	5,331	1,258	40729	932
1976	5,577	1,193	4,379	860
1977	5,912	1,269	4,642	820

* In 1000 Tonnen

So soll die sinkende Tendenz des Profits aufgehalten werden. Sie gehen darauf aus, die Ewerführer abzuspalten von den übrigen Hafenarbeitern, und gehen hausieren mit dem Argument, daß die Tarife an die Ertragslage angepaßt werden müßten. Was sich die Hafenkapitalisten einhandeln können, ist ein Kampf der Arbeiter auf den Binnenschiffen für die Einbeziehung in die Tarifverträge der Seehafenarbeiter zumindest wenn sie im Hafen Tätigkeiten verrichten, die sonst von der Hafenschiffahrt erledigt worden sind.



Schiff wird von außenbords geladen

Lüchower Bauern besetzen das Kreishaus



In der vergangenen Woche besetzten ca. 70 Bauern zweimal das Kreishaus in Lüchow. Sie forderten vom Oberkreisdirektor und Landrat eine öffentliche Bürgerversammlung, auf der die Kreispolitiker Stellung zu Gorleben nehmen sollen. Ein Bauer sagte: ,,Obwohl wir wegen der Frühjahrsbestellung keine Zeit haben, kommmen wir in Arbeitskleidung hierher, um dem Landrat und den Kreispolitikern zu sagen, daß die politische Führung unseren Widerstand gegen eine Plutoniumzukunft und unsere Forderung nach einer Stellungnahme des Kreistages zu den NEZ (Nukleares Entsorgungszentrum)-Plänen sehr ernst nehmen sollte."

,,Nicht fromm, aber gläubig"

Klose, die Petrijünger und ihr Atomtod

b.ulh. Klose hat gewittert, daß man spätestens jetzt entschieden gegen Plutonium sein muß. Genauso wie die Petrikirchenjünger hat ihn ,Härrisbög' zum Nachdenken gebracht.

Die Tatsachen liegen anders. Die Arbeiter und Bauern haben die Bourgeoisie zum Nachdenken genötigt und die absehbare Entwicklung, daß unter ihrer Führung die Massenbewegung dem imperialistischen Energieprogramm schwere Schläge versetzen wird. Wenn die Bourgeoisie mit ihrem Kernenergieabenteuer nicht durchkommt, braucht sie nachher einen, den sie von ihren bürgerlichen Politikern vorzeigen kann, der schon immer dagegen war. Und der dann das ,Ersatzprojekt' lancieren kann.

Denn Energie massenhaft braucht die Bourgeoise. Wie anders will sie die imperialistische Konkurrenz vernichten, wenn nicht durch billigere Produkte oder – wenn alle Stricke reißen, durch bewaffnete Auseinandersetzung. Zu beidem braucht sie Energie satt. Um eine Arbeitskraft profitabel ausbeuten zu können, ließen sie einen Arbeiter 1959 eine Maschine bedienen, die 5,4 kWh elektrische Energie auf eine Arbeiterstunde verbrauchte. 1976 war es dreimal so viel, 16,4 kWh. Immer mehr Kapital müssen die Kapitalisten für Maschinerie aufwenden, um auf immer höherem Niveau die Arbeitskraft auspressen zu können. Einen Teil des konstanten Kapitals macht die Energie aus. Deshalb haben die Kapitalisten den Staat angewiesen, ihnen diese *billig* zu liefern. Aus Atomkraftwerken und wenn das nicht hinhaut, aus Kohlekraftwerken.

Und genau um dies Bein an die Erde zu kriegen, wird jetzt Klose und sein ,Härrisbög' vorgeschickt. Klose:,,Ich bin gegenwärtig nicht für eine WAA, aber für eine Endlagerung, allerdings mit Rückholmöglichkeit, falls es einmal bessere Lösungen gibt."(Welt, 11.4.) Statt Brokdorf solle ein Kohlekraftwerk gebaut werden, hat die HEW (zu 70% senatseigen) ankündigen lassen.

Und was wäre dadurch für die Massen gewonnen? Das Kohlkraftwerk würde ihre Existenz genauso ruinieren, wie das Kernkraftwerk. Zig Hektar Ackerland und Weide gingen den Bauern verloren, das Grundwasser würde erheblich abgesenkt, zum Spülen der Kühltürme würden hunderte cbm Wasser pro Stunde in die Elbe zurückfließen. Dieses Wasser wäre wärmer als beim Einlauf, hätte einen hohen Salzgehalt und wäre mit Anti-Oxidantin und Antibiotika verunreinigt. Der aus den Kühltürmen austretende Wasserdampf würde Nebelbildung und damit Verkürzung der Sonnenscheindauer zur Folge haben. Die erhöhte Luftfeuchtigkeit würde die Anfälligkeit für Krankheiten des Kreislaufes und der Atemwege zur Folge haben. Und selbst ein Kraftwerk von nur 600 MW Leistung würde stündlich 5 500 kg Schwefeldioxyd, 35 kg verschiedene Fluorverbindungen, 890 bis 1 770 kg Stickoxyde in die Luft pusten.(KuK 8, 1976 S.362)

Ruinierung der Massen für Expansion und Krieg der Kapitalisten? Warum sollte man bloß Klose und seinen Kirchenchor Glauben schenken Schließlich war *er* es, der der ,,Bild" auf die Frage: Sind Sie fromm, antwortete:,,Nicht fromm, aber gläubig."

Wo die Sozialdemokratie nicht weiter führt, lauern die Christlich-Sozialen am Weg

z.ges. Zusammen mit der Umwandlung aller Arbeit in Lohnarbeit für den Kapitalisten hat die bürgerliche Produktionsweise die Familie ihrer Grundlage beraubt, sie in ein reines Geldverhältnis verwandelt. Für die Bauern und die Handwerker war die Familie nicht nur die zur Kleinproduktion passende Produktionseinheit, sie war auch die passende Versicherung für die Wechselfälle des Lebens, für Krankheit und Alter. Durch die Enteignung der Bauern und kleinen Handwerker hat der Kapitalismus diese Verhältnisse vernichtet. Wo der Arbeiter lohnabhängig ist, wird auch die Familie abhängig vom Lohn, erst indirekt, weil außer dem Lohn des Arbeiters nichts da ist, dann direkt, indem Frau und Kinder selber auf den Arbeitsmarkt getrieben werden. Mit der Vereinfachung der Arbeit sinkt der Lohn, und die vereinfachte Arbeit kann auch aus ungelernten Frauen und Kindern ausgepreßt werden. Der Lohn des Arbeiters reicht nicht mehr für die Ernährung der Familie, und die Familie kann sich nur erhalten, indem all ihre Glieder sich dem Kapitalverhältnis unterwerfen. Das aber macht die Familie vollends kaputt.

Die Wechselfälle des Schicksals der Lohnarbeiter werden immer unüberschaubarer, der Wechsel selber wird häufiger und drastischer. Der Lohnarbeiter wird aus einer Sphäre der Produktion in die andere geworfen, der Bäcker wird zum Bauarbeiter, und der Bauarbeiter zum Bandarbeiter, und dazwischen drin landet er auf der Straße. In jeder Krise sind die Abzugskanäle des Arbeitsmarktes verstopft, und Arbeitslosigkeit wird zur Massenerscheinung.

Auch in Zeiten der Konjunktur wird eine stockende industrielle Reservearmee produziert, weil die Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinerie schneller voranschreitet als die Ausdehnung der Produktion.

Die Nachfrage nach Arbeit bleibt hinter dem Angebot zurück, und immer weniger nimmt die Masse der Arbeiter an der Prosperität wenigstens in der Weise teil, daß ihre Ketten vergoldet werden. Die industriellen Schlachten der Kapitalisten verlangen ihre Opfer, und diese Opfer hat, nicht anders als im Krieg, die Arbeiterklasse zu bringen: ein Heer von Invaliden bildet Bestandteil der industriellen Reservearmee. Laufend spuckt der kapitalistische Produktionsprozeß verbrauchte Arbeiter aus, denen höchstens Rente bleibt, um ihr Dasein zu fristen.

An die Stelle der Familie als Versicherungsanstalt gegen die Wechselfälle des Schicksals tritt entweder eine Klassenorganisation des Proletariats, oder der bürgerliche Staat, der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse, drängt sich an die Stelle der Familie, um das Elend zu verwalten und den Aufstand gegen das Elend schon im Keim zu ersticken. Je schwächer die Klassenorganisationen des Proletariats, desto größer die Allmacht des bürgerlichen Staatsapparates. Wo die Selbständigkeit der Klassenorganisationen des Proletariats nicht mit der äußersten Wachsamkeit von der Arbeiterklasse verteidigt wird, dringt die Bourgeoisie mit Hilfe des Gesetzgebers und des Staatsapparates in die Klassenorganisationen selber ein und verwandelt sie in ihr Unterdrückungsinstrument. Der Arbeitslose kann die Familie nicht ernähren, und die Familie kann den Arbeitslosen nicht über Wasser halten. Die Arbeitslosenversicherung ist für die Arbeiterklasse lebenswichtig, wenn sie nicht zum Spielball der Kapitalistenklasse werden will. Der Staat unterwirft sich die Arbeitslosenversicherung. Indem er den Arbeitslosen unterdrückt und schikaniert, spaltet er die Arbeiterklasse. Je zahlreicher die Druckmittel des bürgerlichen Staates werden, desto verhaßter wird der Staatsapparat den Arbeitern. Reform der Versicherungen, Reform der Fürsorge trompeten die Reformisten, und all ihre Reformen zielen bloß darauf ab, das bißchen Selbständigkeit, das die Arbeiterklasse sich durch diese oder jene Kontrollmöglichkeit ihrer Versicherungen bewahrt hat, zu beseitigen und durch Kontrolle der Bourgeoisie mit Hilfe des Staatsapparates zu ersetzen. Der Ruf nach Reform solcher Sorte verliert an betrügerischer Kraft, und das Echo wird schwächer.

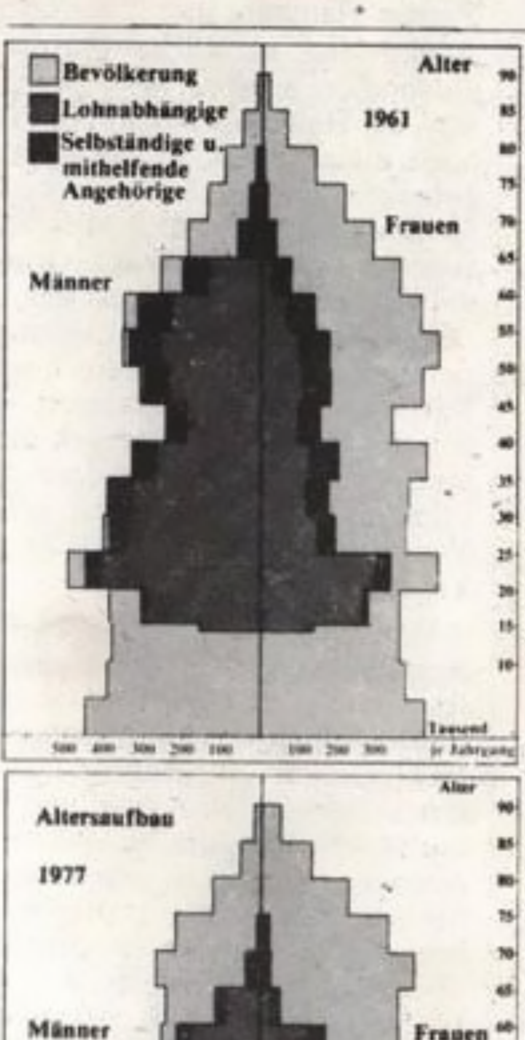
Schon haben die Christlich-Sozialen die neue soziale Frage entdeckt und während die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Familie weiter jeden Boden entzieht, fordern die Christlich-Sozialen die Wiederherstellung der Rechte der Familie. Unvermeidlich entwickelt sich der Kampf für die Selbständigkeit der Arbeiterklasse über den Kampf um die Kontrolle der Klassenorganisationen der Arbeiterklasse. Unbedingt muß die Bourgeoisie Irrwege legen, um diesen Kampf zu spalten. Als ob Kontrolle des einzelnen Arbeiters durch den Staatsapparat oder Kontrolle des künstlich restaurierten Familienverbandes durch den Staatsapparat die Alternative wäre. Die wirkliche Alternative ist Unterwerfung unter die Unterdrückung der herrschenden Kapitalistenklasse oder Kampf dagegen. Selbstverwaltung der Versicherungen fordern die Gewerkschaften. Man muß sich darüber unterhalten, was das heißt. Es muß heißen, daß die Versicherungen völlig vom bürgerlichen Staatsapparat getrennt werden und als Kampfinstrument der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse dienen können. Der Kampf um die Versicherungsbeiträge, die Bestandteil des Lohns sind, muß Bestandteil des Lohnkampfes sein. Die Gewerkschaften seien zu Versicherungen entartet, konnte man manchmal hören. In Wirklichkeit haben die Gewerkschaften den Kampf um die Versicherungen nicht geführt. Ohne diesen Kampf aber kann es keine Einheit der Arbeiterklasse geben, sondern nur Spaltung entlang der Wechselfälle des Schicksals der Lohnarbeiter, in denen bloß die Unterjochung durch das Kapital unverändert bleibt. Es gilt aber, Kampfbedingungen für ihre Beseitigung zu schaffen.

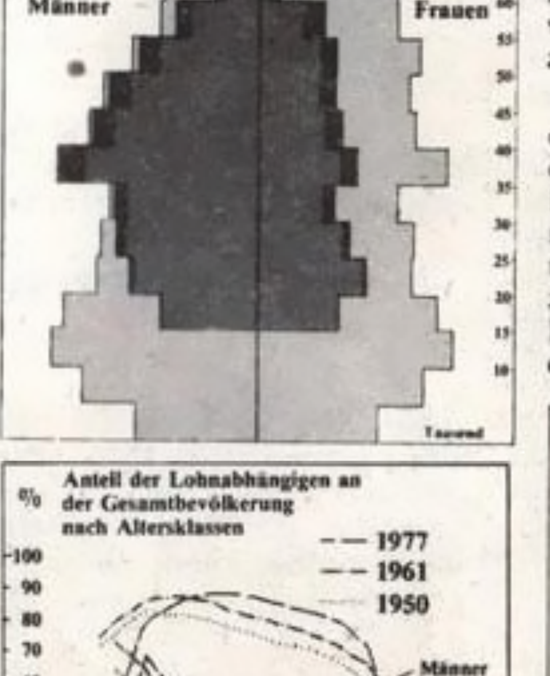
Aus dem Inhalt
Kommunistische Volkszeitung Nr. 16

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter - 1.Mai 1979





Anteil der Lohnabhängigen an der Gesamtbevölkerung nach Altersklassen

% — 1977, 1961, 1950 — Männer — Frauen — Alter

1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Der Fortgang der kapitalistischen Produktion, der Kampf der Kapitalisten, ein Maximum an Mehrarbeit aus einem Minimum an Arbeitern zu pressen, erzwingt eine fortschreitend höhere organische Zusammensetzung des Kapitals. Der Anteil des variablen – und also für den Ankauf von Arbeitskraft ausgegebenen – Kapitals sinkt gegenüber dem konstanten Kapitalteil. Seine relative Abnahme beschleunigt sich umso mehr, je rascher das Wachstum des Gesamtkapitals. Es scheint, als habe das Wachstum der Arbeiterbevölkerung das des variablen Kapitals, ihrer Beschäftigungsmittel, übertroffen. ,,Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d.h. für mittlere Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung." (Marx, Das Kapital, Bd. I)

Ist diese Übervölkerung einerseits Produkt der kapitalistischen Akkumulation, so ist sie andererseits auch Treibmittel und Existenzbedingung der kapitalistischen Akkumulation. Als disponible industrielle Reservearmee wird sie bald in die Produktion eingesaugt, bald wieder abgestoßen, von diesem Zweig der Produktion in jenen geschleudert, von einem Ort zum andern getrieben.

Immer vollständiger verwandelt die Kapitalistenklasse die gesamte Bevölkerung in Lohnabhängige, hebt alle Unterschiede auf, um den einen Gegensatz noch weiter zu verschärfen: die Akkumulation des Reichtums auf der einen, die Akkumulation des Elends auf der anderen Seite. Erst in den letzten 30 Jahren ist es den Kapitalisten wirklich gelungen, die Frauenarbeit für normal zu erklären und damit Arbeitskraft auszubeuten, deren Reproduktion sie zuvor über den Familienlohn mitzahlen mußten. Die Vernichtung der Bauern und Handwerker wurde vervollständigt. Und die amtliche Statistik zählt seit 1960 über 13 Mio. Zuzüge aus dem Ausland (einschließlich Flüchtlinge) und 9 Mio. Fortzüge.

Die Gier nach Höchstprofit verlangt nach Ausdehnung der Lohnarbeit, wie sie die relative Übervölkerung produziert. Je größer der Umkreis der gesellschaftlichen Arbeitskraft, nach der die Kapitalisten greifen können, umso besser für ihre Profitschlachten. ,,Arbeitsförderung" heißt die Politik, die die industrielle Armee beweglich hält, umwälzt, verschiebt und die Konkurrenz unter den Arbeitern schürt. In Händen der Kapitalisten und ihres Staates sind die Versicherungen zu einem Geldtopf für die Kapitalisten und zu einem Mittel der Demütigung und Kontrolle, der Lohndrückerei und der Durchsetzung von Zwangsarbeit geworden. Die Arbeiter brauchen eine Versicherung, *die ihrer Einheit nützt*.

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und die Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. 22. April 1979: *Die Einheit der Arbeiter mit der industriellen Reservearmee. Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten!*

Können die Kapitalisten die industrielle Reservearmee verschieben wie sie wollen, dann können sie auch den Lohnstandard ins Bodenlose drücken. Ist es ein Wunder, daß Arbeiter ihren Lohn hartnäckig verteidigen, aber auch schon die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten fordern? Gegen den schrankenlosen Bereicherungstrieb der Kapitalisten kann der Lohnstandard nur verteidigt werden, wenn diesem Bereicherungstrieb allseitig Schranken gezogen werden. Der Lohnkampf ist elementar. Allein reicht er nicht, nicht mal um den Lohn zu sichern. Das lernt man nach und nach. (Aus: Mai-Aufruf des ZK des KBW)

1969. Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. § 3: ,,Die Aufgaben nach diesem Gesetz werden im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ... durchgeführt."

1.1.1976. Änderung § 103: ,,Der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung steht, wer ... wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht kommt. ... Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil 1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen, 2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder 3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung ..."

Ehrenberg, Mai 1977: ,,All diese Regelungen sind aber nur wirksam, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitsamt die tatsächlichen Gründe dafür mitteilt, warum ein Arbeitsverhältnis gelöst worden ist, oder warum er den vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Arbeitslosen nicht eingestellt hat. Nur wenn arbeitsunwillige Arbeitslose in dieser Weise kenntlich gemacht werden, kann die Arbeitsverwaltung eingreifen."

8.8.1978. Runderlaß 230/78 der Bundesanstalt für Arbeit: ,,Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung seiner Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und -vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes."

März 1979. Fünftes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bundestag. Änderung § 103: ,,Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil ... der Beschäftigungsort nicht täglich erreichbar ist, (...) die Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit anders als bei der bisherigen Beschäftigung ist." Aus der Begründung: ,,Vielmehr muß die Versichertengemeinschaft erwarten können, daß der Arbeitslose bei seiner Haushaltsführung den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung trägt."

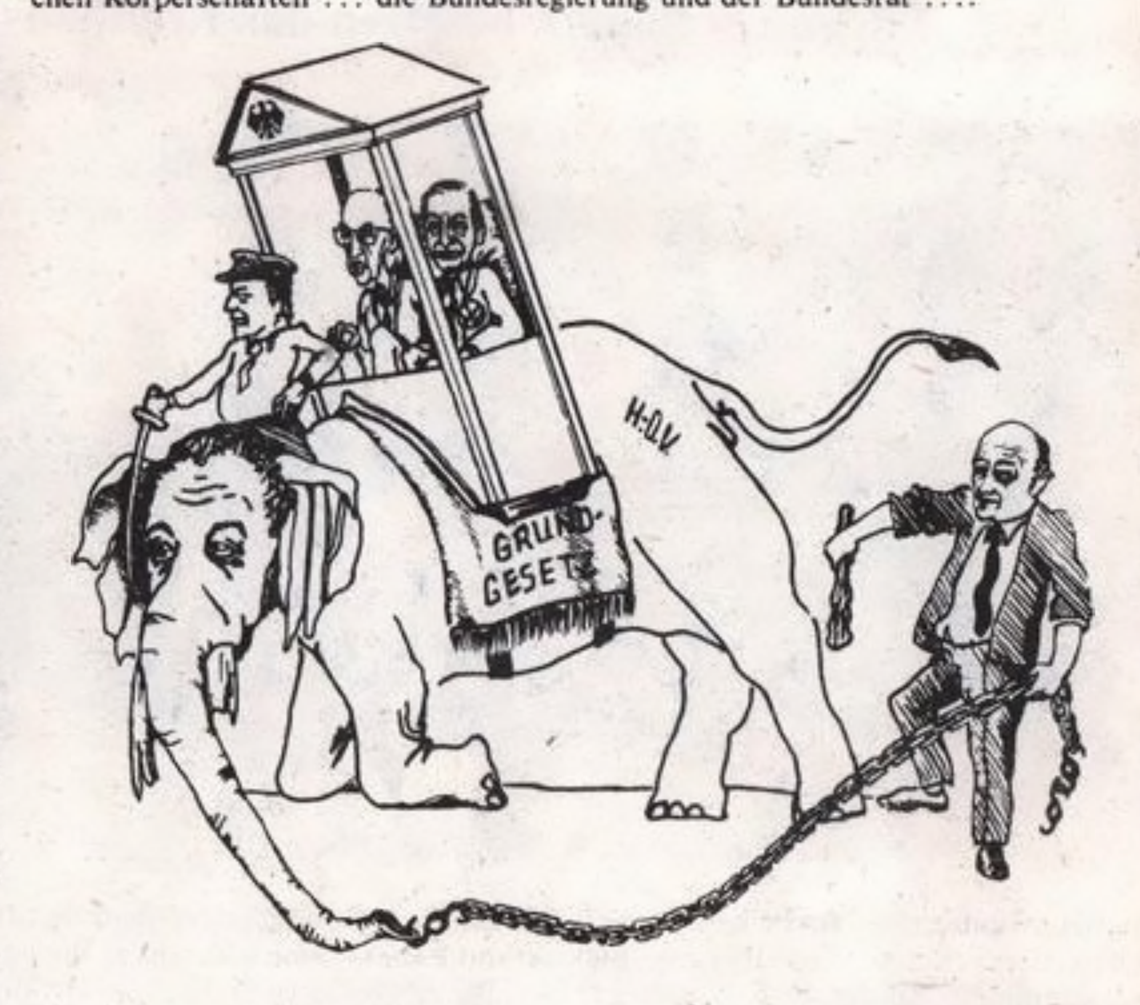
Das Werk wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuß überwiesen.

,,Selbstverwaltung"

Bundesminister Ehrenberg Januar 1979 vor dem Juniorenkreis der Industrie- und Handelskammer Oldenburg: ,,Die Wirtschaft ist in den Selbstverwaltungsgremien der Arbeitsämter vertreten. Sie trägt damit Mitverantwortung für die volle Nutzung der arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten vor Ort."

Die Gesetzgebung über die *Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung*, Sozialgesetzbuch 4, § 29 Abs. 1 und 2: Die Träger der Sozialversicherung (Versicherungsträger) sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung wird ... durch die Versicherten und die Arbeitgeber ausgeübt . § 44, 1 u. 2: Die Selbstverwaltungsorgane setzen sich zusammen 1. je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber (...). § 34: Jeder Versicherungsträger gibt sich eine Satzung. Sie bedarf der Genehmigung der nach den besonderen Vorschriften für die einzelnen Versicherungszweige zuständigen Behörde. § 53: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erläßt durch Rechtsverordung mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung der Wahlen erforderliche Wahlordnung. § 90: Die Aufsicht über die Versicherungsträger, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt ... führt das Bundesversicherungsamt, auf den Gebieten der Unfallverhütung und der Ersten Hilfe bei Arbeitsunfällen der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung".

Die Gesetzgebung über die *Arbeitslosenversicherung*, Arbeitsförderungsgesetz § 192: ,,Die Organe der Bundesanstalt setzen sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften zusammen . § 195: Vorschlagsberechtigt für die Vertreter der Arbeitnehmer in den Organen sind die Gewerkschaften, die für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen wesentliche Bedeutung haben, (...) für die Vertreter der Arbeitgeber in den Organen ... die Arbeitgeberverbände, (...) für die Vertreter der öffentlichen Körperschaften ... die Bundesregierung und der Bundesrat ....



KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland